



Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

---

# **Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2006 des  
Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn  
Rüdiger Fiebig  
Wolfgang Sender

**Forschungsbericht 84**

April 2008

## Impressum

Herausgeber: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr  
Verantwortlich für den Inhalt: Die Autoren der einzelnen Kapitel  
Anschrift: PF 1142, 15331 Strausberg  
Tel.: 03341 58 1826; Fax: 03341 58 1802  
E-Mail: [ThomasBulmahn@bundeswehr.org](mailto:ThomasBulmahn@bundeswehr.org)  
Internet: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)

© Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr  
ISSN 0342-2569  
Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.  
Druck: Wehrbereichsverwaltung Ost, April 2008

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

**Sicherheits- und  
verteidigungspolitisches  
Meinungsklima in der  
Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2006 des  
Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn  
Rüdiger Fiebig  
Wolfgang Sender

Forschungsbericht 84

Strausberg, April 2008



# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	7
1.1	Erkenntnisinteresse .....	7
1.2	Themenspektrum.....	7
1.3	Organisation und Design der Studie .....	8
<b>2</b>	<b>Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	11
2.1	Einleitung .....	11
2.2	Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit .....	16
2.3	Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage .....	23
2.4	Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheit .....	25
2.5	Beurteilung der nationalen Sicherheitslage.....	29
2.6	Fazit .....	31
<b>3</b>	<b>Kampf gegen die Gefahren des internationalen Terrorismus</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	33
3.1	Einleitung .....	33
3.2	Einstellungen zum Umgang mit den Gefahren des internationalen Terrorismus ....	34
3.3	Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland .....	36
3.4	Typologie .....	39
3.5	Fazit .....	43
<b>4</b>	<b>Internationales Engagement Deutschlands</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	45
4.1	Einleitung .....	45
4.2	Zustimmung zum internationalen Engagement Deutschlands .....	46
4.3	Motive von Befürwortern und Gegnern eines internationalen Engagements .....	47
4.4	Außenpolitische Ziele und nationale Interessen aus Bürgersicht .....	49
4.5	Exkurs: Sicherheitspolitisches Interesse und Kenntnisstand .....	53
4.6	Fazit .....	56
<b>5</b>	<b>Bedeutung und Zukunft der NATO</b>	
	<i>Wolfgang Sender</i> .....	59
5.1	Einleitung .....	59
5.2	Vorstellungen zur Bedeutung der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts .....	60
5.3	Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO .....	63
5.4	Meinungen zum Verhältnis von EU und NATO .....	65
5.5	Fazit .....	69

<b>6</b>	<b>Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>	
	<i>Wolfgang Sender</i> .....	71
6.1	Einleitung .....	71
6.2	Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht .....	74
6.3	Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups) und Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups .....	77
6.4	Fazit .....	79
<b>7</b>	<b>Sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen im Vergleich: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	81
7.1	Einleitung .....	81
7.2	Vorstellungen zu den Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik .....	82
7.3	Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland .....	83
7.4	Generelle Einstellungen zu den nationalen Streitkräften .....	85
7.5	Fazit .....	88
<b>8</b>	<b>Öffentliche Einrichtungen im Urteil der Bundesbürger</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	89
8.1	Einleitung .....	89
8.2	Informiertheit über den Aufbau und die Funktionen öffentlicher Einrichtungen .....	90
8.3	Bewertung der Aufgabenerfüllung öffentlicher Einrichtungen .....	91
8.4	Vertrauen in öffentliche Einrichtungen .....	93
8.5	Fazit .....	96
<b>9</b>	<b>Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	97
9.1	Einleitung .....	97
9.2	Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien .....	98
9.3	Medienwirkungen .....	103
9.4	Fazit .....	110
<b>10</b>	<b>Aufgabenfelder der Bundeswehr</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	111
10.1	Einleitung .....	111
10.2	Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Ausland .....	113
10.3	Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland .....	116
10.4	Fazit .....	118

<b>11</b>	<b>Auslandseinsätze der Bundeswehr</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	121
11.1	Einleitung .....	121
11.2	Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland .....	122
11.3	Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr .....	123
11.4	Gründe für die Verlängerung eines Einsatzes .....	125
11.5	Gründe für eine sofortige Beendigung eines Einsatzes .....	126
11.6	Fazit .....	128
<b>12</b>	<b>Verteidigungsausgaben, Personalumfang und Wehrform</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	129
12.1	Einleitung .....	129
12.2	Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben .....	129
12.3	Vorstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr .....	131
12.4	Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht .....	132
12.5	Haltungen zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland .....	135
12.6	Fazit .....	136
<b>13</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	137
<b>14</b>	<b>Fragebogen</b> .....	141





# 1 Einleitung

*Thomas Bulmahn*

---

## 1.1 Erkenntnisinteresse

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung führt das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch. Im Mittelpunkt des Projekts stehen drei eng miteinander verknüpfte Aufgabenbereiche. Es geht erstens darum, die Haltungen der Menschen in Deutschland zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenfeldern zu erfassen und für die Bevölkerung insgesamt sowie für einzelne Altersgruppen, Bildungsschichten, Einkommenslagen und Wertemilieus vergleichend zu beschreiben. Ausgehend vom aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand und auf der Grundlage des empirischen Materials sollen Differenzen und Trends identifiziert und gedeutet werden. Es sollen theoretische Modelle formuliert werden, mit denen sich die Entstehung und der Wandel von Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen erklären lassen. Diese Modelle bilden schließlich die Ausgangsbasis, um die zukünftige Entwicklung des Meinungsklimas soweit wie möglich prognostizieren zu können.

## 1.2 Themenspektrum

Mit der Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr werden Informationen zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Fragen erhoben. Das Themenspektrum der Umfrage 2006 umfasst folgende Komplexe:

- Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl
- Einstellungen zur Rolle Deutschlands in der Welt
- Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr
- Bewertung von Stärken und Schwächen der Bundeswehr
- Akzeptanzgrundlagen der Bundeswehr
- Informiertheit über die Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Einstellungen zu den Auslandseinsätzen

- Meinungen zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland
- Einstellungen zum Personalumfang der Streitkräfte und zur Höhe der Verteidigungsausgaben
- Akzeptanz der Wehrpflicht
- Vergleichende Bewertung der Aufgabenerfüllung öffentlicher Institutionen
- Vertrauen in öffentliche Institutionen
- Politisches Interesse und politische Präferenzen
- Informationsverhalten und Mediennutzung.

Die im Rahmen der Studie gewonnenen Informationen zu diesen Themenfeldern ergeben zusammen ein umfassendes und detailreiches Bild vom sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die wichtigsten Resultate der im November 2006 durchgeführten Befragung präsentiert.

### **1.3 Organisation und Design der Studie**

Verantwortlich für die Planung und Durchführung der Bevölkerungsumfrage ist der Projektleiter der Studie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, Dr. Thomas Bulmahn. Das Konzept der Untersuchung und der Fragebogen wurden in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung erarbeitet. Mit der bundesweiten Erhebung der Daten wurde nach Abschluss eines entsprechenden Ausschreibungsverfahrens das Meinungsforschungsinstitut Ipsos beauftragt.

Der Fragebogen (Forschungsbericht 84 mit Anhang „Fragebogen“ abrufbar im Internet unter: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)) wurde vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr im Wortlaut zur Verfügung gestellt und von Ipsos in das notwendige Befragungslayout umgesetzt. Der Fragebogen hatte einen zeitlichen Umfang von 57 Minuten durchschnittlicher Interviewdauer. Die vorliegende Untersuchung wurde als computergestützte persönliche Befragung (CAPI: Computer Assisted Personal Interviewing) durchgeführt.

Zur Grundgesamtheit dieser Untersuchung gehören alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben. Aus dieser

Grundgesamtheit wurde im Rahmen des ADM-Mastersamples eine repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichprobe gezogen.

Die Interviews wurden in der Zeit vom 30.10.2006 bis 02.12.2006 durchgeführt. Insgesamt wurden 2 018 Personen befragt. Die Ausschöpfungsquote der Stichprobe beträgt 62,1 Prozent. Für diese Untersuchung wurden bundesweit 401 Interviewer eingesetzt. Damit entfielen auf jeden Interviewer im Schnitt fünf Interviews. Die Interviewer wurden über die Ermittlung der Zielperson sowie über die Durchführung der Interviews anhand einer schriftlichen Einweisung eingehend instruiert. Die Feldarbeit wurde vom Institut geleitet und kontrolliert. Aufgrund der computergestützten Befragungsdurchführung können systematische Fehler bei der Datenerhebung ausgeschlossen werden. Rund 30 Prozent der Interviews wurden schriftlich auf korrekte Durchführung kontrolliert.

Die statistische Analyse der Daten, die grafische Aufbereitung der Ergebnisse und die wissenschaftliche Bewertung der Befunde wurden am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr realisiert.

Neben der bundesweiten CAPI-Umfrage führte Ipsos im Rahmen der Bevölkerungsumfrage 2006 erstmals auch eine internationale Vergleichsstudie durch, die sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen in vier Ländern, nämlich in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA erheben sollte. Die Befragung wurde als Online-Erhebung über das Internet im Rahmen eines Online-Access-Panel von Ipsos durchgeführt, bei der im Vorfeld rekrutierte und registrierte Personen den Fragebogen für die Vergleichsstudie an ihren privaten Computern im Internet ausfüllten. Dabei wurden insgesamt rund 4 000 Personen in den vier Ländern befragt.



## 2 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

*Rüdiger Fiebig*

---

### 2.1 Einleitung

Die Außen- und Sicherheitspolitik ist traditionell ein Themenbereich, der im Bewusstsein der Bevölkerung eher einen Nebenschauplatz einnimmt. Während der Alltag der Bürger von seinem direkten Umfeld bestimmt wird, und politische Belange von Interesse sich oft auf Themen beschränken, die den Einzelnen unmittelbar betreffen, wie z. B. Wirtschafts- oder Sozialpolitik, tritt die Sicherheits- und Verteidigungspolitik oft erst dann in den Vordergrund des Interesses, wenn internationale Ereignisse von besonders großer Tragweite wie z. B. die Anschläge des 11. September 2001, die Medienberichterstattung beherrschen. Aber auch in diesen Fällen ist der persönliche Bezug des Einzelnen zu einem entsprechenden Thema oder Ereignis meist gering und Information wie auch Interpretation eines Sachverhaltes geschehen oft weitestgehend über die Medien.

Zu Beginn der systematischen Forschung über außen- und sicherheitspolitische Bevölkerungseinstellungen in den 1950er Jahren führte genau dieser Fakt zur Herausbildung der *Mood Theory*. Sie besagte, dass durch die mangelnde persönliche Involvierung der Bevölkerung deren Einstellungen zu außenpolitischen Fragestellungen kaum als solche zu bezeichnen seien. Es handle sich dabei eher um sogenannte „Non-Attitudes“, um weitgehend substanzlose und unfundierte „Nicht-Einstellungen“, die je nach Gefühlslage und Stimmung starken Schwankungen unterworfen seien. Ausgehend von der *Mood Theory* und ihren Grundannahmen wurde folglich auch jeder Einfluss, den die öffentliche Meinung der Bevölkerung auf das sicherheitspolitische Handeln eines Staates haben könnte, aufgrund seiner mangelnden kognitiven Grundlage bei einem Großteil der Bürger höchst skeptisch betrachtet (vgl. Page und Shapiro 1992: 4ff.). Weitere Studien kamen allerdings in den darauf folgenden Jahren zu dem Ergebnis, dass es beim Thema der Außen- und Sicherheitspolitik zwar durchaus ein besonders starkes Informationsgefälle zwischen der Bevölkerung und ihrer Regierung gebe, dass aber trotz dieser Defizite der Bürger durchaus in der Lage sei, ausgehend von bestimmten Grundüberzeugungen, -gefühlen und -bedürfnissen seine eigenen Präferenzen für das spezifischere außenpolitische Handeln seiner Regierung zu bestimmen, auch wenn es ihm an detaillier-

ten Einblicken und Wissen über Sicherheitspolitik fehlt (vgl. Rattinger und Holst 1998: 9f.; Hurwitz und Peffley 1987). Eines der zentralen Grundbedürfnisse, das der Staatsbürger durch das außenpolitische Handeln seiner Regierung befriedigt wissen will, ist Sicherheit: Die Sicherheit seines Landes und seiner Person. Das Sicherheitsempfinden der Bundesbürger und die Bedrohungen, die sie 2006 als Gefährdung ihrer und der Sicherheit Deutschlands betrachteten, werden das Thema des ersten Kapitels dieses Berichts bilden.

Von Interesse sind dabei die Fragen, wie sicher sich die Deutschen in ihrem Land persönlich fühlen, wie sie die Sicherheitslage der Bundesrepublik einschätzen, und durch welche Bedrohungen sie sich und ihr Land gefährdet sehen.

Für die Untersuchung zugrunde gelegt wird dabei eine Konzeption der subjektiven Sicherheitswahrnehmung, welche aus der Bewertung der Bedrohungen entsteht, die der Einzelne als Gefahr wahrnimmt. Die Bewertung einzelner Problemfelder richtet sich dabei auch an persönlichen Wertorientierungen aus: „Je nach Weltsicht würden dann unterschiedliche Gefahren in den Vordergrund gestellt: Während Menschen mit egalitärem Weltbild vor allem technologische und ökologische Gefahren wahrnehmen, würden solche mit hierarchischem Weltbild vor allem Gefahren der sozialen Devianz und Individualisten vor allem die Gefahr durch Kriege perzipieren.“ (Holst 1998: 60)

Die einzelnen Bedrohungen, die der Bürger als Gefahr für seine eigene oder die Sicherheit seines Staates betrachten kann, sind dabei in unterschiedliche Kategorien oder Dimensionen zu subsumieren. Holst identifizierte 1998 durch konfirmatorische Faktorenanalysen aus einer Batterie von 18 Bedrohungs-Items, die jeweils unterschiedliche Problemfelder wie z. B. „Weltweite Hochrüstung“ oder „Unfälle in AKW“ abfragten, für Westdeutschland insgesamt sechs zugrunde liegende Dimensionen der Bedrohung: Antikommunismus, Terrorismus, Spill-Over, Wirtschaft, Ökologie und Xenophobie (vgl. Holst 1998: 274f.). Holst untersuchte mit Hilfe von Regressionsanalysen auch den Zusammenhang zwischen den einzelnen Bedrohungsfaktoren und dem individuellen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und stellte signifikante, jedoch in ihrer Erklärungskraft eher schwache direkte Effekte des Bedrohungsgefühls fest. Das heißt, das eigene Sicherheitsempfinden wird zwar auch durch wahrgenommene Bedrohungen beeinflusst, jedoch lässt sich damit nur ein Teil der Varianz der subjektiven Sicherheit eines Befragten erklären. Ein auffälliges Resultat war der in dieser Untersuchung festgestellte negative Zusammenhang zwischen hohem Bedrohungsgefühl hinsichtlich ökologischer Probleme und Sicherheitsempfinden des Einzelnen. Das heißt, je stärker man

sich beispielsweise von Störfällen in Atomkraftwerken bedroht fühle, desto sicherer, und nicht unsicherer, fühlte man sich im Allgemeinen. Holst führte dieses Resultat auf den Wertewandel in der Gesellschaft zurück: Bürger, die sich existenziell, z. B. militärisch, nicht bedroht sahen und deren individuelles Sicherheitsgefühl daher relativ hoch ist, wären dadurch eher in der Lage, „nicht-existenzielle“ Bedrohungen wahrzunehmen, die aufgrund ihres eher diffusen Charakters daher weniger stark oder gar nicht auf das eigentliche Sicherheitsgefühl wirken könnten (vgl. Holst 1998: 303f.).

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse lassen sich für die Untersuchung des Sicherheits- und Bedrohungsempfindens der Befragten in der Bevölkerungsumfrage 2006 eine Reihe von Fragestellungen und Hypothesen formulieren, die von besonderem Interesse sind; zu berücksichtigen sind dabei insbesondere auch die Ereignisse, welche die Wahrnehmung der Bevölkerung im Jahr 2006 formten.

Für Deutschland war 2006 insbesondere geprägt durch einen sich andeutenden wirtschaftlichen Aufschwung, der sich äußerte in steigendem Wachstum und positiveren Einschätzungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Auch in der Bevölkerung ließen Umfrageergebnisse erstmals eine wieder ansteigende Zuversicht über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erkennen.

Der Wechsel von der Regierung Schröder zur neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte in der außen- und sicherheitspolitischen Situation Deutschlands hingegen keine grundlegenden Änderungen mit sich gebracht. Die Bundesrepublik befand sich an der Seite ihrer Verbündeten 2006 im fünften Jahr eines „Krieges gegen den Terror“, der bereits in den Jahren zuvor auch europäische Hauptstädte erreicht hatte: 2004, bei den Anschlägen auf Nahverkehrszüge in Madrid, und 2005, bei Selbstmordattentaten auf U-Bahnen und einen Bus in London, forderte islamistischer Terrorismus in Europa das Leben von insgesamt 243 Menschen. Während die Bedrohung für deutsche Bürger in dieser Zeit noch diffus war und keine konkreten Hinweise auf bevorstehende Anschläge bestanden, fand sich Deutschland 2006 zum ersten Mal seit dem 11. September konfrontiert mit islamistischem Terrorismus, der über die Planungsphase hinausging, als zwei in Reisekoffern versteckte Bomben, die auf dem Kölner Hauptbahnhof in zwei Regionalzügen der Deutschen Bahn deponiert wurden, nur aufgrund eines technischen Fehlers nicht explodierten. Zur gleichen Zeit mussten sich die Bürger der EU-Staaten auf verschärfte Sicherheitskontrollen auf Flughäfen in Folge eines vereitelten Anschlagplans einstellen, der Flugzeuge auf Routen in die USA über dem Atlantik mit flüssigen Sprengstoffen zur Explosion hätte bringen sollen. Neben dieser Bedrohung

durch Terrorismus, die den Bundesbürgern 2006 so nah wie noch nie zuvor gekommen war, wurde auch das Problem der Proliferation von Massenvernichtungswaffen in diesem Jahr deutlich konkreter. Nordkorea, das bereits in den Jahren zuvor in einem stetigen Konflikt mit der internationalen Staatengemeinschaft um sein Nuklearprogramm stand, führte im Herbst 2006 erstmals den Test einer Atomwaffe durch. Und auch der Iran, dessen Atomprogramm seit 2002 verstärkt in der Kritik stand, machte beständige Fortschritte auf dem Weg zu einer eigenständigen Anreicherung von Uran, möglicherweise der erste Schritt auf dem Weg zu einer iranischen Atomwaffe.

In diesem Klima wachsender internationaler Bedrohungen setzte die Bundeswehr ihren Einsatz im Rahmen der Operationen ENDURING FREEDOM und ISAF in Afghanistan fort; Missionen, die angesichts häufigerer Anschläge auch gegen deutsche Soldaten an Risiko ständig zunahmen. Trotz ihres Engagements fand sich die Bundesregierung in der Kritik, in Afghanistan nur einen unzureichenden militärischen Beitrag zu leisten, da eine Reihe an ISAF beteiligter Staaten in Südafghanistan in Kämpfe mit dort wieder erstarkenden Kräften der Taliban verwickelt waren, während die Region unter Obhut der Bundeswehr im Norden des Landes im Jahr 2006 noch vergleichsweise stabil blieb. Gleichzeitig mit diesen Entwicklungen begann die Bundeswehr mit der Mission UNIFIL ihren bisher umfangreichsten Marine-Einsatz, der nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz im Libanon dazu dienen sollte, den Schmuggel von Waffen an die Hisbollah über den Seeweg zu verhindern. Ein weiteres Thema, das 2006 die Aufmerksamkeit der Bevölkerung verstärkt auf sich zog, war die Gefährdung der Umwelt, insbesondere durch den globalen Klimawandel. Der wärmste Herbst seit Beginn der Wetteraufzeichnungen konfrontierte die Bundesbürger spürbar mit einer möglichen Zukunft globaler Erwärmung. Die verstärkte öffentliche und politische Debatte über neue Klimaschutzziele sowie der publikumswirksame Dokumentations-Kinofilm „Eine unbequeme Wahrheit“ taten ein Übriges, das Thema Klimawandel 2006 in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu rücken.

Die folgende Untersuchung des Sicherheits- und Bedrohungsgefühls der deutschen Bevölkerung im Jahr 2006 verfolgt einerseits das Ziel, das generelle Empfinden der Bevölkerung zu erfassen, als auch das Ausmaß zu bestimmen, in dem wahrgenommene Bedrohungen die eigene subjektive Sicherheit negativ beeinflussen können.

Die zur Analyse herangezogenen Items in der Bevölkerungsumfrage 2006 beziehen sich dabei auf zwei unterschiedliche Konzepte von Bedrohung bzw. Sicherheit. Einerseits wurden Bedrohung und Sicherheit bezogen auf die eigene Person erhoben, d. h. die



Frage „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“, gestellt, gefolgt von einer Batterie von Items, die potentielle Bedrohungen abfragten, welche von Atomwaffen-Proliferation bis hin zur verstärkten Zuwanderung von Ausländern reichten. Die Antwortskala ist dabei fünfstufig formuliert und reicht von „sehr stark bedroht“ bis „gar nicht bedroht“, mit einer Mittelkategorie von „bedroht“. Des Weiteren wurde dann das nach der Theorie aus dem Bedrohungsgefühl resultierende Sicherheitsempfinden erhoben, mit der Frage „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“, die Skala der möglichen Antworten ist hier sechsstufig und reicht von „sehr sicher“ bis „sehr unsicher“, ohne Mittelkategorie. Andererseits wurde sowohl Bedrohungs- als auch Sicherheitsempfinden gegenüber der Bundesrepublik erhoben, also die Frage „Wie sehr wird die Bundesrepublik Deutschland zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“, bzw. „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland?“.

Die Untersuchung des Bedrohungsempfindens auf der persönlichen wie nationalen Ebene wird mit Hilfe eines Index geschehen, der aus den Mittelwerten der Bedrohungsitems gebildet wird und der das mittlere Bedrohungsgefühl über alle Befragten für ein bestimmtes Thema auf einer Skala von 0 bis 100 wiedergibt, was die Bildung einer Rangordnung mit den einzelnen Items gegenüber der einfachen Darstellung von Anteilen von Befragten, die ein Item z. B. „sehr bedrohlich“ empfanden, erleichtert. Die genauere Prüfung der Struktur des Bedrohungsempfindens wird wie schon bei Holst mit dem Instrument der Faktorenanalyse durchgeführt. Die Faktorenanalyse ist ein dimensionsreduzierendes Verfahren, das es ermöglicht, eine Vielzahl von Variablen – hier: mögliche Bedrohungen – auf einige wenige gemeinsame Dimensionen zurückzuführen, die mit den ihnen zugeordneten Variablen, in unserem Fall einzelnen Bedrohungs-Items, möglichst stark korrelieren, das heißt in Zusammenhang stehen, mit den Variablen anderer Bedrohungsdimensionen jedoch möglichst wenig. Holst extrahierte bei der Verwendung von Umfragedaten der frühen 1990er Jahre sechs Faktoren, welche die einzelnen Bedrohungsdimensionen trennscharf abbildeten. Die abgefragten Bedrohungs-Items sind heute jedoch nicht mehr im gleichen Maße als aktuell zu bezeichnen wie zur Zeit der Umfrage im Jahr 1992. So erscheint die Gefahr eines wiedererstarkenden Kommunismus, der sich bei Holst in der Faktorenanalyse noch als eigenständige Bedrohungsdimension „Antikommunismus“ niederschlug und die u. a. auch das Item „Russische Truppen in Ostdeutschland“ umfasste, mittlerweile durch andere ideologische und religiöse Faktoren wie z. B. islamischem Fundamentalismus weitgehend abge-

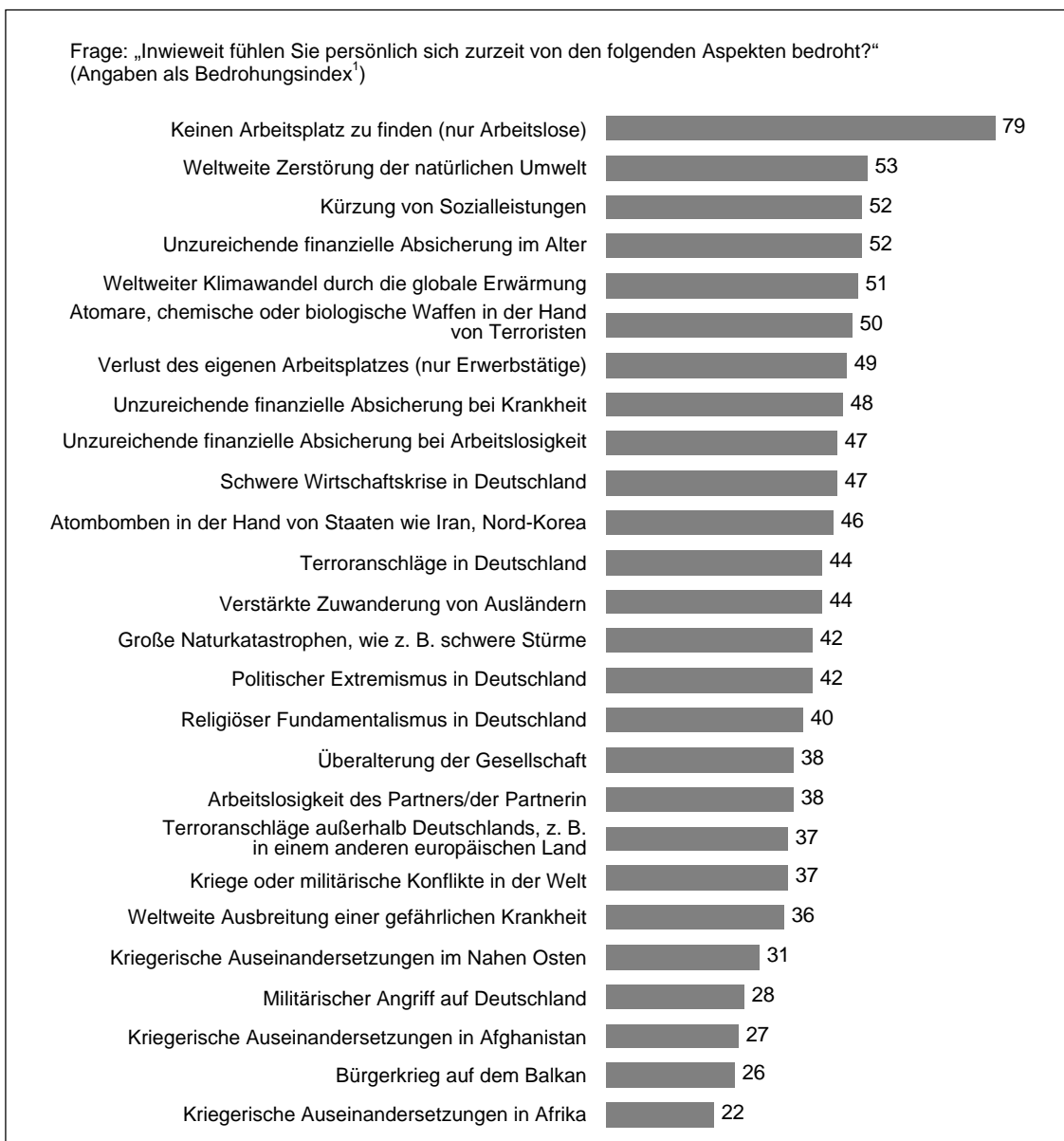
löst. Vor allem die Verbindung aus Islamismus und Terrorismus, die 2006 auch für Deutschland zu einer konkreteren Gefahr als noch im Jahr zuvor wurde, dürfte bei der Faktorenanalyse der Bevölkerungsbefragung 2006 als Dimension persönlichen Bedrohungsempfindens deutlich hervortreten.

Schließlich wird der Effekt der einzelnen Bedrohungsdimensionen, die im Rahmen der Faktorenanalyse identifiziert wurden, auf das Sicherheitsempfinden der Befragten zu prüfen sein. Dies wird mit dem Instrument der linearen Regressionsanalyse erfolgen, die es ermöglicht, in einem multivariaten Modell sowohl die Wirkung einzelner erklärender Variablen zu vergleichen, als auch die Erklärungskraft des gesamten Modells zu bestimmen. Das heißt, anhand des Anteils der erklärten Varianz des Sicherheitsgefühls lässt sich das Ausmaß bestimmen und quantifizieren, in dem das Sicherheitsempfinden von bestimmten wahrgenommenen Bedrohungen beeinträchtigt wird. Somit wird die Analyse nicht nur das Empfinden der Bürger als wichtige Kenngröße für deren sicherheitspolitisches Weltbild beschreiben, sondern auch in detaillierter Weise erfassen können, wie die potenziellen Bedrohungen der heutigen Zeit untereinander zusammenhängen, um welche Dimensionen sie sich gruppieren und welche Bedrohungen den Bürger so stark bewegen, dass er nicht nur Besorgnis darüber auf Nachfrage zum Ausdruck bringt, sondern davon auch tatsächlich in seinem allgemeinen Sicherheitsgefühl eingeschränkt wird.

## **2.2 Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit**

Die Einschätzung der persönlichen Sicherheitslage und ihrer Bedrohungen ist nach der oben beschriebenen Vorstellung eine Determinante mit erheblicher Bedeutung für die Herausbildung von Einstellungen über spezifische außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen. Ein Bürger, der in einem Themenbereich keinerlei Bedrohung wahrnimmt, wird auch sicherheitspolitischen Maßnahmen, die diesen Aspekt betreffen, eher skeptisch gegenüberstehen, während für Maßnahmen, die speziell auf Bedrohungen abzielen, die er persönlich für relevant hält, deutlich höhere Akzeptanz und Unterstützung zu erwarten sind.

**Abbildung 1: Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheitslage**



Anmerkung: 1) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Eine Betrachtung des nach wahrgenommener Intensität eines Items gestaffelten Bedrohungsindex über persönliche Sicherheitsbedrohungen zeigt zunächst, dass sich die Rangordnung der bedrohlichen Themenbereiche in der persönlichen Wahrnehmung der Bevölkerung ähnlich gestaltet wie schon 2005. Am oberen Extrem der persönlichen Bedrohungswahrnehmung lassen sich insbesondere Aspekte finden, welche die wirtschaftliche Situation des Einzelnen betreffen. So bestimmt die Sorge, keinen Arbeits-

platz zu finden oder einen vorhandenen zu verlieren das persönliche Bedrohungsempfinden von mehr als der Hälfte aller Befragten. Ebenfalls war die Angst vor einer Kürzung von Sozialleistungen auch 2006 fest verankert im kognitiven „Bedrohungsatlas“ der Bundesbürger. Doch während die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation weiterhin das Bild der potenziellen Bedrohungen bestimmt, wurde die Angst vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland, die 2005 noch als das für die Befragten zweitbedrohlichste Item erschien, 2006 durch die Sorge um eine weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt ersetzt. Auch die Gefahren des globalen Klimawandels und seiner Folgen waren 2006 im Bewusstsein der Bevölkerung über persönliche Bedrohungen weit oben angesiedelt. Erst im Mittelfeld der Index-Rangordnung folgen Bedrohungen, welche auch die Bundesrepublik 2006 erstmals direkter betrafen, nämlich terroristische Anschläge im eigenen Land. Die Bedeutung dieser Items im Index ist zwar gegenüber 2005 deutlicher vorhanden, die Bedrohung scheint für die Befragten jedoch weiterhin weniger ausgeprägt als beispielsweise die Sorge um ihren Arbeitsplatz. So rangierte die Wahrnehmung terroristischer Angriffe in Deutschland als Bedrohung 2005 an viertletzter Stelle, während sich im vergangenen Jahr 58 Prozent aller Befragten durch Terroranschläge in Deutschland in gewissem Umfang bedroht sahen. Ähnlich einzuordnen ist auch die Wahrnehmung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen, insbesondere die nukleare Proliferation in Staaten wie Nordkorea oder dem Iran.

Annähernd 60 Prozent der Befragten sahen sich 2006 von Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nordkorea bedroht, und 67 Prozent nahmen die Möglichkeit von ABC-Waffen in der Hand von Terroristen derart bedrohlich wahr. Traditionelle militärische Bedrohungen, wie beispielsweise die Möglichkeit eines Angriffs auf Deutschland oder auch kriegerische Konflikte in unterschiedlichen Regionen der Welt rangieren wie schon in vergangenen Jahren am untersten Ende der Liste von Faktoren, welche die Deutschen als Gefahr für ihre persönliche Sicherheit empfinden.

Die Rangordnung, welche die Deutschen 2006 potenziellen Bedrohungen ihrer persönlichen Sicherheit zuwies, entspricht in gewissem Umfang den Ereignissen und Entwicklungen, mit denen sich das Land in diesem Jahr konfrontiert sah. Bedrohungen der eigenen wirtschaftlichen Situation waren, wie schon im Jahr zuvor, für die Befragten deutlich am wichtigsten. Allerdings spiegelte sich auch der beginnende wirtschaftliche Aufschwung 2006 im Bewusstsein der Befragten wider, denn eine schwere Wirtschaftskrise in Deutschland, die im Jahr zuvor noch das zweitbedrohlichste Item darstellte, ist nun auf Platz 10 zu finden. Die öffentliche Diskussion über die Gefahren des globalen

Klimawandels andererseits schlug sich 2006 im erheblichen Zuwachs an Bedrohungsempfinden für die entsprechenden Items nieder. Während 2005 wirtschaftliche Themen Umweltprobleme weit in den Schatten stellten, war 2006 die wahrgenommene Bedrohung durch eine globale Klimaerwärmung sogar noch größer als der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, was den Effekt des Agenda Setting in Medien und Politik in diesem Jahr recht gut widerspiegelt. Doch obwohl der Klimawandel für die Deutschen 2006 aufgrund eines besonders warmen Herbstes und Winters auch begrenzt erfahrbar schien, blieb es bei einem diffusen und unklaren Gefahrenpotenzial, ganz im Gegensatz zur Bedrohung durch Terrorismus, der rein faktisch 2006 erheblich näher an die deutsche Bevölkerung heranrückte. Dies wirkte sich in gewissem Umfang auch auf die Meinung der Befragten für diese Studie aus, die sich von terroristischen Bedrohungen und auch der Proliferation von Atomwaffen deutlich stärker bedroht sahen als noch 2005. Teilweise lässt sich dies ebenfalls als Ergebnis eines Agenda-Setting-Prozesses von Medien und Politik deuten, der ein Thema ins Licht der Öffentlichkeit brachte, das zuvor im Bewusstsein der Bürger nur am Rande eine Rolle spielte, wie z. B. das iranische Atomprogramm. Aber zumindest im Fall der konkreten Bedrohung durch Terroranschläge innerhalb Deutschlands könnte auch die direkte Erfahrung verschärfter Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen an Bahnhöfen und Flughäfen eine Rolle für das Bedrohungsempfinden von Befragten gespielt haben. Die konkrete Wirkung der einzelnen Bedrohungen auf das tatsächliche Sicherheitsgefühl der Deutschen wird nach der Herausarbeitung der Bedrohungsstrukturen noch zu prüfen sein.

Um genaueren Einblick in die Struktur der Einstellungen zu erhalten, der Grundlage für das Bedrohungsempfinden der Deutschen hinsichtlich verschiedener Themen, wurden mit Hilfe einer Faktorenanalyse die unterschiedlichen Dimensionen des persönlichen Bedrohungsempfindens der Befragten identifiziert. Ziel dabei war es, eine möglichst kleine Zahl voneinander unabhängiger Komponenten von „Bedrohung“ zu extrahieren, die jeweils eine kognitive Dimension des Empfindens der Bürger repräsentieren.

**Tabelle 1: Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit**

Frage: „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“				
	Sehr stark oder Stark be- droht <sup>1</sup>	Bedroht	Kaum oder Gar nicht bedroht <sup>1</sup>	Bedro- hungsindex PERSON
	Angaben in Prozent			Indexwert <sup>2</sup>
Keinen Arbeitsplatz zu finden (nur Arbeitslose)	75	17	8	79
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	33	39	28	53
Kürzung von Sozialleistungen	38	29	33	52
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	37	28	35	52
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	31	37	32	51
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	30	37	33	50
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes (nur Erwerbstätige)	34	25	41	49
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Krankheit	31	29	40	48
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	35	25	40	47
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	27	32	41	47
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	26	33	41	46
Terroranschläge in Deutschland	20	38	42	44
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern	25	29	46	44
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme	21	33	46	42
Politischer Extremismus in Deutschland	22	31	47	42
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	19	30	51	40
Überalterung der Gesellschaft	18	31	51	38
Arbeitslosigkeit des Partners/der Partnerin	25	20	55	38
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	16	29	55	37
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	15	29	56	37
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit	15	28	57	36
Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten	11	21	68	31
Militärischer Angriff auf Deutschland	13	15	72	28
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan	10	16	74	27
Bürgerkrieg auf dem Balkan	8	16	76	26
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika	6	14	80	22

Anmerkungen: 1) Basis: 5er-Skala, Anteile zusammengefasst; 2) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

**Tabelle 2: Dimensionen persönlicher Sicherheitsbedrohung**

Frage: „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“				
	Faktor 1 Militärisch	Faktor 2 Ökonomisch	Faktor 3 Ökologisch	Faktor 4 Terroristisch
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika	,854			
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan	,825			
Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten	,776			
Bürgerkrieg auf dem Balkan, z. B. im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina	,742			
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	,645			
Militärischer Angriff auf Deutschland	,602			
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	,580			,462
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit	,456		,433	
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit		,863		
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter		,837		
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Krankheit		,812		
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes (nur Erwerbstätige)		,783		
Kürzung von Sozialleistungen		,774		
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland		,602		
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung			,804	
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt			,792	
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme			,548	
Überalterung der Gesellschaft			,528	
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen				,686
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea				,653
Terroranschläge in Deutschland				,603
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland				,562
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern		,482		,530
Politischer Extremismus in Deutschland			,409	,484

Anmerkung: Faktor 1 = Militärische Bedrohung; Faktor 2 = Sozioökonomische Bedrohung; Faktor 3 = Ökologische Bedrohung, Faktor 4 = Terroristische Bedrohung.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

In Tabelle 2 lassen sich die einzelnen Komponenten anhand der Faktorladungen identifizieren, die sich um vier Dimensionen anordnen. Der erste extrahierte Faktor bildet eine Dimension, die man mit „militärische Bedrohung“ umschreiben kann. Sie umfasst Gefahren, die außerhalb Deutschlands ihren Ursprung haben und eher traditionell militärischer denn asymmetrischer Natur sind. Darunter fallen kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten und dem Balkan, generell militärische Konflikte auf der Welt, ein militärischer Angriff auf Deutschland, Terroranschläge au-

ßerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land und schließlich, wenn auch mit nur geringer Faktorladung, die weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit. Der zweite Faktor bezeichnet die Dimension sozioökonomischer Bedrohung, also die Gefahren der Arbeitslosigkeit, gekürzter Sozialleistungen, unzureichender finanzieller Absicherung im Alter und bei Krankheit, sowie die Möglichkeit einer schweren Wirtschaftskrise in Deutschland. Als „ökologische Bedrohung“ lässt sich der dritte Faktor benennen. Insbesondere die Angst vor den Folgen des globalen Klimawandels geht auf diese Bedrohungsdimension zurück, wie auch die Items „Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt“, „Große Naturkatastrophen“ und „Überalterung der Gesellschaft“. Aber auch das Problem des demografischen Wandels weist eine relativ hohe Korrelation mit dem Faktor „ökologische Bedrohung“ auf. Der letzte Faktor schließlich lässt sich als Dimension der „terroristischen Bedrohung“ verstehen. Unter ihn fallen Gefahren wie Terroranschläge in Deutschland, aber auch seine Ursachen und Randerscheinungen, wie Fundamentalismus und Extremismus, die Bedrohung durch Proliferation von Massenvernichtungswaffen, wie auch das wahrgenommene Sicherheitsproblem der Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland. Die Strukturierung des Bedrohungsempfindens entspricht damit in etwa den Erwartungen, die bereits formuliert wurden, insbesondere hinsichtlich der Bedrohung durch Terrorismus. Diese scheint ähnlich wie schon in der Untersuchung durch Holst in den 1990er Jahren nicht nur eine konkrete, „handfeste“ sicherheitsrelevante Komponente zu besitzen, sondern auch eine ideologische, hier repräsentiert durch die Bedrohungen durch politischen wie religiösen Extremismus.

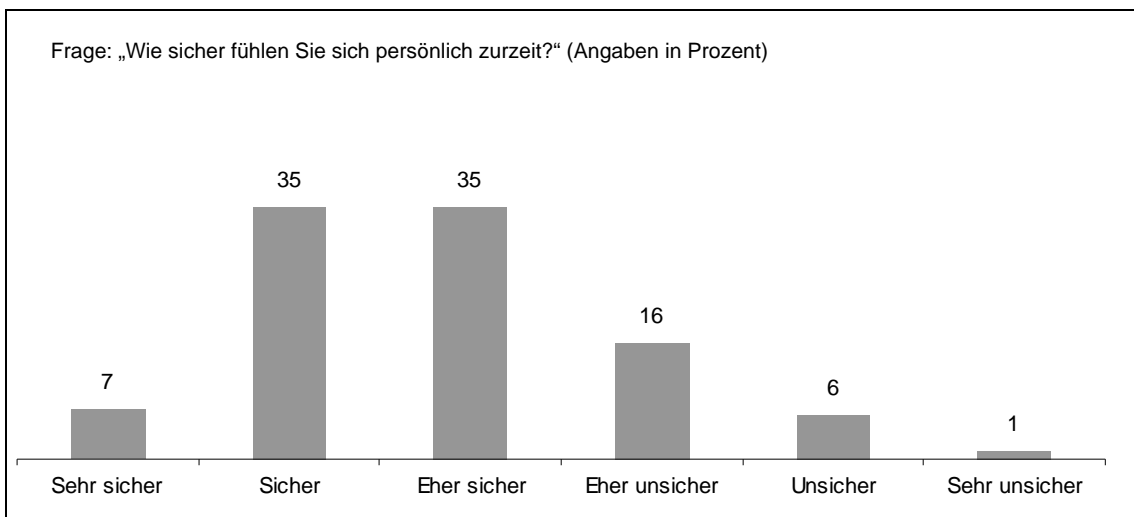
Auffällig an der faktorenanalytischen Untersuchung der einzelnen wahrgenommenen Bedrohungen ist der Befund, dass eine Reihe von abgefragten Items auf unterschiedlichen Dimensionen „laden“, das heißt kognitiv aus unterschiedlichen Gründen als Gefahr wahrgenommen werden. So wurde die Bedrohung durch Terroranschläge außerhalb Deutschlands sowohl als „klassisches“ militärisches Sicherheitsproblem (Faktor 1), aber auch begrenzt als Gefahr dem Terrorismus-Faktor (4) zugeordnet. Ähnlich lässt sich die Bedrohung durch eine Pandemie sowohl primär als Sicherheitsproblem als auch als ökologische Bedrohung einordnen, was sich in den Faktorladungen widerspiegelt. Auch das wahrgenommene Problem der Zuwanderung von Ausländern wurde zum Teil als asymmetrisches Sicherheitsproblem wahrgenommen, verbunden mit der Terrorismusgefahr, aber auch als Bedrohung auf der sozioökonomischen Dimension, was z. B. mit der Angst um den Verlust von Arbeitsplätzen in Verbindung stehen kann.



## 2.3 Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage

Ausgehend von den vier in Abschnitt 2.2 extrahierten Dimensionen persönlicher Bedrohungswahrnehmung der Bundesbürger soll nun deren Auswirkung auf das allgemeine Sicherheitsgefühl der Deutschen untersucht werden. Vor der eigentlichen Regressionsanalyse, mit der diese Fragestellung bearbeitet wird, ist eine Betrachtung der Entwicklung des Sicherheitsempfindens im Lauf der letzten zehn Jahre der Deutschen lohnenswert, denn sie offenbart, dass sich die Deutschen im Allgemeinen deutlich sicherer fühlen als noch im vergangenen Jahr.

**Abbildung 2: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage**



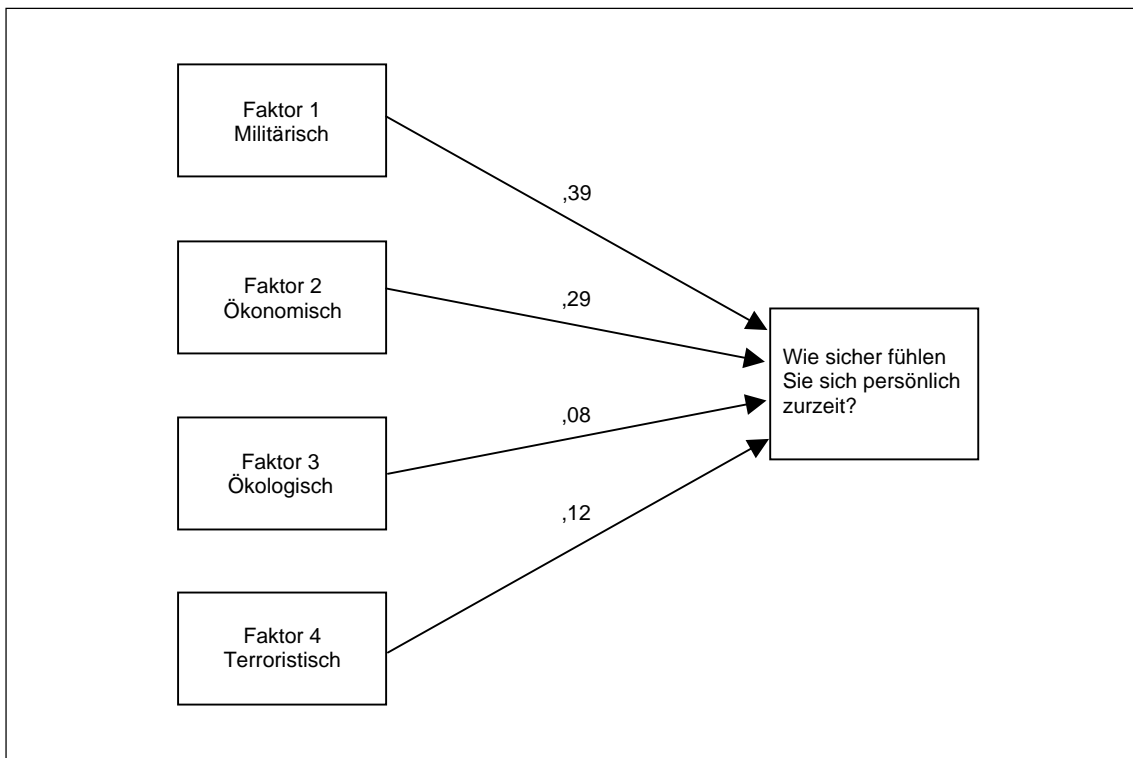
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Während 2005 37 Prozent der Befragten auf die Kategorien „sehr unsicher“, „unsicher“ und „eher unsicher“ entfielen, war dieses Empfinden 2006 mit nur 23 Prozent deutlich schwächer ausgeprägt. 77 Prozent der Befragten gaben an, sich persönlich „eher sicher“, „sicher“ oder „sehr sicher“ zu fühlen, 42 Prozent entfielen sogar auf die beiden „sicheren“ Kategorien. Insgesamt offenbart sich dabei der Trend, eines seit Mitte der 1990er Jahre stetig absinkenden Unsicherheitsgefühls der Deutschen, von 1996 noch 51 Prozent, die sich „sehr unsicher“, „unsicher“ und „eher unsicher“ fühlten. Die „Ausreißer“ in den Jahren 2001, 2003 und 2005 könnten dabei erklärt werden mit weltpolitischen Ereignissen in diesen Jahren, also dem 11. September 2001, dem Irak-Krieg 2003, sowie den Terroranschlägen in London im Jahr 2005. Solche aktuellen Ereignisse sind geeignet, kurzfristig insbesondere Empfindungen wie Bedrohung oder Angst auszulö-

sen, also Impulse, die keiner weiteren komplexen kognitiven Einordnung bedürfen und so auch zu Ausreißern bei emotional besonders „aufgeladenen“ Fragen führen können.

Die im vorangegangenen Abschnitt erfolgte Faktorenanalyse ermöglicht es nun, gezielt die Wirkung der einzelnen Bedrohungsdimensionen auf das allgemeine individuelle Sicherheitsgefühl der Deutschen zu untersuchen, um näher beleuchten zu können, welche Dimension, also militärische, wirtschaftliche, ökologische oder terroristische Bedrohung, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung am stärksten beeinträchtigt. Im Rahmen einer Regressionsanalyse wurden die extrahierten Faktoren der Bedrohungen als erklärende Variablen und das individuelle Sicherheitsgefühl als zu erklärende genutzt. Abbildung 3 zeigt das Ergebnis.

**Abbildung 3: Determinanten persönlichen Sicherheitsgefühls**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006. Regressionskoeffizienten Beta.  $R^2=0,247$ .

Anhand der Korrelationskoeffizienten Beta lässt sich der Effekt der einzelnen Faktorenwerte auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung bestimmen. Dem Faktor „militärische Bedrohung“ kommt dabei mit einem Beta-Wert von  $-0,388$  die größte Wirkung zu. Das heißt, bei hoch ausgeprägtem persönlichem Bedrohungsgefühl z. B. hinsichtlich kriegerischer Auseinandersetzungen in Afghanistan, wirkt sich dies auch auf das allge-

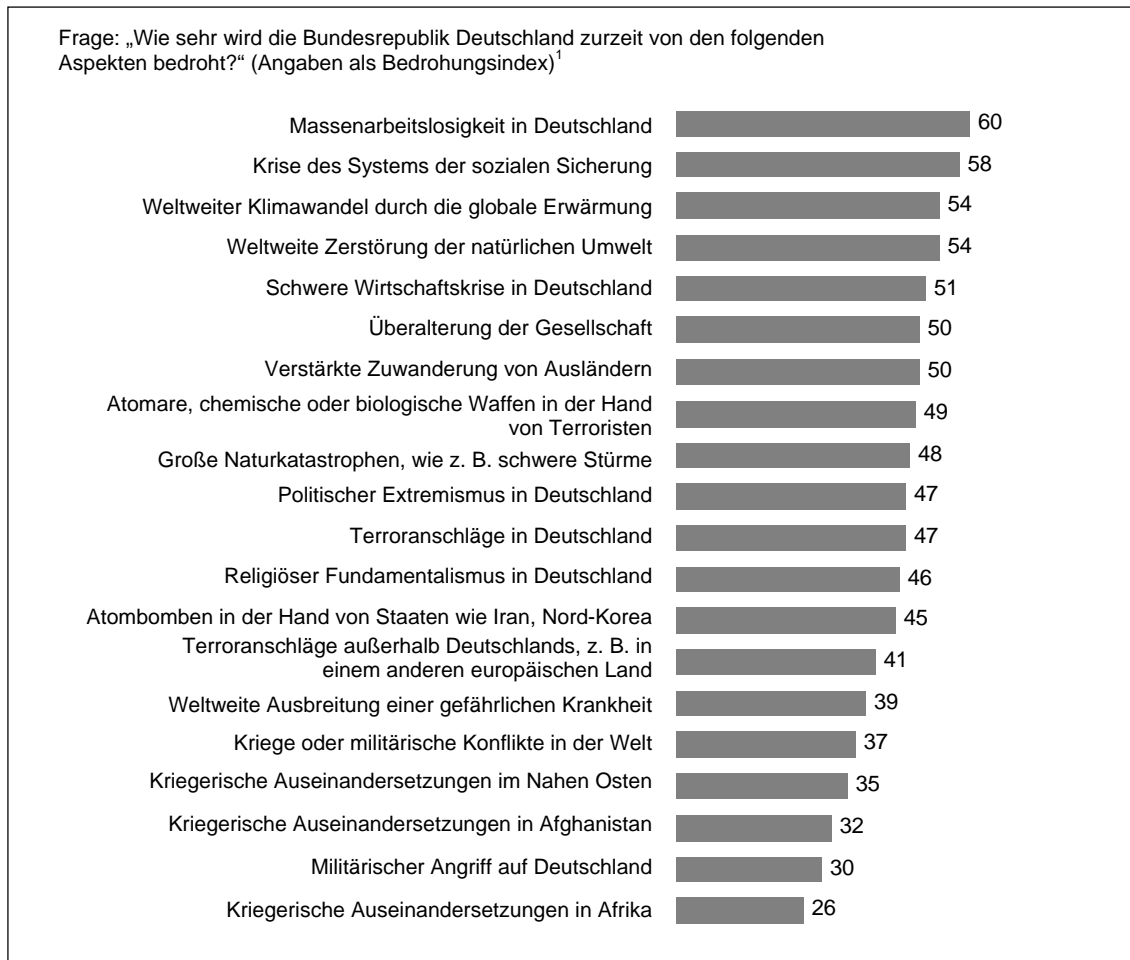
meine Sicherheitsgefühl des Bürgers aus, das durch die Bedrohungsempfindung verringert wird. Während auch der Effekt der Bedrohungen der individuellen wirtschaftlichen Situation mit einem Beta-Wert von -0,285 noch relativ bedeutsam ist, fällt auf, dass die Wirkung der Dimensionen „terroristische Bedrohungen“ und „ökologische Bedrohungen“ auf das Sicherheitsgefühl nur sehr marginal ausfällt. So fühlen sich Bürger, auch wenn sie angeben, den globalen Klimawandel als sehr große Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit zu betrachten, durch diese Bedrohung kaum unsicherer als Befragte, die Umweltthemen keine größere Bedeutung zumessen. Ähnliches gilt für Bedrohungen wie Terrorismus und Proliferation, die das allgemeine Sicherheitsgefühl der Deutschen ebenfalls nur wenig beeinflussen, trotz der großen Bedeutung, die ihnen in der öffentlichen Diskussion zugemessen wird. Dieser Befund deckt sich mit den Erwartungen, die bereits im vorherigen Abschnitt angedeutet wurden. Obwohl die Bundesrepublik 2006 wie noch nie zuvor durch Terrorismus bedroht schien und auch der Klimawandel ins Bewusstsein nahezu jedes Bundesbürgers vorgedrungen war, scheinen beide Gefahren dennoch weiterhin äußerst diffus und für eine Mehrheit der Befragten schlecht erfassbar zu sein. Die Aufmerksamkeit darauf ergibt sich für eine Mehrheit noch immer primär durch die öffentliche Diskussion und Berichterstattung der Medien und weniger durch direkte Konfrontation mit dem Gefahrenpotenzial. Besonders der Unterschied im Effekt einerseits der Faktoren Terrorismus und ökologische Bedrohungen und andererseits des Faktors ökonomische Bedrohung könnte so erklärt werden. Es muss aber auch erwähnt werden, dass das zweistufige Modell aus Bedrohungsempfinden und Sicherheitsgefühl der Bürger den Mechanismus der Herausbildung subjektiver Sicherheit nicht vollständig abbildet. Der Anteil der erklärten Varianz des Sicherheitsempfindens, als  $R^2$  bezeichnet, fällt mit einem Wert von 0,25 für ein solches Modell zwar relativ hoch aus, zeigt jedoch auch, dass noch weitere Faktoren mitwirken, welche die subjektive Sicherheit der Deutschen formen.

## **2.4 Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheit**

Das Bedrohungsempfinden hinsichtlich der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wurde in der Bevölkerungsumfrage 2006 erstmals erhoben. Hintergrund ist das Interesse an der Frage, ob der einzelne Bürger unterscheidet zwischen Bedrohungen auf der nationalen Ebene, welche die Gesellschaft insgesamt betreffen, und seinem individuellen Empfinden der persönlichen Sicherheit und Bedrohung. Ein Vergleich der Index-

werte über die einzelnen Bedrohungs-Items ergibt zunächst ein ähnliches Bild für das Bedrohungsempfinden hinsichtlich der nationalen Sicherheit.

**Abbildung 4: Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheitslage**



Anmerkungen: 1) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Die Rangordnung über die einzelnen Themenbereiche ist ähnlich verteilt, mit Bedrohungen der wirtschaftlichen Situation an der Spitze, gefolgt von Umweltthemen, terroristischen Bedrohungen und schließlich traditionellen militärischen Konflikten. Auffällig ist lediglich dass die Bedrohung des gesamten Landes durch bestimmte Gefahren durchgängig höher eingeschätzt wird als das individuelle Risiko jedes einzelnen Bürgers.

**Tabelle 3: Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheit**

Frage: „Wie sehr wird die Bundesrepublik Deutschland zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“				
	Sehr stark oder Stark bedroht <sup>1</sup>	Bedroht	Kaum oder Gar nicht bedroht <sup>1</sup>	Bedrohungsindex NATION
	Angaben in Prozent			Indexwert <sup>2</sup>
Massenarbeitslosigkeit in Deutschland	45	33	22	60
Krise des Systems der sozialen Sicherung	43	35	22	58
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	34	41	25	54
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	34	41	25	54
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	31	36	33	51
Überalterung der Gesellschaft	31	37	32	50
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern	31	33	36	50
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	26	41	33	49
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme	24	43	34	48
Politischer Extremismus in Deutschland	24	39	37	47
Terroranschläge in Deutschland	22	44	34	47
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	24	36	40	46
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	24	34	42	45
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	18	35	47	41
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit	15	31	54	39
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	13	32	56	37
Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten	13	26	61	35
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan	11	23	66	32
Militärischer Angriff auf Deutschland	13	17	70	30
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika	8	15	77	26

Anmerkungen: 1) Basis: 5er-Skala, Anteile zusammengefasst; 2) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Die Faktorenanalyse der wahrgenommenen Bedrohung der nationalen Sicherheit ergibt wiederum vier Dimensionen, die sich ähnlich interpretieren lassen wie schon im Fall der persönlichen Sicherheitsbedrohung. Allerdings laden die Items der terroristischen Bedrohungen Deutschlands sowie der Gefahren durch Massenvernichtungswaffen nicht mehr auf dem vierten Faktor, der als „terroristische Bedrohung“ bezeichnet wurde, sondern auf der ersten Dimension, die auch konventionelle militärische Bedrohungen umfasst. Der vierte Faktor erhält damit eine stärker ideologische Prägung, mit Bedrohungen wie religiösem Fundamentalismus, politischem Extremismus sowie der Zuwande-

rungsthematik. Das heißt, die Bundesbürger betrachten hinsichtlich der nationalen Sicherheitslage Deutschlands Terrorismus und asymmetrische Bedrohungen wie z. B. Atomwaffen stärker als militärisches Sicherheitsproblem denn als gesellschaftlich-politisches. Die Art der Bedrohungen, die sich Faktor 1 zuordnen lassen, legt in hohem Maße eine kognitive Vorstellung nahe, welche die Gefahr von außerhalb des Landes sieht und weniger der Gesellschaft selbst entspringend.

**Tabelle 4: Dimensionen nationaler Sicherheitsbedrohung**

Frage: „Wie sehr wird die Bundesrepublik Deutschland zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“				
	Faktor 1 Militärisch/ Terroristisch	Faktor 2 Ökonomisch	Faktor 3 Ökologisch	Faktor 4 Gesellsch.- Politisch
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika	,839			
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan	,808			
Bürgerkrieg auf den Balkan, z. B. im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina	,792			
Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten	,788			
Militärischer Angriff auf Deutschland	,713			
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	,709			
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	,642			
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit	,572			
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	,541			
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	,517		,489	
Terroranschläge in Deutschland	,481		,420	,419
Massenarbeitslosigkeit in Deutschland		,805		
Krise der Arbeitslosenversicherung		,796		
Krise der gesetzlichen Rentenversicherung		,787		
Krise des Systems der sozialen Sicherung		,760		
Massenarbeitslosigkeit in Europa		,745		
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland		,734		
Krise der gesetzlichen Krankenversicherung		,728		
Schwere Wirtschaftskrise in Europa		,716		
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern		,483		,466
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt			,746	
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung			,705	
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme			,613	
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland				,676
Politischer Extremismus in Deutschland				,547
Überalterung der Gesellschaft				,490

Anmerkung: Faktor 1 = Militärische Bedrohung; Faktor 2 = Sozioökonomische Bedrohung; Faktor 3 = Ökologische Bedrohung, Faktor 4 = Gesellschaftspolitische Bedrohung.

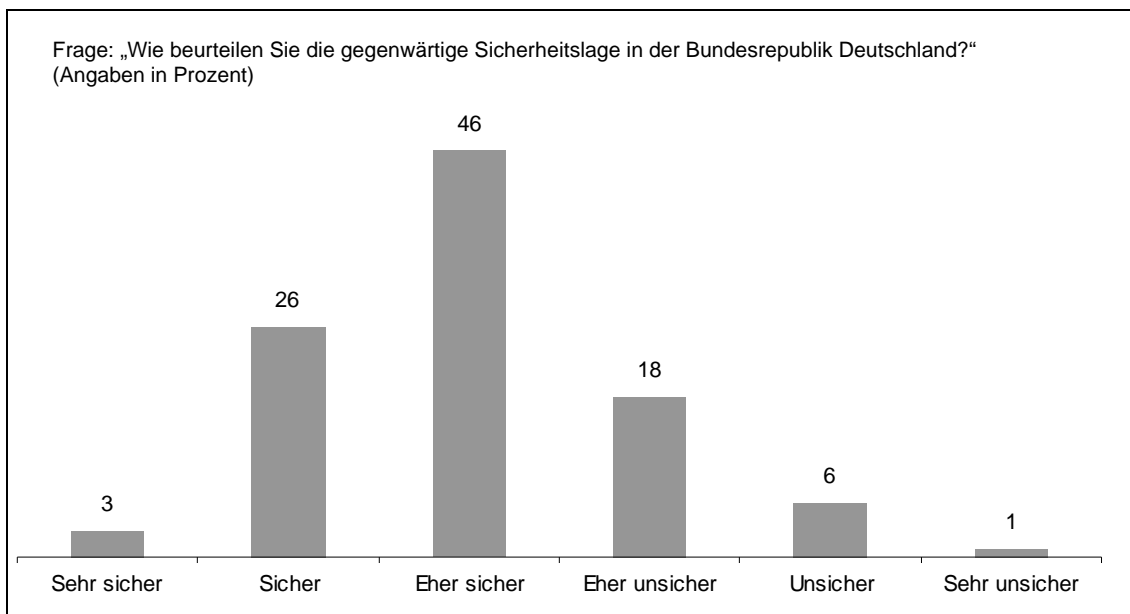
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 2.5 Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

Auch für den Fall der wahrgenommenen Bedrohungen für die nationale Sicherheit ist von Interesse, wie die einzelnen, im Rahmen der Faktorenanalyse extrahierten Dimensionen jeweils die Gesamteinschätzung der Sicherheitslage der Bundesrepublik beeinflussen, welche der vier genannten Faktoren also letztlich auf die Wahrnehmung der Deutschen am meisten „durchschlagen“.

Bei der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage Deutschlands fällt zunächst im Vergleich zum persönlichen Sicherheitsempfinden auf, dass ein deutlich geringerer Anteil der Deutschen ihr Land als „sicher“ oder „sehr sicher“ betrachtet, nämlich nur 29 Prozent, verglichen mit 42, die sich selber „sicher“ oder „sehr sicher“ fühlen. Die neuen Bedrohungen der letzten Jahre, insbesondere durch Terrorismus, aber z. B. auch die Gefahren des Klimawandels werden offenbar als nationales Problem wahrgenommen, was aber nur in geringem Maße ein individuelles Unsicherheitsgefühl auslöst. Aber auch die Überlegung, dass Bedrohungen der eigenen Sicherheit oftmals weniger intensiv wahrgenommen oder gar übersehen werden, während Bedrohungen „der anderen“ kognitiv stärker im Bewusstsein stehen, könnte bei dieser Abweichung eine Rolle spielen.

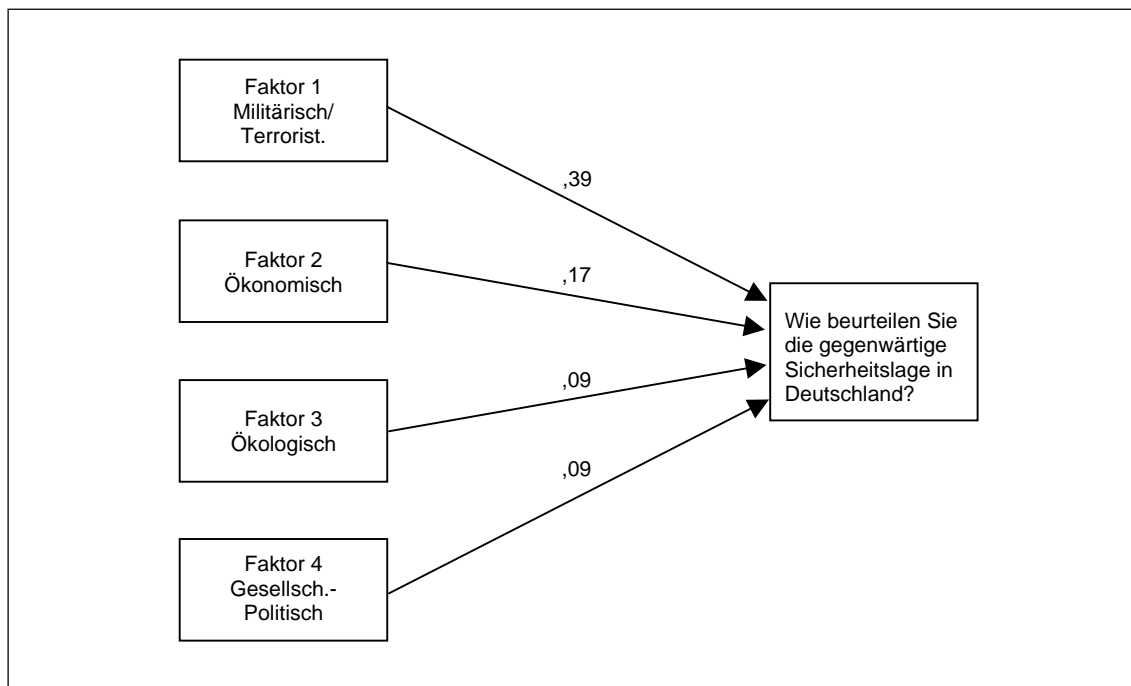
**Abbildung 5: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Auch im Fall des nationalen Sicherheitsempfindens soll eine Regressionsanalyse klären, wie sich die vier Bedrohungsfaktoren jeweils auf die wahrgenommene Sicherheitslage Deutschlands auswirken. Wie bereits erwähnt, wurden terroristische Gefahren in diesem Fall dem Faktor „militärische Bedrohungen“ zugeordnet. Folglich fällt der Gesamteffekt von Faktor 1 auf die wahrgenommene nationale Sicherheit Deutschlands mit einem Beta-Wert von 0,39 auch verhältnismäßig stark aus. Bei der Betrachtung der Werte der übrigen Faktoren fällt auf, dass die Bundesbürger das Konzept „nationale Sicherheit“ offenbar sehr stark zugespitzt auf militärische und terroristische Bedrohungen definieren. Sichtbar wird dies an den weitaus geringeren Effekten der Faktoren 2 bis 4. Selbst die wahrgenommenen Bedrohungen auf der wirtschaftlichen Ebene, die bei der Untersuchung des persönlichen Sicherheitsempfindens einen beträchtlichen Effekt zeigten, sind für die gefühlte nationale Sicherheit Deutschlands mit einem Beta-Wert von 0,17 deutlich weniger bedeutsam. Noch stärker lässt sich der Effekt beim Thema Umweltschutz beobachten, wie auch bei der Dimension 4, dem politischen und religiösen Extremismus. Obwohl dieser natürlich auf der praktischen Ebene eng verknüpft ist mit Terrorismus, scheint auf der kognitiven Ebene der Deutschen die nationale Sicherheit weniger durch das vorherrschende politisch-gesellschaftliche Meinungsklima, denn durch handfeste, materielle Gefahren berührt zu sein.

**Abbildung 6: Determinanten wahrgenommener nationaler Sicherheit**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006. Regressionskoeffizienten Beta.  $R^2=0,193$ .



## 2.6 Fazit

Lässt man die vorangegangene Analyse Revue passieren, so stechen vor allem zwei Befunde ins Auge, nämlich das wachsende Gefühl persönlicher Sicherheit in unserem Land und die Abweichungen zwischen teils stark ausgeprägter Bedrohungswahrnehmung auf der einen Seite und andererseits dennoch geringer Auswirkung derselben auf die subjektive Sicherheit bei bestimmten Problemfeldern, insbesondere Terrorismus und Umweltschutz.

Auf die Frage „Wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit“ antworteten 1996 im Rahmen der SOWI-Bevölkerungsbefragung mehr als die Hälfte der Deutschen mit „eher unsicher“, „unsicher“ oder sogar „sehr unsicher“. Im Jahr 2006 waren dies nur noch halb so viele. Auch wenn man zur Erklärung dieses Trends wachsender subjektiver Sicherheit unter den Deutschen Erklärungen wie die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und ein stärkeres Wirtschaftswachstum heranziehen kann, ist es für die Untersuchungen der kommenden Jahre sinnvoll, diese Entwicklung genau zu verfolgen und insbesondere Ausreißer im Sicherheitsgefühl, nach oben oder auch nach unten, hinsichtlich ihrer Ursachen genau zu prüfen.

Auch die Beobachtung, dass in den Dimensionen „Terrorismus“ und „ökologische Gefahren“ trotz augenscheinlich großem Bedrohungsempfinden nur marginale Auswirkungen auf das tatsächliche Sicherheitsgefühl der Deutschen zu verzeichnen sind, sollte detaillierter geprüft werden, um kausale Zusammenhänge zu klären. Insbesondere Analysen der Zusammenhänge mit der Mediennutzung von Befragten sind dabei von Interesse, da man so Einblick erhalten könnte in die Frage, wo die Ursache für besonders starkes Bedrohungsempfinden beispielsweise im Hinblick auf Umweltthemen liegt. Hypothetisch wäre zu vermuten, dass starke Mediennutzung hier ein erhöhtes Bedrohungsempfinden auslösen kann, das jedoch mangels tatsächlich greifbarer Gefahr für den Einzelnen keine unmittelbaren Auswirkungen auf das persönliche Sicherheitsgefühl hat. Diese Hypothese und andere das Bedrohungsempfinden wie auch das Sicherheitsgefühl erklärende Variablen genauer zu prüfen sollte daher ein Ziel sein, um in kommenden Jahren noch genauere Erkenntnisse aus diesem Abschnitt der Bevölkerungsbefragung zu ziehen.



# 3 Kampf gegen die Gefahren des internationalen Terrorismus

*Rüdiger Fiebig*

---

## 3.1 Einleitung

Bereits im letzten Kapitel wurde auf das Engagement Deutschlands im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hingewiesen. Die Beteiligung der Bundesrepublik an den Operationen ENDURING FREEDOM und ISAF begann 2002 unter dem Motto „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“. Neben dieser militärischen Komponente des „Krieges gegen den Terror“ löste der 11. September 2001 auch im Bereich der Inneren Sicherheit massive Umwälzungen aus. Wie zu keinem anderen Zeitpunkt seit dem Höhepunkt der Bedrohung durch die RAF wurden in der Bundesrepublik weitgehende Maßnahmen zur Verschärfung der inneren Sicherheit diskutiert und implementiert. Von verstärkter Überwachung verdächtiger Bankkonten bis hin zum Abschuss durch Terroristen entführter ziviler Verkehrsflugzeuge reichten Vorschläge und Gesetzesänderungen, die in der öffentlichen Diskussion jedoch schon von Beginn an teilweise auch als besorgniserregende Bedrohung der Integrität des deutschen Rechtsstaates betrachtet wurden. Ziel dieses Kapitels ist es, die Einstellungen der Deutschen in eben diesem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit zu erfassen. Neben der rein deskriptiven Betrachtung wird dieses Kapitel auch in systematischer Weise die Strukturierung von Einstellungen zu bestimmten möglichen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung betrachten. Dabei wird eine Typologie herangezogen, die staatliches Handeln der Verbrechensbekämpfung entlang der Dimensionen „Überwachen“ und „Strafen“ anordnet und die auf dem gleichnamigen Werk von Michel Foucault basiert (vgl. Foucault 1976). „Überwachen“ soll dabei Maßnahmen beinhalten, die keine aktive Sanktionierung eines Verdächtigen bzw. der Bevölkerung umfasst, sondern Methoden insbesondere der technischen Informationsgewinnung, während „Strafen“ konkrete staatliche Repressionsmaßnahmen bezeichnet.

Basis der folgenden Analyse sind zwei Fragen der SOWI-Bevölkerungsumfrage 2006. Die erste zielte darauf ab, die generelle Akzeptanz militärischer Maßnahmen im Gegensatz zu rein zivilem internationalem Engagement zu erfassen. Die Extrempositionen werden dabei durch die Items „Konflikte innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten

lassen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen.“ bzw. „Unter bestimmten Umständen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen.“ markiert, wobei der Befragte einer Aussage jeweils „vollkommen“, „überwiegend“ sowie „eher“ zustimmen bzw. ablehnen konnte. Die Fragenbatterie enthielt 2006 zwei zusätzliche Items, die konkret auf präferierte Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung im Ausland abzielten: „Militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen sind der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.“ sowie „Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, ist der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.“

Die zweite Frage richtet den Blick auf konkrete Maßnahmen der inneren Sicherheit, die in den letzten Jahren diskutiert oder bereits implementiert wurden, um im Inland der gestiegenen Bedrohung durch internationalen Terrorismus seit dem 11. September zu begegnen. Die Frage lautete: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ Die darauf folgenden Items deckten nun die Dimensionen „Überwachen“ (z. B. „Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten“) und „Strafen“ (z. B. „Bei verdächtigen Personen das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränken“) ab. Zur Ausarbeitung der bereits erwähnten Typologie sollen diese Items mit einer Faktorenanalyse untersucht werden, um die zugrunde liegenden Dimensionen aufzudecken. Anhand dieser sollten sich nach den o. g. Annahmen vier Typen unterscheiden lassen, die jeweils Maßnahmen der „Überwachung“ bzw. „Bestrafung“ befürworten bzw. ablehnen. Die Typologie wird schließlich mit verschiedenen soziodemografischen Variablen in Verbindung gesetzt, darunter Alter, Bildung, Geschlecht, sowie Parteipräferenz, um genaueren Aufschluss über die Verteilung der einzelnen Typen in der deutschen Bevölkerung zu erhalten.

### **3.2 Einstellungen zum Umgang mit den Gefahren des internationalen Terrorismus**

Die Analyse der ersten Fragebatterie zur Akzeptanz militärischer Maßnahmen allgemein sowie speziell zur Terrorismusbekämpfung bestätigt insgesamt das Bild, das sich bereits in der Bevölkerungsumfrage 2005 ergab. Die Grundstimmung der Deutschen zu Fragen der militärischen Ausübung von Macht und Gewalt blieb auch 2006 deutlich

pazifistisch geprägt. 83 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass wirtschaftliche und nicht militärische Macht zur Beeinflussung des Weltgeschehens entscheidend ist. 74 Prozent sind gar der Ansicht, Konflikte sowohl im Inland als auch zwischen Staaten ließen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen. Militärische Stärke oder gar militärische Gewalt als Mittel staatlicher Machtausübung wird dabei mehrheitlich abgelehnt. 60 Prozent der Befragten lehnten die Aussage ab, dass militärische Stärke zur Sicherung des Friedens der beste Weg sei und 61 Prozent widersprachen der Aussage, dass Krieg zur Erlangung von Gerechtigkeit unter bestimmten Umständen notwendig sei.

**Tabelle 5: Einstellungen zum Umgang mit den Gefahren des internationalen Terrorismus**

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder ob sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Wirtschaftliche Macht ist für die Beeinflussung des Weltgeschehens wichtiger als militärische Macht.	45	38	13	4
Konflikte innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten lassen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen.	40	34	19	7
Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, ist der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.	34	33	20	13
Militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen sind der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.	23	26	27	24
Der beste Weg, Frieden zu sichern, ist durch militärische Stärke.	16	24	31	29
Unter bestimmten Umständen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen.	14	25	28	33

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Während die Einstellungen zu allgemein militärischer Machtausübung somit das Bild eines vorherrschenden Pazifismus in der Bevölkerung zeigen, trifft militärische Gewalt zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht auf die gleiche Ablehnung. Bei der Aussage „Militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen sind der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.“ halten sich Zustimmung und Ablehnung etwa die Waage. Eine Präferenz für zivile Formen des internationalen Engagements auch in der Terrorismusbekämpfung zeigen hingegen wieder die Meinungen zur Aussage: „Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, ist der beste Weg, den Terroris-

mus zu bekämpfen.“ Hier stimmten 67 Prozent der Befragten zu, was bei einem gewissen Anteil einen Widerspruch zur vorangegangenen Meinung über militärische Terrorbekämpfung impliziert.

Diese Ergebnisse spiegeln in gewisser Weise die Entwicklung wider, welche die Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit dem 11. September 2001 durchlaufen hat. Während angesichts der wachsenden Bedrohung durch internationalen Terrorismus auch im Inland, auf die im vergangenen Kapitel bereits eingegangen wurde, militärische Optionen zur Terrorismusbekämpfung zumindest unter bestimmten Umständen durchaus als Möglichkeit akzeptiert werden, liegt die Präferenz in weiten Teilen der Bevölkerung weiterhin auf zivilen Mitteln des internationalen Engagements. Dies korrespondiert auch mit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit dem 11. September, die ein großes Gewicht auf wirtschaftliche und zivile Hilfe für Staaten wie z. B. Afghanistan legte und sich in gewissem Umfang abgrenzte von einer Politik, die militärischen Operationen zur Terrorismusbekämpfung das Primat einräumte. Militärische Macht wurde in der deutschen Sicherheitspolitik dabei eher als unterstützende Komponente behandelt, die zivile Aufbauhilfe absichern soll. Die Bevölkerungseinstellungen zur Akzeptanz militärischer Macht scheinen dieses Prinzip ebenfalls nachzuvollziehen.

### **3.3 Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland**

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit waren seit dem 11. September 2001 neben dem militärischen Engagement Deutschlands im „Krieg gegen den Terror“ eines der konflikträchtigsten Themen der deutschen Politik. Insbesondere Maßnahmen, die eine verbesserte Überwachung von „Terrorverdächtigen“ mit modernen technologischen Mitteln ermöglichen sollten, wurden dabei über die Parteien hinweg lebhaft diskutiert.

Aus den Ergebnissen des vorangegangenen Abschnitts ließe sich erwarten, dass auch die deutsche Bevölkerung in ihren Einstellungen die Debatte in ähnlicher Weise nachvollziehen würde. Jedoch zeigt sich in den Anteilen der Zustimmung bzw. Ablehnung zu bestimmten Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung im Inland bei nahezu allen genannten Items eine breite Zustimmung der Deutschen. Befürwortet werden dabei u. a. in der Politik strittige Themen wie eine Ausweitung der Videoüberwachung öffentlicher Räume (87 Prozent), die Ausweisung verdächtiger Ausländer (89 Prozent), der Bun-

deswehreinsatz im Inneren zur Terrorabwehr (88 Prozent) sowie die Einschränkung der Versammlungsfreiheit für verdächtige Personen (79 Prozent). Lediglich ein einziges abgefragtes Item, nämlich die Ausweitung der Abhörmöglichkeiten von Privaträumen und Telefonen, stieß bei 51 Prozent der Befragten auf eine größere Ablehnung.

**Tabelle 6: Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Überführte Gewalttäter härter bestrafen	79	15	5	1
Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen	68	23	6	3
Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen	69	20	8	3
Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zur Abwehr eines Terrorangriffs mit Flugzeugen	62	26	7	5
Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen	62	25	9	4
Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen	61	25	8	6
Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen	60	26	10	4
Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen	51	29	13	7
Bei verdächtigen Personen das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränken	52	27	13	8
Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen	45	21	15	19
Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten	27	22	25	26

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Offenbar wiegt die Angst vor einer Aushöhlung des Rechtsstaates durch immer weitergehende Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit in der deutschen Bevölkerung weitaus weniger schwer, als es die öffentliche Debatte darüber vermuten lässt. Eine genauere Prüfung der Zustimmung und Ablehnung zu den abgefragten Items lässt die Einschätzung zu, dass lediglich solche Maßnahmen, die geeignet sind, jeden Einzelnen in seinem Privatleben unabhängig von einem gegebenen Verdacht, z. B. der Vorbereitung terroristischer Taten, zu berühren, auf größere Ablehnung stoßen, so z. B. neben dem schon erwähnten Abhören von Telefonen und Privaträumen die Sammlung biomet-

rischer Daten der gesamten Bevölkerung (34 Prozent Ablehnung). Die Einordnung der einzelnen Items in die zwei Dimensionen „Überwachen“ und „Strafen“ im nächsten Abschnitt soll noch genaueren Einblick geben in die Verteilung von Befürwortung und Ablehnung bei bestimmten Bevölkerungsgruppen.

Bevor mittels Faktorenanalyse die Dimensionierung der Einstellungen zu Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung geklärt wird, soll zunächst die Frage des Bundeswehreinsetzes im Inneren über verschiedene Bevölkerungsschichten beispielhaft genauer untersucht werden.

**Tabelle 7: Einsatz der Bundeswehr zur Terrorabwehr in Deutschland**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“; Item: „Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zur Abwehr eines Terrorangriffs mit Flugzeugen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Insgesamt	62	26	7	5
Geschlecht				
Männer	63	24	8	5
Frauen	61	27	7	5
Altersgruppe				
16 bis 39 Jahre	60	23	10	7
40 bis 59 Jahre	60	28	6	6
60 Jahre und älter	66	25	6	3
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	51	28	11	10
Realschulabschluss	61	27	7	5
Hauptschulabschluss	70	23	5	2
Parteipräferenz				
CDU/CSU	64	29	5	2
SPD	60	25	9	6
FDP	70	20	5	5
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	43	30	16	12

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Während die Unterschiede von Zustimmung bzw. Ablehnung bei Männern und Frauen nahezu gleich verteilt ist, zeigen sich beim Alter geringfügige Abweichungen. Die Gruppe der 60-jährigen und älteren Befragten ist mit 66 Prozent Befürwortern etwas stärker geneigt, einem Bundeswehreinsetz im Inland zuzustimmen. Der Bildungsgrad



eines Befragten erscheint unter den soziodemografischen Variablen als wichtigste Determinante für Abweichungen der Zustimmung eines solchen Einsatzes der Bundeswehr. 70 Prozent der Hauptschulabsolventen befürworten einen Einsatz zur Terrorbekämpfung im Inland, während dies nur die Hälfte der Befragten mit Hochschulreife/Fachhochschulreife tut. Die Parteipräferenz der Befragten schließlich erweist sich ebenfalls als Determinante für ihre Zustimmung bzw. Ablehnung, wobei 70 Prozent der FDP-Anhänger einem Bundeswehreinsatz im Inland zustimmen, jedoch nur 43 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen.

### **3.4 Typologie**

Im Folgenden soll nun wie einleitend vorgestellt die Einstellungsstruktur der Bevölkerung hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung mittels Faktorenanalyse erfasst und, davon ausgehend, die einzelnen Subgruppen nach der Typologie „Überwachen und Strafen“ nach Foucault herausgearbeitet werden.

Tabelle 8 zeigt die Faktorladungen nach der Hauptkomponentenanalyse. Wie erwartet, lassen sich die abgefragten Items grob in zwei Dimensionen einteilen. Eine Dimension „Überwachen“, welche Maßnahmen subsumiert, die einen observierenden, teilweise auch ins Privatleben eindringenden Charakter haben, dabei aber keine direkten Sanktionen beinhalten. Darunter fällt u. a. das Abhören von Privaträumen und Telefonanschlüssen, das Sammeln personenbezogener auch biometrischer Daten unabhängig von konkretem Verdacht, wie auch die präventive Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Gebäude. Die zweite Dimension, die in der Faktorenanalyse extrahiert werden konnte, stellt den Faktor „Strafen“ dar. Sie beinhaltet hauptsächlich Maßnahmen der „klassischen“ Verbrechensbekämpfung, die im Gegensatz zur Dimension „Überwachen“ einen offeneren, weniger „geheimen“ Charakter besitzen, also stärker in den Bereich der Polizei- und Justizarbeit fallen. Neben der härteren Bestrafung überführter Verbrecher beinhaltet diese Dimension mit der Ausweisung verdächtiger Ausländer und einem Bundeswehreinsatz im Inneren zwar durchaus auch kontrovers diskutierte Themen. Die einzelnen Items haben insgesamt jedoch einen stärker polizeilich-sanktionierenden als geheimdienstlich-überwachenden Charakter.

**Tabelle 8: Kognitive Dimensionen von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“		
	Faktor 1	Faktor 2
Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten	0,790	
Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen	0,736	
Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen	0,630	0,430
Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen	0,627	
Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen	0,558	0,498
Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen	0,547	
Bei verdächtigen Personen das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränken	0,538	0,431
Überführte Gewalttäter härter bestrafen		0,823
Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen		0,763
Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen	0,463	0,547
Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zur Abwehr eines Terrorangriffs mit Flugzeugen	0,425	0,512

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Nachdem die Dimensionen „Überwachen“ und „Strafen“ herausgearbeitet wurden, lassen sich aus dem Ergebnis der Faktorenanalyse nun einzelne Gruppen bilden. Die Faktoren wurden dabei als einzelne Variablen weiterverwendet, die jeweils eine Dimension verkörpern, mit positiven Werten für Zustimmung zu Maßnahmen im gesamten Bereich eines Faktors und negativen für eine ablehnende Haltung. So lässt sich durch die Kombination der beiden Faktoren eine Typologie aus vier unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung konstruieren, die sich durch ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zu „überwachenden“ bzw. „strafenden“ Maßnahmen voneinander abgrenzen lassen.

Die Gruppe, die beide Typen von Maßnahmen, überwachende wie auch strafende, befürwortet, ist mit 31 Prozent der Befragten am stärksten, gefolgt von 27 Prozent Befragten, die polizeiliche Sanktionen befürworten, überwachende Aktivitäten jedoch ablehnen. Der zweite Mischtyp nimmt mit 22 Prozent die drittstärkste Position ein, während auf die Gruppe der Befragten, die beide Arten von Terrorismusbekämpfung generell ablehnen, lediglich 20 Prozent entfallen.

**Abbildung 7: Anteile der gebildeten Typen**

		Dimension „Strafen“	
		Ablehnung	Zustimmung
Dimension „Überwachen“	Zustimmung	Überwachen + 22 % Strafen –	Überwachen + 31 % Strafen +
	Ablehnung	Überwachen – 20 % Strafen –	Überwachen – 27 % Strafen +

Genaueren Aufschluss über die Einstellungen, die in den einzelnen Gruppen bezüglich der abgefragten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vorherrschen, gibt die Prüfung der Anteile der Befragten, die unter den jeweiligen Typen einer Maßnahme deutlich zustimmten. Tabelle 9 zeigt diese Anteile. Dabei lässt sich erkennen, dass die Typisierung anhand der Dimensionen „Überwachen“ und „Strafen“ das tatsächliche Meinungsbild relativ stimmig abbildet. Positive Werte auf beiden Dimensionen entsprechen hohen Zustimmungswerten bei allen abgefragten Terrorismusbekämpfungs-Items. Lediglich die Maßnahme „Privaträume und Telefonanschlüsse abhören“ verzeichnet mit 68,5 Prozent der Befragten aus dieser Gruppe, die ihr „vollkommen“ oder „überwiegend“ zustimmten, einen verhältnismäßig geringen Wert. Die härtere Bestrafung überführter Gewalttäter ist als genaues Gegenstück dieses Items zu sehen, mit relativ hohen Zustimmungswerten auch bei Befragten, die andere Maßnahmen aus dem „Strafen“-Katalog ablehnen. Das Antwortverhalten der „Mischformen“ auf beiden Dimensionen legt nahe, dass ein nicht unerheblicher Teil der Befragten relativ genau zwischen dem Gehalt einzelner Maßnahmen unterscheidet. Besonders deutlich wird dies bei der Gruppe, die „strafende“ Maßnahmen befürwortet, „überwachende“ jedoch ablehnt. Bei ihr finden selbst kontrovers diskutierte Themen wie ein Bundeswehreininsatz im Inneren recht hohe Zustimmung (75 Prozent), die Verwendung biometrischer Daten zu Fahndungszwecken oder das Abhören von Privaträumen werden jedoch deutlich abgelehnt. Ebenfalls zeigt sich bei der Betrachtung der Anteile, dass die Zuordnung von Items in die beiden Dimensionen seitens der Befragten sehr detailliert die Natur bestimmter Methoden der Terrorismusbekämpfung in die Überlegungen der Befragten mit einbezieht. So findet das Item „Videoüberwachung öffentlicher Räume“ auch unter „Überwa-

chungs-skeptikern“ der vierten Gruppe mehrheitlich Zustimmung, wie auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Diensten. Dabei bestätigt sich die Beobachtung, die schon bei der Analyse der Faktorladungen aufkam, dass der entscheidende Faktor bei der Zuordnung eines Items in den Bereich „Überwachen“ das potenzielle Eindringen des Staates in das Privatleben eines Befragten zu sein scheint.

**Tabelle 9: Kognitive Dimensionen von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung**

Frage: Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)					
	Gesamt	ÜB+ STR+	ÜB- STR-	ÜB+ STR-	ÜB- STR+
Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen	59,7	89,3	30,8	49,5	61,5
Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zur Abwehr eines Terrorangriffs mit Flugzeugen	61,8	92,9	22,4	44,3	75,1
Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen	61,6	96,0	22,6	55,2	58,8
Überführte Gewalttäter härter bestrafen	78,6	99,3	58,5	43,7	99,2
Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten	27,4	64,1	1,1	38,3	0,8
Bei verdächtigen Personen das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränken	51,5	86,7	15,8	39,2	50,4
Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen	51,0	91,3	8,8	41,0	48,0
Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen	61,4	94,7	21,2	50,1	65,6
Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen	68,5	97,1	24,6	54,2	81,1
Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen	68,9	94,0	34,7	41,4	90,2
Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen	45,1	92,5	6,5	48,7	20,6

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Schließlich wurde im Rahmen der Analyse noch der Anteil verschiedener soziodemografischer Gruppen unter den einzelnen Typen geprüft. Tabelle 10 zeigt die Anteile nach Geschlecht, Altersgruppe, formalem Bildungsgrad sowie der Wahlabsicht der Befragten. Während sich die Anteile von Männern und Frauen in den einzelnen Gruppen der Typologie nur geringfügig unterscheiden, sind bei der Betrachtung des Alters teilweise signifikante Unterschiede zur Gesamtverteilung festzustellen. So steigt die Zahl von Vertretern der ersten Gruppe, die sowohl überwachende als auch strafende Maßnahmen befürwortet, mit dem Alter an. Beim Bildungsgrad hingegen zeigt sich ein

negativer Zusammenhang insbesondere mit der Dimension „Strafen“, was besonders bei der ersten und zweiten Gruppe deutlich wird, mit ca. 21 Prozent Befragten mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife vs. knapp 38 Prozent. Schließlich zeigen sich auch für die Parteipräferenz Zusammenhänge. So sind die Unionsparteien in den Gruppen, die „strafende“ Maßnahmen befürworten, überdurchschnittlich vertreten, während für SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Gegenteil gilt.

**Tabelle 10: Typologie nach soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Prozent)**

	Gesamt	ÜB+ STR+	ÜB- STR-	ÜB+ STR-	ÜB- STR+
<b>Geschlecht</b>					
Männer	48,4	47,3	50,0	52,1	51,8
Frauen	51,6	52,7	50,0	47,9	48,2
<b>Altersgruppe</b>					
16 bis 29 Jahre	21,3	18,5	23,1	20,9	25,2
30 bis 39 Jahre	16,6	17,9	17,1	21,9	11,6
40 bis 59 Jahre	32,5	29,3	37,3	30,7	33,4
60 Jahre und älter	29,6	34,2	22,5	26,5	29,8
<b>Bildungsniveau</b>					
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	24,2	20,9	37,8	27,1	18,7
Realschulabschluss	37,7	34,7	36,3	42,0	38,3
Hauptschulabschluss	38,1	44,3	25,9	30,9	42,9
<b>Parteipräferenz</b>					
CDU/CSU	43,5	53,6	32,9	40,2	41,1
SPD	37,7	31,1	43,8	38,3	43,3
FDP	8,1	9,0	7,1	9,4	8,0
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10,7	6,3	16,2	12,1	7,6

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

### 3.5 Fazit

Die Analyse der Einstellungen der Deutschen zu Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass die Bevölkerung klar unterscheidet zwischen der sicherheitspolitischen Makroebene, die sie als Mittel gegen die Gefahr des internationalen Terrorismus an seinen Ursprüngen betrachtet und der Mikroebene der inneren Sicherheit, wo Terrorismus in seiner Planung und Ausführung verhindert werden soll.

Auf der ersten Ebene zeigt sich deutlich, dass die Bevölkerung vor allem die Ursachen von Terrorismus bekämpft sehen möchte, die in der öffentlichen Wahrnehmung insbe-

sondere in solchen Ländern auf der sozioökonomischen Ebene liegen, in denen Terroristen angeworben werden. Militärische Aktionen werden daher nicht in dem Maße befürwortet wie die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfe, um die Entstehung von Terrorismus an seiner Wurzel zu verhindern. Diese Ausrichtung der Bevölkerung ist auch als Ergebnis einer insgesamt eher pazifistischen Grundhaltung in Deutschland zu sehen, die wirtschaftliche Stärke konsequent vor militärische stellt und Krieg als legitimes Mittel der Politik bis auf wenige Ausnahmen ablehnt.

Auf der Ebene der inneren Sicherheit dagegen trägt die Bevölkerung einen großen Teil der Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren sowohl diskutiert als auch implementiert wurden, mit großer Unterstützung mit. Mittel der zivilen Sicherheit, die geeignet sind, auf einen für den Bürger klar eingegrenzten Kreis von Verdächtigen abzielen, werden fast ausnahmslos befürwortet. Sobald jedoch der Fokus auf die breitere Bevölkerung fällt und der Bürger das Risiko sieht, auch ohne Verdacht selber von Anti-Terror-Maßnahmen betroffen zu sein, steigt die Ablehnung sprunghaft an. Gleichzeitig lässt sich in der Reihe von abgefragten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung eine Strukturierung ausmachen, die sich nach den beiden Dimensionen „Überwachen“ und „Strafen“ richtet und die den Gehalt der einzelnen Maßnahmen für den Befragten genauer offenbart. „Strafende“ Maßnahmen, die der genuin polizeilichen Sphäre der Verbrechensbekämpfung entsprechen, finden dabei im Allgemeinen eher hohe Zustimmung, während „überwachende“ eher in einen geheimdienstlichen Zusammenhang gerückt sind und dementsprechend skeptisch betrachtet werden.

## 4 Internationales Engagement Deutschlands

*Rüdiger Fiebig*

---

### 4.1 Einleitung

Bereits im vorangehenden Kapitel wurde deutlich, dass die deutsche Bevölkerung in ihren Präferenzen verteidigungspolitischer Handlungsweisen zivilen Mitteln der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich den Vorzug einräumt gegenüber militärischen Maßnahmen. Neben einer genaueren Prüfung der Hintergründe dieser pazifistischen Grundhaltung der Deutschen sollen im Folgenden die Einstellungen der Bevölkerung hinsichtlich des umfassenderen internationalen Engagements ihres Landes untersucht werden.

In den vergangenen Jahren waren dabei zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Einerseits nahm das internationale Engagement Deutschlands sowohl militärisch als auch im Rahmen ziviler Hilfsmaßnahmen deutlich zu, gleichzeitig wuchs wie Meinungsumfragen bestätigen, aber auch die Skepsis, mit der die Bevölkerung angesichts des steigenden Risikos für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz einem wachsenden internationalen Engagement auf der Welt begegnete. Ein Ergebnis der SOWI-Bevölkerungsumfrage aus dem Vorjahr war das starke Auftreten sozioökonomischer Motive bei der Begründung der eigenen Einstellungen gegenüber der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Waren Befragte der Ansicht, Deutschland sei ein wirtschaftlich und finanziell starkes Land, so fanden sich häufig auch hohe Zustimmungswerte für ein starkes internationales Engagement, weil „wir das Zeug dazu haben“. Andererseits waren bei skeptischen Bürgern, die ein solches Engagement eher ablehnten, die eigenen Meinungen oft verbunden mit der Wahrnehmung einer negativen wirtschaftlichen Situation, Arbeitslosigkeit oder finanziellen Problemen.

Angesichts des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2006, dessen Auswirkungen auf das Bedrohungsempfinden der Deutschen bereits illustriert wurden, ist zu vermuten, dass auch die Zustimmungswerte für ein aktives internationales Engagement Deutschlands 2006 höher ausfallen als im Vorjahr. Gleichzeitig wird zu prüfen sein, inwiefern die Begründungen der Befragten für Zustimmung oder Ablehnung eines internationalen Engagements Deutschlands sich 2006 angesichts ausgeweiteter Auslandseinsätze der Bundeswehr und verstärkter Bedrohung durch internationalen Terrorismus gegenüber der vorangegangenen Umfrage änderten, oder ob trotz dieser Fakto-

ren weiterhin ein hohes Gewicht auf wirtschaftliche und finanzielle Machbarkeit des Engagements gelegt wurde.

Ein Thema, das in der Zeit wachsender außen- und sicherheitspolitischer Verantwortung für die Bundesrepublik in der öffentlichen Diskussion wiederholt aufgegriffen wurde, ist die Frage nach den nationalen Interessen, an denen Deutschland seine außenpolitischen Ziele orientieren sollte. Hintergrund war dabei vor allem die Frage, inwiefern die Ziele einzelner Auslandseinsätze ausreichend begründet waren und ob eine klare Formulierung deutscher sicherheitspolitischer Interessen zur Begründung und Bewertung von Einsätzen der Bundeswehr sinnvoll wäre.

Abschließend wird das Kapitel auf die Problematik des geringen Interesses und Kenntnisstandes der Bevölkerung hinsichtlich außen- und sicherheitspolitischer Themen eingehen. Beides, also Interesse an Sicherheitspolitik wie auch der Kenntnisstand, stehen in engem Zusammenhang, da das Individuum Informationen über sicherheitspolitische Themen nur dann wirklich verinnerlicht, wenn politisches Interesse darüber vorhanden ist. Abgesehen von der Problematik auf der normativen Ebene, nach der politische Kenntnisse der Bürger für die aufgeklärte Legitimation des politischen Handelns eines Staates unbedingt notwendig sind, ergeben sich auch Probleme bei der Erhebung der tatsächlichen Einstellungen der Bevölkerung seitens der Wissenschaft. So wird es mit sinkendem Kenntnisstand und Interesse der Befragten zunehmend schwer, tatsächlich fundierte Einstellungen zu erfassen. Stattdessen besteht die Gefahr, Antworten zu erhalten, die lediglich basalen Grundhaltungen entspringen und stark kontextabhängig sind. Der letzte Abschnitt dieses Kapitels wird diese Problematik genauer aufzeigen.

## **4.2 Zustimmung zum internationalen Engagement Deutschlands**

Bei der generellen Frage nach dem internationalen Engagement Deutschlands waren 55 Prozent der Befragten 2006 der Meinung, Deutschland solle sich eher auf seine eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Krisen der Welt heraushalten. Diese isolationistische Grundhaltung tritt jedoch nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen in diesem Ausmaß auf. So sind Frauen stärker als Männer geneigt, ein internationales Engagement abzulehnen, ältere Bürger sind isolationistischer eingestellt als jüngere Befragte, und mit steigender formaler Bildung eines Befragten steigt ebenfalls die Wahrscheinlichkeit, dass eine aktive Außenpolitik Deutschlands befürwortet wird.



**Tabelle 11: Zustimmung zum internationalen Engagement Deutschlands**

Frage: „Es wird viel von der größeren Verantwortung gesprochen, die der Bundesrepublik Deutschland weltweit zu- gewachsen ist. Was meinen Sie, wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ... (1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflik- ten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)		
	Antwort (1)	Antwort (2)
Insgesamt	45	55
Geschlecht		
Männer	49	51
Frauen	42	58
Altersgruppe		
16 bis 39 Jahre	49	51
40 bis 59 Jahre	45	55
60 Jahre und älter	41	59
Bildungsniveau		
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	52	48
Realschulabschluss	44	56
Hauptschulabschluss	44	56
Parteipräferenz		
CDU/CSU	46	54
SPD	53	47
FDP	40	60
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	53	47

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

### 4.3 Motive von Befürwortern und Gegnern eines internationalen Engagements

Bereits in der Einleitung zum Kapitel wurde darauf hingewiesen, dass bei der Begründung der eigenen Meinung zum internationalen Engagement Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Motive bei vergangenen Befragungen eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Auch 2006 waren diese Begründungen sowohl bei Befürwortern als auch Kritikern einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik zu beobachten.

So wird die Notwendigkeit, sich in einer globalisierten Welt nicht zu isolieren, von 62 Prozent der Befragten als ein Grund für ein internationales Engagement genannt, 28 Prozent sind sogar der Meinung, eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik schaffe Arbeitsplätze in Deutschland und sei daher zu befürworten. Etwas wichtiger als der finanzielle Aspekt sind für die Befürworter eines Engagements Deutschlands in der Welt

utilitaristische Motive. Sie sehen dadurch die Sicherheit ihres Landes erhöht (56 Prozent), die Friedenssicherung in der Welt unterstützt (62 Prozent) und auch deutsche Bündnisverpflichtungen erfüllt. Die größte Bedeutung für die Gruppe der Befürworter aktiver Sicherheitspolitik haben jedoch moralische Motive. Menschlichkeit und moralische Verpflichtung sind für 69 bzw. 65 Prozent der Befürworter Gründe, denen sie uneingeschränkt zustimmen.

**Tabelle 12: Motive für ein internationales Engagement Deutschlands**

Frage an Befürworter eines internationalen Engagements Deutschlands: „Was spricht Ihrer Meinung nach dafür, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft?“ Frage an Gegner eines internationalen Engagements Deutschlands: „Was spricht Ihrer Meinung nach möglicherweise doch dafür, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft?“ (Angaben in Prozent)				
	Befürworter		Gegner	
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu
Weil es die Menschlichkeit gebietet, anderen Menschen im Notfall zu helfen	69	24	33	49
Weil es eine moralische Verpflichtung gibt, anderen Menschen im Notfall zu helfen	65	29	31	49
Weil das der Friedenssicherung in der Welt dient	63	29	27	37
Weil sich Deutschland in Zeiten der Globalisierung nicht isolieren darf	62	30	24	40
Weil das auch die Sicherheit in Deutschland erhöht	56	30	20	28
Weil Deutschland aufgrund seiner internationalen Bündnisverpflichtungen helfen muss	52	36	23	43
Weil Deutschland als reiche Wirtschaftsnation die materiellen Möglichkeiten hat, anderen zu helfen	45	35	17	33
Weil Deutschland mit der Bundeswehr die militärischen Fähigkeiten hat, anderen zu helfen	40	40	20	34
Weil das Arbeitsplätze in Deutschland schafft	28	28	12	19

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Der wichtigste Grund für die Gegner eines internationalen deutschen Engagements ist hingegen ein rein materieller: 72 Prozent aus dieser Gruppe sind der Meinung, man solle zunächst einmal die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im eigenen Land lösen. Darauf folgen erneut die Begründungen über moralische Verpflichtung, jedoch diesmal auf die eigene Bevölkerung gerichtet, der man zuerst helfen müsse. Politische Begründungen wie die Forderung nach deutscher Neutralität (19 Prozent) und eine Gefährdung der Sicherheitslage im Inland durch das internationale Engagement (20 Prozent) sowie die Wahrnehmung mangelnder materieller (12 Prozent) sowie militärischer (14 Prozent) Fähigkeiten Deutschlands schließen die Einschätzung der Befragten ab.

**Tabelle 13: Motive gegen ein internationales Engagement Deutschlands**

Frage an Befürworter eines internationalen Engagements Deutschlands: „Was spricht Ihrer Meinung nach möglicherweise doch dagegen, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft?“				
Frage an Gegner eines internationalen Engagements Deutschlands: „Was spricht Ihrer Meinung nach dagegen, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft?“ (Angaben in Prozent)				
	Befürworter		Gegner	
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu
Weil man erst einmal die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland lösen sollte	30	31	72	20
Weil es die Menschlichkeit gebietet, zuerst den Notleidenden im eigenen Land zu helfen	31	35	65	25
Weil es eine moralische Verpflichtung gibt, zunächst die Bedürftigen im eigenen Land zu unterstützen	31	35	64	27
Weil Deutschland im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen anderen Ländern bereits genug hilft	20	30	63	26
Weil Deutschland sich grundsätzlich neutral verhalten sollte	19	21	56	28
Weil das die Sicherheitslage Deutschlands gefährdet	20	22	55	27
Weil das keine Arbeitsplätze in Deutschland schafft	23	21	52	25
Weil Deutschland die materiellen Möglichkeiten fehlen, anderen zu helfen	12	19	36	31
Weil Deutschland die militärischen Fähigkeiten fehlen, anderen zu helfen	14	20	28	27

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.  
 Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

#### 4.4 Außenpolitische Ziele und nationale Interessen aus Bürgersicht

Angesichts einer Zunahme der militärischen Auslandseinsätze hat sich in Deutschland auch die Diskussion über die Notwendigkeit der Definition sicherheitspolitischer Ziele und Interessen intensiviert. Dadurch könnten Entscheidungen über die Notwendigkeit wie auch die Bewertung von Einsätzen zukünftig erleichtert werden.

Tabelle 14 zeigt die Anteile der Antworten auf die Frage nach der Notwendigkeit einer intensiveren Diskussion über die Ziele deutscher Außenpolitik. Insgesamt befürwortet eine deutliche Mehrheit von 83 Prozent der Befragten eine solche Diskussion, lediglich 17 Prozent sind ihr abgeneigt. Die Betrachtung der Anteile für Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsniveau und Parteipräferenz lässt dabei Rückschlüsse auf die genauere Verteilung der Einstellungen zu. So sind Männer stärker als Frauen von der Notwendigkeit der Diskussion über außenpolitische Ziele überzeugt. Jüngere Befragte zeigen eine geringfügig größere Skepsis als ältere. Beim Bildungsniveau lassen sich deutliche Un-

terschiede feststellen: So antworteten 30 Prozent der Befragten mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife mit „ja sicher“, gegenüber nur 15 Prozent der Hauptschulabsolventen.

**Tabelle 14: Außenpolitische Ziele aus Bürgersicht**

Frage: „Braucht Deutschland angesichts seines gewachsenen internationalen Engagements eine intensivere Diskussion über seine außenpolitischen Ziele?“ (Angaben in Prozent)				
	Ja, sicher	Ja, eher schon	Nein, eher nicht	Nein, sicher nicht
Insgesamt	21	62	13	4
Geschlecht				
Männer	24	58	16	2
Frauen	19	65	11	5
Altersgruppe				
16 bis 39 Jahre	19	60	17	4
40 bis 59 Jahre	22	58	15	5
60 Jahre und älter	23	66	9	2
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	30	61	8	1
Realschulabschluss	21	60	15	4
Hauptschulabschluss	15	64	15	6
Parteipräferenz				
CDU/CSU	24	58	15	3
SPD	22	61	14	3
FDP	15	68	15	2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	21	63	10	6

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Richtet sich die Frage auf die Notwendigkeit einer intensiveren Diskussion über nationale Interessen Deutschlands, so wird im Antwortverhalten der Befragten eine größere Skepsis deutlich als bei den Zielen deutscher Außenpolitik, die für die Befragten begrifflich weniger emotional aufgeladen sind. Der Anteil der tendenziell ablehnenden Befragten steigt so von 17 auf 20 Prozent.

**Tabelle 15: Nationale Interessen aus Bürgersicht**

Frage: „Braucht Deutschland angesichts seines gewachsenen internationalen Engagements eine intensivere Diskussion über seine nationalen Interessen?“ (Angaben in Prozent)				
	Ja, sicher	Ja, eher schon	Nein, eher nicht	Nein, sicher nicht
Insgesamt	22	58	18	2
Geschlecht				
Männer	24	54	19	3
Frauen	19	60	18	3
Altersgruppe				
16 bis 39 Jahre	27	52	20	1
40 bis 59 Jahre	16	63	17	4
60 Jahre und älter	21	61	16	2
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	22	56	19	3
Realschulabschluss	24	57	18	1
Hauptschulabschluss	19	62	16	3
Parteipräferenz				
CDU/CSU	21	60	18	1
SPD	28	52	19	1
FDP	30	56	12	2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	21	55	22	2

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Diese Tendenz ist auch innerhalb der betrachteten Teilgruppen zu erkennen. Abweichungen zwischen den Gruppen, die sich von der vorangegangenen Frage unterscheiden, sind insbesondere in der Antwortkategorie „ja sicher“ zu beobachten. So scheinen vor allem jüngere Befragte vergleichsweise geringere Vorbehalte gegen eine Formulierung deutscher Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu haben. Auffällig ist auch, dass die Tendenz für das Bildungsniveau, die noch in der Frage nach außenpolitischen Zielen erkennbar war, bei den deutschen Interessen nicht länger sichtbar ist. Die Betrachtung der Anteile für die einzelnen Gruppen der Parteipräferenzen kommt zu dem überraschenden Ergebnis, dass gerade die Unionsanhänger nur minimal von ihrem Antwortverhalten der vorherigen Frage abweichen, während bei den FDP-Anhängern 30 gegenüber 15 Prozent eine intensivere Diskussion deutscher Interessen „sicher“ befürworten und auch die SPD-Anhänger in der „ja sicher“-Kategorie sechs Prozentpunkte höher ausfallen.

Nachdem die Mehrheit der Deutschen eine intensivere Diskussion über Ziele und Interessen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wünscht, stellt sich die Frage, welches

spezifische Themenbereiche sind, die für die Bevölkerung von Bedeutung sind. Tabelle 16 zeigt die Anteile der Befragten, die den genannten möglichen Zielen deutscher Sicherheitspolitik zustimmen bzw. diese Ziele ablehnen.

**Tabelle 16: Außenpolitische Ziele und nationale Interessen aus Bürgersicht**

Frage: „Welche Ziele sollte Deutschland im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen? Stimmen Sie den folgenden Zielen zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger vor Krieg und Terror schützen	85	12	2	1
Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bewahren	84	14	1	1
Die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes sichern	80	16	3	1
Die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern	78	17	4	1
Den Wohlstand Deutschlands sichern	75	21	3	1
Zur Achtung der Menschenrechte weltweit beitragen	74	21	4	1
Die Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindern	73	22	4	1
Den Frieden in der Welt sichern helfen	70	25	4	1
Die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern	69	25	4	2
Zur Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beitragen	67	28	4	1
Europa und die Europäische Union stärken	66	27	5	2
Den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands fördern	66	26	6	2
Die nukleare Bewaffnung von Ländern wie Iran oder Nord-Korea verhindern	64	27	6	3
Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen	64	25	8	3
Armut und Unterentwicklung in der Welt bekämpfen	62	29	6	3
Krisen und Konflikte in anderen Gegenden der Welt, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, vorbeugend eindämmen und zur Krisenbewältigung beitragen	62	28	6	4
Die Kluft zwischen armen und reichen Weltreligionen überwinden helfen	60	30	7	3
Die Sicherheit und die Stabilität der transatlantischen Staatengemeinschaft gewährleisten	58	33	6	3

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Insgesamt wird sichtbar, dass nur ein sehr geringer Anteil von Befragten bestimmte Ziele der Sicherheitspolitik rundweg ablehnt. Sämtliche abgefragten Items werden von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung entschieden befürwortet. Die Spitzenpositionen unter den präferierten Zielen deutscher Außenpolitik nehmen drei Items ein, die

genuine Sicherheitsinteressen der deutschen Bevölkerung repräsentieren, nämlich die Sicherheit und Integrität des deutschen Staatsgebietes, seiner Bürger und seiner Rechtsordnung, insbesondere vor Bedrohungen wie Krieg und Terrorismus. Unmittelbar anschließend rangieren materiell definierte Ziele: der Wohlstand im Land und die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen. Ebenfalls Zustimmung, jedoch in einem weniger deutlichem Maße, finden außenpolitische Ziele, die ideeller Natur sind, wie die Sicherung des Friedens, der Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechtes sowie die Bekämpfung von Armut auf der Welt.

#### **4.5 Exkurs: Sicherheitspolitisches Interesse und Kenntnisstand**

Bereits zu Beginn dieses Berichts wurde auf eine Problematik hingewiesen, welche die Erforschung außen- und sicherheitspolitischer Bevölkerungseinstellungen grundsätzlich gewissen Einschränkungen unterwirft. Da der Themenbereich der Außenpolitik für einen Großteil der Bevölkerung nur sekundär, das heißt über die Massenmedien überhaupt zu erfahren ist, fällt auch die persönliche Involvierung der Menschen in Themen wie Sicherheits- und Verteidigungspolitik oft sehr gering aus. Die Folge ist ein geringes Interesse, denn Themen wie z. B. Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Bildungspolitik betreffen den Einzelnen deutlich stärker und unmittelbarer als die Sicherheitspolitik. Aus dem geringeren Interesse folgt wiederum ein geringerer Kenntnisstand über außen- und sicherheitspolitische Themenbereiche, was die Einstellungen in diesem Politikfeld weniger konsistent und anfälliger gegenüber kurzfristigen Einflüssen, beispielsweise aufgrund emotionaler Involvierung bei einem bestimmten Ereignis, machen. Problematisch für die Einstellungsforschung ist dabei insbesondere das Auftreten von sogenannten „Non-Attitudes“ oder „Nicht-Einstellungen“. Dies sind geäußerte Meinungen, die sich nicht auf fundierte Einstellungen gründen, sondern lediglich aufgrund von beispielsweise sozialer Erwünschtheit entstehen, um als Befragter in der „Prüfungssituation“ des Interviews nicht zu „versagen“, indem man eine Antwort verweigert. Das folgende Kapitel soll diesen speziellen Problembereich verdeutlichen.

Tabelle 17 zeigt zunächst den Stellenwert von Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Verteidigungspolitik für die Befragten, wobei der geringe Stellenwert dieser Themen gegenüber Politikfeldern wie Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik deutlich wird. An Letzteren zeigen sich 10 bzw. 12 Prozent der Befragten „außerordentlich interessiert“, während dies bei der Sicherheitspolitik nur für 6 Prozent der Fall ist. Als grundsätzlich

„interessiert“ bezeichnen sich dabei zwar meist annähernd 50 Prozent der Befragten, jedoch ist diese Aussage angesichts der schon angesprochenen „Non-Attitudes“-Problematik kritisch zu betrachten und könnte lediglich ein Ergebnis sozial erwünschten Antwortverhaltens der Befragten sein.

**Tabelle 17: Sicherheitspolitische Interessen**

Frage: „Inwieweit interessieren Sie sich für die folgenden Politikbereiche?“ (Angaben in Prozent)					
	Außerordentlich interessiert	Sehr interessiert	Interessiert	Kaum interessiert	Gar nicht interessiert
Gesundheitspolitik	10	33	42	11	4
Arbeitsmarktpolitik	12	25	44	15	4
Sozialpolitik	8	28	46	14	4
Umweltpolitik	7	25	46	17	5
Familienpolitik	6	27	43	19	5
Wirtschaftspolitik	6	21	46	21	6
Bildungspolitik	6	22	44	22	6
Innenpolitik	5	21	48	20	6
Sicherheitspolitik	6	21	46	21	6
Außenpolitik	6	20	44	24	6
Finanzpolitik	6	20	44	24	6
Verteidigungspolitik	4	15	44	30	7
Entwicklungspolitik	3	12	41	34	10
Kulturpolitik	2	12	37	35	14

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Noch deutlicher wird die Abweichung zwischen Politikbereichen mit hoher und geringer persönlicher Involvierung der Bevölkerung, wenn man das Antwortverhalten auf die Frage nach der Bedeutung bestimmter Politikbereiche für die eigene Wahlentscheidung betrachtet. Während die Arbeitsmarktpolitik von 20 Prozent der Befragten für „außerordentlich wichtig“ erachtet wird, erreicht die Verteidigungspolitik hier lediglich sieben Prozent, die Sicherheitspolitik nur neun. Dieser Befund korrespondiert in gewissem Umfang mit der Frage nach dem persönlichen Bedrohungsempfinden, die bereits zu Beginn dieses Berichts geprüft wurde. So halten immerhin elf Prozent den Themenbereich Umweltpolitik trotz relativ geringer persönlicher Betroffenheit der Bevölkerung für „außerordentlich wichtig“. Auch in diesem Fall ist der Effekt sichtbar, dass nur wenige Befragte einen Themenbereich als „kaum“ oder „gar nicht wichtig“ bezeichnen,



was ebenfalls ein Effekt geringen Interesses in Verbindung mit sozial erwünschtem Antwortverhalten sein könnte.

**Tabelle 18: Sicherheitspolitische Interessen**

Frage: „Im Wahlkampf vor einer Bundestagswahl wird über viele Politikbereiche diskutiert. Wie wichtig sind Ihnen für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei einer Bundestagswahl die folgenden Politikbereiche?“ (Angaben in Prozent)					
	Außerordentlich wichtig	Sehr wichtig	Wichtig	Kaum wichtig	Gar nicht wichtig
Arbeitsmarktpolitik	20	36	32	8	4
Gesundheitspolitik	16	38	34	9	3
Sozialpolitik	13	35	40	9	3
Wirtschaftspolitik	12	30	42	12	4
Familienpolitik	11	29	42	14	4
Umweltpolitik	11	28	42	14	5
Finanzpolitik	10	29	43	14	4
Innenpolitik	9	27	45	14	5
Sicherheitspolitik	9	26	45	16	4
Bildungspolitik	9	28	41	16	6
Außenpolitik	8	23	44	20	5
Verteidigungspolitik	7	21	45	22	5
Entwicklungspolitik	5	17	41	27	10
Kulturpolitik	4	13	35	34	14

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Schließlich soll noch exemplarisch geprüft werden, wie der Informationsstand der Befragten der Bevölkerungsumfrage 2006 über einen bestimmten sicherheitspolitischen Sachverhalt zu bewerten ist. Tabelle 19 vermittelt ein fast durchweg negatives Bild, was das Wissen der deutschen Bevölkerung über die Grundsätze ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik angeht. Vom „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, das entscheidende neue Akzente über die Ziele und Interessen deutscher Sicherheitspolitik setzte, haben 72 Prozent nach eigener Aussage noch nie etwas gehört. Auch die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003, welche die Grundsätze der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach dem 11. September neu bestimmt, ist lediglich 26 Prozent der Deutschen überhaupt bekannt und einige Kernaussagen darin kennen nur 3 Prozent dieser Gruppe. Dokumente, die einen weniger sicherheitspolitischen Bezug haben, wie z. B. der Vertrag von Maastricht oder der Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD von 2005 sind dagegen deutlich mehr Befragten zumindest bekannt.

**Tabelle 19: Kenntnisstand von Grundsätzen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik**

Frage: „Die Grundsätze der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind in mehreren Dokumenten festgelegt. Inwieweit sind Ihnen die folgenden Dokumente bekannt?“ (Angaben in Prozent)				
	Habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne die meisten Kernaussagen	Habe davon gehört bzw. gelesen und kenne auch einige Kernaussagen	Habe davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes	Habe noch nie davon gehört
Verteidigungspolitische Richtlinien von 2003	0	4	22	74
Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 2005	3	26	45	26
Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union)	2	19	46	33
Europäische Sicherheitsstrategie 2003	0	3	23	74
Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bw von 1994	0	3	20	77
Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bw von 2006	0	4	24	72

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 4.6 Fazit

Das zentrale Ergebnis dieses Kapitels ist die im Jahr 2006 vorherrschende mehrheitliche Präferenz der Deutschen für ein eher passives Verhalten auf der internationalen sicherheitspolitischen Ebene. Weniger als die Hälfte der Befragten geben an, Deutschland solle sich aktiv mit den Problemen und Krisen auf der Welt auseinandersetzen. Gleichzeitig lieferte dieses Kapitel allerdings auch Anhaltspunkte für die Ursachen dieser Grundeinstellung in der Bevölkerung; sie dürften in der geringen Involvierung und im schwachen Interesse an sicherheitspolitischen Themen zu suchen sein. Probleme, die den einzelnen Bürger direkt betreffen, wie z. B. sozial- oder gesundheitspolitische Sachverhalte, stoßen auf deutlich höheres Interesse und sind auch für politische Partizipation, also insbesondere für Wahlentscheidungen, weitaus bedeutsamer als die Außen- und Sicherheitspolitik.

Daher kann in einer Situation, in der besonders sozioökonomische Themen in der Öffentlichkeit als Problem wahrgenommen werden und zu Unsicherheiten, sogar zu Bedrohungsempfinden in der Bevölkerung führen können, dies in hohem Maße auf die generellen Einstellungen zur Sicherheitspolitik durchschlagen. Überlegungen über die vorhandenen Mittel für ein aktives internationales Engagement spielen eine bedeutende

Rolle für sicherheitspolitische Grundeinstellungen. Daher kann die in der Untersuchung beobachtete Mehrheitsmeinung, Deutschland solle sich zunächst um eigene Probleme kümmern, durchaus auch als Ergebnis momentan vorherrschender sozioökonomischer Unsicherheit gewertet werden, die für sicherheitspolitische Probleme ohne direkten Bezug zur Situation des Einzelnen keinen Platz für tiefergehendes Interesse zulässt und damit auch nur geringe Kenntnisstände über entsprechende Themenbereiche ermöglicht. Die Analyse zeigt auch, dass sich eine vorherrschende sozioökonomische Unsicherheit auf die generellen Einstellungen zur Sicherheitspolitik auswirken kann. Je besser die eigene ökonomische Situation beurteilt wird, desto eher ist der Bürger geneigt, eine aktive internationale Rolle Deutschlands zu unterstützen.



# 5 Bedeutung und Zukunft der NATO

*Wolfgang Sender*

---

## 5.1 Einleitung

Kein Staat kann heute alleine für seine Sicherheit sorgen. Aus diesem Grunde bekennt sich die deutsche Sicherheitspolitik zu einem wirksamen Multilateralismus auf Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 24). Nach dem Willen der Bundesregierung muss die Europäische Union „künftig in noch stärkerem Maße als bisher einen eigenen Beitrag zu ihrer Sicherheit leisten“ (ebenda: 38).<sup>1</sup> Die transatlantischen Beziehungen bleiben aber für die Bundesregierung Grundlage deutscher und europäischer gemeinsamer Sicherheitspolitik (ebenda: 29). Nur die NATO kann nach Auffassung der Bundesregierung auf absehbare Zeit die Aufgabe der kollektiven Verteidigung ihrer Mitgliedstaaten wahrnehmen (ebenda: 48).

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2006 untersuchte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, inwieweit dieser Ansatz der Bundesregierung auch von der Bevölkerung unterstützt wird. Wird die NATO von den Deutschen auch nach Ende des Ost-West-Konflikts noch als ein funktionelles Element multilateraler Sicherheitspolitik gesehen? Wie beurteilen die Bundesbürger die Zukunft der NATO, gerade auch vor dem Hintergrund einer immer bedeutsameren Rolle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)? Lässt sich eine grundsätzliche Zustimmung zur Sicherheitspolitik im NATO-Rahmen feststellen – oder steht die deutsche Bevölkerung dieser Institution eher kritisch gegenüber?

Die Bundesregierung sieht in der NATO den stärksten Anker deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das „erfolgreichste Bündnis der Geschichte“ (ebenda: 29). Dieser geschichtliche Erfolg der NATO wurde möglich, weil es die NATO verstand, sich im Laufe ihrer Entwicklung den stetig neuen Herausforderungen immer wieder anzupassen. Mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation wurden zwar bisherige Schwerpunkte der Allianz weniger wichtig. Gleichzeitig tauchten neue Herausforderungen auf, wie der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, neue regionale Krisen und Konflikte oder die Auswirkungen zerfallener oder

---

<sup>1</sup> Die Bevölkerungsmeinung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird in Kapitel 6 dieses Forschungsberichts behandelt.

zerfallender Staaten. Um auch unter diesen veränderten Bedingungen Sicherheit und Stabilität zu ermöglichen, waren umfassende Anpassungsprozesse der NATO nötig. Heute ist die NATO weit jenseits der früheren Bündnisgrenzen engagiert, um Krisen zu bewältigen und Gefahren von den Bündnisstaaten fern zu halten.

Während die Auslandseinsätze und die Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in den letzten Jahren intensiv mit Befragungen begleitet wurden, gab es in jüngster Zeit keine Erhebung grundsätzlicher Positionen der Bundesbürger zur NATO, sondern nur von Einzelaspekten. In der Bevölkerungsbefragung 2005 wurde so ermittelt, dass jeder fünfte Bundesbürger die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO als Stärke der Bundeswehr hervorhebt (Bulmahn 2005: 26). Vor dem Hintergrund des 11. September 2001 analysierte das Sozialwissenschaftliche Institut 2004 den Informationsstand der Bundesbürger zu den Einrichtungen der NATO-Partner in Deutschland (Bulmahn 2004: 32). Gefragt wurde hier auch nach den wahrgenommenen Leistungen der Bundeswehr bei der Bewachung von NATO-Einrichtungen, die von zwei Dritteln der Bevölkerung positiv bewertet wurden. 2003 wurde ermittelt, dass sich zwei Drittel der Bundesbürger für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr aussprachen, wenn ein NATO-Partner angegriffen wird (Bulmahn 2003: 37). In dieser Pauschalität deutete dies bereits auf eine stark ausgeprägte NATO-Affinität der Deutschen hin. Mit der hier vorgelegten Bevölkerungsbefragung sollen erstmals grundsätzliche Einstellungen zur NATO erfasst und analysiert werden.

In diesem Kapitel wird dazu zunächst in Absatz 5.2 erläutert, welche Funktion die Bundesbürger der NATO nach Ende des Ost-West-Konflikts zuordnen. Absatz 5.3 zeigt auf, wie sich die Bundesbürger die Zukunft der NATO vorstellen. Das Verhältnis von EU und NATO wird in Absatz 5.4 analysiert.

## **5.2 Vorstellungen zur Bedeutung der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts<sup>2</sup>**

Die NATO befindet sich seit Ende des Ost-West-Konflikts in einer grundlegenden Phase der Umgestaltung. Während der Warschauer Pakt im Nichts verschwand und eine große Zahl seiner ehemaligen Mitglieder zwischenzeitlich sogar selbst der NATO angehört, drängt sich die Frage auf, wie die Bundesbürger die Nordatlantische Allianz heute

---

2 Im Fragebogen wird nicht vom „Ost-West-Konflikt“, sondern vom „Kalten Krieg“ gesprochen, der umgangssprachlich zumeist synonym verwendet wird und von der Bevölkerungsmehrheit vermutlich mit präziseren Vorstellungen verbunden werden kann.

wahrnehmen und welche Bedeutung sie ihr beimessen. Wird die NATO noch als die „alte“ Institution des Ost-West-Konflikts gesehen oder hat sich das Bild gewandelt? Stehen die Bundesbürger überhaupt noch hinter dieser Institution multinationaler Sicherheitspolitik? Zur Ermittlung der Einstellungen wurden den Befragten im Rahmen dieser Untersuchung zwei Antwortmöglichkeiten vorgegeben, zwischen denen sie sich entscheiden sollten.<sup>3</sup> Position 1 lautete: „Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.“ Position 2 beschrieb die gegenteilige Auffassung: „In Anbetracht der neuen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ Die Befragten wurden gebeten, diejenige Position zu benennen, der sie eher zustimmen. Das Ergebnis der Befragung ist eindeutig: Über zwei Drittel der Bundesbürger stimmen der Aussage zu, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibe (siehe Tabelle 20).<sup>4</sup> Nur 20 Prozent meinen, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weitgehend verloren habe. Ältere Personen sehen dabei in der NATO nur etwas stärker als jüngere Personen auch für die Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis. Hinsichtlich der Parteipräferenzen zeigen sich dagegen deutlichere Unterschiede: Während nur 45 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen meinen, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt, sagen dies 80 Prozent der Personen mit Parteipräferenz für die CDU/CSU. Spiegelbildlich dazu: Während nur 13 Prozent der Anhänger von CDU/CSU sagen, dass die NATO ihre Funktion weitgehend verloren hat, sagen dies mehr als doppelt so viele Anhänger der FDP und etwa dreimal so viele Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (37 Prozent). Bei den Grünen ist zudem der Anteil derjenigen Personen, die keiner der beiden genannten Positionen zustimmen konnten, besonders hoch.

---

3 Die Bevölkerungsbefragung 2006 fand mit Blick auf Fragen zur NATO in einem ausgesprochen positiven zeitlichen Umfeld statt, da im Befragungszeitraum über den im November 2006 durchgeführten NATO-Gipfel in Riga medial berichtet wurde. Hierdurch ist auch eine stärkere Wahrnehmung von NATO-Themen in der deutschen Öffentlichkeit anzunehmen, wodurch sich die Meinungen reflektierter als zu anderen Zeitpunkten gestalten könnten.

4 Eine klare Mehrheit der Befragten konnte ihre Meinung einer der beiden vorgegebenen Antwortpositionen zuordnen. Frauen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen konnten sich etwas häufiger nicht auf eine Antwortmöglichkeit festlegen.

**Tabelle 20: Vorstellungen zur Bedeutung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges**

<p>Frage: „Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.                  Position 1: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.                  Position 2: In Anbetracht der neuen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ (Angaben in Prozent)</p>			
	Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren	Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis	Weiß nicht
Insgesamt	20	68	12
Geschlecht/Altersgruppe			
Männer	22	72	6
16 bis 39 Jahre	24	69	7
40 bis 59 Jahre	21	74	5
60 Jahre und älter	20	75	5
Frauen	17	65	18
16 bis 39 Jahre	22	65	13
40 bis 59 Jahre	18	61	21
60 Jahre und älter	11	67	22
Bildungsniveau			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	24	67	9
Realschulabschluss	23	66	11
Hauptschulabschluss	14	72	14
Parteipräferenz			
CDU/CSU	13	80	7
SPD	18	74	8
FDP	27	71	2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	37	45	18

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Generell zeigt sich damit, dass die NATO eher von denjenigen Deutschen auch für die Zukunft als wichtigstes Sicherheitsbündnis angesehen wird, die den Volksparteien nahe stehen. Das größte Vertrauen in eine auch künftige wichtige sicherheitspolitische Rolle der Nordatlantischen Allianz haben die Anhänger von CDU und CSU. Diese recht hohen Zustimmungswerte zur künftigen sicherheitspolitischen Bedeutung lassen die Schlussfolgerung zu, dass die Allianz angesichts der neuen Herausforderungen für die Sicherheit in der deutschen Bevölkerung ausgesprochen hohe Unterstützung genießt. Überraschend ist, dass der NATO auch von den jüngeren Personen eine ähnlich hohe Bedeutung zugemessen wird wie von älteren Personen, für die die NATO während des über Jahrzehnte dauernden Ost-West-Konflikts stets sichtbar war. Der Umstand, dass



auch junge Deutsche der NATO eine klare Bedeutung für die Zukunft zumessen, deutet darauf hin, dass das Unterstützungspotenzial für die NATO nicht zwingend mit geschichtlichen Erfahrungen verbunden sein muss, die vielleicht irgendwann verblasen.

### **5.3 Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO**

Die Fragestellung nach den Vorstellungen zur künftigen Bedeutung der NATO wird in der folgenden Tabelle 21 aus einem etwas anderen Blickwinkel untersucht, indem die Befragten die künftige Bedeutung der NATO vor dem Hintergrund der verstärkten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bewerten sollten. Dieser Aspekt reflektiert die Tatsache, dass sich die EU über die vergangenen Jahre zunehmend zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur gewandelt hat. Um die Zustimmung zur Allianz auch unter Beachtung dieser Institutionenkonkurrenz zu messen, wurden den Befragten wiederum zwei Positionen zur Auswahl angeboten, wobei die Probanden gebeten wurden, diejenige Position anzugeben, der sie eher zustimmten. Position 1 stellt eine Auffassung dar, nach der die NATO deshalb nicht mehr wichtig sei, weil sich die EU-Staaten sicherheitspolitisch enger abstimmen. Wörtlich lautete diese Position: „Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene – europäische – Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.“ Position 2 vertritt dabei eine Gegenauffassung: „Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“

Mit dieser Wahlmöglichkeit zeigte sich folgendes Bild: Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent meint auch bei explizitem Hinweis auf diese Institutionenkonkurrenz, dass die NATO in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt, selbst wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Nur 18 Prozent meinen, dass die NATO ihre Funktion weitgehend verloren habe, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten.

**Tabelle 21: Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO**

<p>Frage: „Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.                  Position 1: Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene – europäische – Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.                  Position 2: Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ (Angaben in Prozent)</p>			
	Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren	Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicher- heitsbündnis	Weiß nicht
Insgesamt	18	65	17
Geschlecht/Altersgruppe			
Männer	21	68	11
16 bis 39 Jahre	20	64	16
40 bis 59 Jahre	27	66	7
60 Jahre und älter	18	77	5
Frauen	16	61	23
16 bis 39 Jahre	19	59	22
40 bis 59 Jahre	11	66	23
60 Jahre und älter	15	61	24
Bildungsniveau			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	25	63	12
Realschulabschluss	16	67	17
Hauptschulabschluss	18	65	17
Parteipräferenz			
CDU/CSU	15	77	8
SPD	14	74	12
FDP	25	67	8
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	36	37	27

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Wiederum lassen sich auch bei dieser Einschätzung der Rolle der NATO deutliche Unterschiede der Bewertung je nach Parteipräferenz feststellen. Anhänger der beiden Volksparteien tendieren etwa doppelt so stark wie die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen dafür, dass die NATO angesichts europäischer Projekte in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt. Gleichzeitig konnte oder wollte etwa ein Drittel der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen keine Antwort auf diese Frage geben.

Diese hohe Zustimmung zur Bedeutung der NATO trotz des Aufbaus „eigene[r] – europäische[r] – Verteidigungsstrukturen“ ist in dieser Deutlichkeit durchaus überraschend, erklärt sich aber durch die Meinungen der Bundesbürger über die beiden Organisatio-

nen, die das Sozialwissenschaftliche Institut im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2005 erhoben hat. Danach sehen die Bundesbürger die EU zwar wichtiger für die Zukunft Deutschlands als die NATO an, der NATO wird aber eine bessere Aufgabenerfüllung und ein geringerer Reformbedarf zugemessen als der EU. Es bleibt indes unklar, wodurch diese Reihenfolge in der Bevölkerungsmeinung gebildet wird. Wahrscheinlich ist, dass die EU, die erst seit wenigen Jahren Militäroperationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchführt, als sicherheitspolitischer Akteur erst langsam in das Bewusstsein der Deutschen vordringt. Möglich erscheint auch, dass die Bevölkerung im Rahmen dieser Frage der NATO gegenüber der EU die Präferenz einräumte, weil bei der Leistungsbeurteilung der EU auch Meinungen zu den wirtschaftlichen und sozialen Regelungsbereichen der EU Einfluss auf die Bewertung der außen- und sicherheitspolitischen Komponenten der Union hatten, wodurch die NATO besser abschneidet. Welches immer die Gründe sind, es bleibt festzuhalten, dass die Deutschen auch unter der Bedingung einer stärkeren europäischen Sicherheitspolitik vorerst fest zur NATO stehen.

#### **5.4 Meinungen zum Verhältnis von EU und NATO**

Anknüpfend an die Beurteilung der künftigen Bedeutung der NATO als Sicherheitsbündnis vor dem Hintergrund des Aufbaus europäischer Verteidigungsstrukturen wird im Folgenden danach gefragt, unter welchem institutionellen Dach die Bundesbürger den Einsatz von militärischen Kräften bevorzugen.

Zur Bestimmung dieses Meinungsbildes wurden den 2 018 Befragten drei Positionen vorgelegt (siehe Tabelle 22): Position 1 reflektiert eine US- bzw. NATO-kritische Haltung. Eine diametral entgegengesetzte Auffassung wurde in Position 3 formuliert, nach der militärische Einsätze nur unter dem Dach der NATO realisiert werden sollten, und damit unter zwingender Beteiligung der USA. Position 2 vertritt eine Haltung, die auf eine enge Kooperation zwischen NATO und EU setzt.

Prinzipiell sind zwischenzeitlich beide Institutionen bereit, Operationen durchzuführen. Sie verfügen nicht nur über die hierfür nötigen Strukturen und Fähigkeiten, sondern haben auch gezeigt, dass sie Einsätze erfolgreich abschließen können. Durch ihre parallelen Möglichkeiten stehen beide Institutionen allerdings auch in einer Art Konkurrenz, die immer wieder zu Reibungen führt (siehe Reynolds und Hofmann 2007). Das Verhältnis zwischen EU und NATO war auch Ende 2006 noch lange nicht geklärt. Traditi-

onelle Rollenzuschreibungen, Änderungen in den Außenpolitiken einzelner Mitgliedsstaaten, Fragen der Ressourcen- und Machtverteilungen zwischen den genannten Institutionen sowie unterschiedliche Interessenlagen der jeweiligen Mitgliedsstaaten sind einige der Aspekte, die dieses Verhältnis in der Gegenwart mit prägen und die auch öffentlich wahrgenommen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Institutionenkonkurrenz könnte aus vier Gründen vermutet werden, dass die Zustimmung zur Entsendung militärischer Eingreifkräfte der NATO gesunken ist:

Erstens könnte die NATO aufgrund der Vielzahl der bereits durchgeführten Operationen kritisch gesehen werden. Während die NATO bereits seit Mitte der 1990er Jahre militärische Einsätze durchführt, war die EU dazu erst im folgenden Jahrzehnt dazu in der Lage.

Zweitens zeigen Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, dass Einsätze der NATO wie auch der EU von der Bevölkerung durchaus nicht vorbehaltlos unterstützt werden (siehe auch Kapitel 11). Der institutionelle Rahmen, in dem ein Militäreinsatz durchgeführt wird, ist den Deutschen offenbar weniger wichtig als Aspekte wie Anlass, Erfolgsaussicht und die multilaterale Absicherung.

Drittens kann vermutet werden, dass die Zustimmung der Deutschen zur NATO aufgrund der vielfältigen Kritik an der Person von Präsident Bush und einer verstärkt skeptischen Haltung zur Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika<sup>5</sup> gesunken ist. Wäre das Grundvertrauen der Bevölkerung in die sicherheitspolitische Bedeutung der USA und der NATO dadurch nachhaltig geschädigt, müssten die Bundesbürger bei Vorliegen einer institutionellen Alternative (der ESVP) eher von der NATO abrücken.

Viertens schließlich baute die EU in den vergangenen Jahren kontinuierlich ihre Fähigkeiten im sicherheitspolitischen Bereich auf und besitzt gegenüber der NATO das Alleinstellungsmerkmal eines zivil-militärischen Ansatzes. Deutlich wurde dies insbesondere von Juli bis November 2006, also endend im Befragungszeitraum, als die Operation EUFOR RD Kongo erfolgreich durchgeführt wurde, deren Aufgabe es war, mit militärischen Mitteln für die Sicherheit bei Wahlen zu sorgen. Zudem hallte 2006 noch die Diskussion um den EU-Verfassungsvertrag nach. Durch beide Ereignisse wurde in

---

5 Transatlantic Trends 2007: 7. Nach Daten des Pew Global Attitudes Survey (2007) gaben 1999/2000 noch 78 Prozent der Deutschen an, ein vorteilhaftes Bild der USA zu haben, 2007 hat sich dieser Wert auf 30 Prozent reduziert.

den Medien intensiv über die ESVP/GASP der EU berichtet, wodurch die EU als sicherheitspolitischer Akteur mit zivil-militärischem Ansatz für die Bundesbürger sichtbar wurde und eventuell auch als Alternative bzw. Ergänzung zur NATO erscheinen konnte.

Das in Tabelle 22 wiedergegebene Antwortverhalten zeigt indes, dass sich eine Mehrheit der Bundesbürger für Position 2 und gegen eine Ablehnung der NATO entscheidet. Allerdings bekommt auch die EU keinen Freibrief. Die Bürger erteilen sowohl EU-Alleingängen wie auch NATO-Alleingängen eine Absage. Etwa ein Fünftel spricht sich dafür aus, europäische Eingreifkräfte auf jeden Fall nur unter dem Dach der NATO – und damit unter Beteiligung der USA – einzusetzen und ebenfalls ein Fünftel spricht sich für eine von der NATO unabhängige Planung und Durchführung europäischer Einsätze aus. Während sich die Bürgerinnen und Bürger aller befragten Altersgruppen und Bildungsniveaus hier ähnlich äußern, zeigen sich Unterschiede unter den Parteianhängern: Personen mit SPD-Parteipräferenz sprechen sich deutlich stärker für eine enge Abstimmung zwischen den militärischen Eingreifkräften der EU und der NATO aus. FDP-Anhänger bekunden deutlich stärker als Bürger anderer Parteipräferenz, dass sie militärische Einsätze lieber über die EU-Strukturen als mit Hilfe der NATO und den USA realisieren wollen. Bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen ist die Unentschlossenheit am stärksten ausgeprägt: Über ein Fünftel weiß nicht, ob militärische Einsätze der EU aus ihrer Sicht besser allein oder in Zusammenarbeit mit der NATO realisiert werden sollten, aber auch hier neigt die Mehrheit zu einer Abstimmung zwischen EU und NATO. Die jeweiligen Gegenpositionen – nach denen ausschließlich die EU oder ausschließlich die NATO Eingreifkräfte einsetzen sollten – werden nur von jeweils etwa einem Fünftel der Bevölkerung geteilt. Bei Anhängern der CDU/CSU finden sich etwas mehr Personen, die Militäreinsätze vornehmlich durch die NATO realisiert sehen wollen. Unentschlossen sind in dieser Frage indes die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen: Mit 23 Prozent weisen die Anhänger dieser Partei den mit weitem Abstand größten Anteil derjenigen auf, die sich weder für eine der genannten Organisationen noch für deren Zusammenarbeit aussprechen konnten.

Eine Auffälligkeit ist für die Anhänger der FDP festzustellen. Sie setzen sich fast doppelt so stark wie CDU/CSU-Anhänger für eine Unabhängigkeit der EU-Einsätze von der NATO ein. Ihr Glaube an die Bedeutung der NATO ist allerdings, wie in Tabellen 20 und 21 dargestellt, nur etwas geringer als bei Anhängern der CDU/CSU ausgeprägt. Verbindet man beide Ergebnisse, dann glauben FDP-Anhänger zwar offenbar an die

Zukunft der NATO, würden aber stärker als andere Parteianhänger lieber die EU mit militärischen Einsätzen betrauen.

**Tabelle 22: Meinungen zum Verhältnis von EU und NATO**

<p>Frage: „Über das Verhältnis der militärischen Eingreifkräfte der EU zur NATO wird auf EU-Ebene zurzeit noch debattiert. Welcher Auffassung stimmen Sie am ehesten zu?“</p> <p>Position 1: Die Einsätze der militärischen Eingreifkräfte der EU sollten vollkommen unabhängig von der NATO – und damit auch vom Einfluss der Vereinigten Staaten – geplant und durchgeführt werden.</p> <p>Position 2: Die Einsätze der militärischen Eingreifkräfte der EU sollten in enger Abstimmung mit der NATO geplant und durchgeführt werden.</p> <p>Position 3: Ich halte nichts vom Einsatz europäischer Eingreifkräfte unter europäischem Kommando. Die militärischen Eingreifkräfte der EU sollten nur unter dem Dach der NATO eingesetzt werden.“</p> <p>(Angaben in Prozent)</p>				
	Position 1	Position 2	Position 3	Weiß nicht
Insgesamt	21	42	19	18
Geschlecht/Altersgruppe				
Männer	23	44	22	11
16 bis 39 Jahre	26	42	19	13
40 bis 59 Jahre	23	44	25	8
60 Jahre und älter	18	45	25	12
Frauen	19	40	16	25
16 bis 39 Jahre	20	38	16	26
40 bis 59 Jahre	19	38	18	25
60 Jahre und älter	17	43	16	24
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	25	46	16	13
Realschulabschluss	21	41	20	18
Hauptschulabschluss	19	41	21	19
Parteipräferenz				
CDU/CSU	20	47	22	11
SPD	21	52	17	10
FDP	38	38	18	6
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	20	39	18	23

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Im Ergebnis heißt dies, dass die Bundesbürger eine Verwendung europäischer Eingreifkräfte am liebsten mit der NATO koordiniert sehen wollen. Nur jeweils ein Fünftel möchte sich explizit für eine der beiden Institutionen entscheiden. Offenbar geht es den Bundesbürgern auch beim Einsatz der europäischen Eingreifkräfte nicht um institutionelle Präferenzen. Wer sich um die Zustimmung der Bevölkerung zu Einsätzen bemüht, sollte diese Präferenzen nicht ganz aus den Augen verlieren.

## 5.5 Fazit

Eine solide Mehrheit von zwei Dritteln der Bundesbürger sieht die NATO auch in Zukunft als das wichtigste Sicherheitsbündnis an. Die größte Unterstützung erfährt die NATO von den Anhängern der beiden Volksparteien und der FDP. Den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen fällt es deutlich schwerer, zur Frage nach der Funktion der NATO überhaupt Position zu beziehen. Unter denjenigen der Grünen-Anhänger, die schließlich eine Position beziehen können, ist die Meinung über die künftige Rolle der NATO gespalten.

Neue europäische Strukturen limitieren die sicherheitspolitische Bedeutung der NATO nach Auffassung von zwei Dritteln der Bundesbürger nicht. Die NATO wird nach dieser Mehrheitsmeinung auch unabhängig von der europäischen militärischen Zusammenarbeit in Zukunft wichtig bleiben (Tabelle 21). Konkret nach den institutionellen Präferenzen gefragt, zeigt sich, dass sich eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Bundesbürger für eine Zusammenarbeit zwischen EU und NATO ausspricht, wenn es um den Einsatz europäischer Eingreifkräfte geht.

Wenn Einsätze schon nötig sind, so eine Kernbotschaft dieser Befragung, dann am besten, wenn sich NATO und EU dazu abstimmen. Die Bevölkerung stützt damit den Ansatz der Bundesregierung, die sich in ihrem Weißbuch 2006 für eine hohe Effizienz der Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen ausgesprochen hat (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 47).





# 6 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

*Wolfgang Sender*

---

## 6.1 Einleitung

Obwohl wirtschaftlich und politisch stark, war die Europäische Gemeinschaft sicherheitspolitisch nicht auf die Bürgerkriege auf dem Balkan in den 1990er Jahren vorbereitet. Nur durch das Eingreifen der NATO konnten die Auseinandersetzungen in Südosteuropa beendet werden. In der Zwischenzeit hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass „nur ein einiges, starkes und sicherheitspolitisch handlungsfähiges Europa (...) Mitverantwortung bei der Bewältigung der Herausforderungen für die gemeinsame Sicherheit übernehmen“ kann. (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 45)

Mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 legten die Staaten der Europäischen Union die Grundlage für die Übernahme größerer Verantwortung in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die sogenannten Petersberg-Aufgaben von 1992 (humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen) wurden in den EU-Vertrag integriert. Auf den EU-Gipfeltreffen in Köln und Helsinki 1999, Feira und Nizza 2000 wurde die Entwicklung einer eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) konzeptionell und strukturell weiter vorangetrieben. In Köln wurde beschlossen, der EU alle Mittel und Fähigkeiten an die Hand zu geben, damit sie ihrer Verantwortung im Rahmen der ESVP gerecht werden kann. Zur Erfüllung der Petersberg-Aufgaben sollte die EU auch die Fähigkeit zum autonomen (also von der NATO unabhängigen) Handeln in der internationalen Krisenbewältigung erwerben. Dieser „Geburtsstunde“ der ESVP voraus ging das französisch-britische Gipfel-Treffen in St. Malo 1998, auf dem sich der britische Meinungsumschwung in der Frage einer eigenständigeren EU-Verteidigungspolitik manifestiert hatte.

Im Dezember verabschiedete der Europäische Rat in Helsinki das „European Headline Goal“ (EHG), die Aufstellung schnell verlegbarer militärischer Einsatzkräfte bis zum Jahr 2003 in einer Größenordnung von 60 000 Soldaten der Landstreitkräfte sowie lageabhängig See- und Luftstreitkräfte. 2004 wurde diese militärische Zielvorgabe mit dem „European Headline Goal 2010“ in Richtung der wahrscheinlichsten Einsätze weiter-

entwickelt. Konkrete Umsetzung erfuhr das EHG 2010 durch das „Battlegroups“-Konzept, das zurückgeht auf eine französisch-britisch-deutsche Initiative von 2003 und den Aufbau von bis zu 13 EU-Gefechtsverbänden mit schneller Krisenreaktionsfähigkeit vorsieht. Die multinational zusammengesetzten Battlegroups, seit 2007 einsatzbereit, haben einen Umfang von jeweils 1 500 Soldaten, sind für das gesamte militärische Aufgabenspektrum der EU konzipiert und unterliegen grundsätzlich keinen geografischen Einschränkungen für den Einsatz.

Parallel zum Aufbau ihrer Fähigkeiten im militärischen Bereich hat die EU auf der Grundlage der Gipfel-Beschlüsse von Feira (2000) und Göteborg (2001) auch ihre zivilen Fähigkeiten zum Krisenmanagement entscheidend verbessert. Die Fähigkeiten auf den Gebieten Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Katastrophenschutz stellen dabei ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber der NATO dar.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Nizza im Jahr 2003 verfügt die EU auch über den institutionellen Unterbau zur Umsetzung der ESVP, so dass sie den komplexen Anforderungen zivil-militärischer Operationen besser gerecht werden kann. Zu diesen strukturellen Voraussetzungen der europäischen Handlungsfähigkeit gehören der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (Außen-/Verteidigungsminister), das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), der EU-Militärausschuss und der EU-Militärstab (EUMS). Hinzu kommt der Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM). Damit ist sichergestellt, dass auch auf der EU-Ebene militärischer Sachverstand in die Entscheidungsprozesse einfließt und die EU in der Lage ist, militärische Operationen selbstständig zu entscheiden und durchzuführen – unter Rückgriff auf NATO-Mittel und Fähigkeiten, aber auch ohne diesen Rückgriff bei Einsätzen von begrenzter Größe und Dauer.

Tatsächlich hat die EU seit 2003 bereits mehrfach zivile und militärische Einsätze durchgeführt, so u. a. die Polizeimission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina 2003, die militärische Operation CONCORDIA 2003 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unter Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten, die autonom durchgeführte militärische Operation ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo 2003, die militärische Operation ALTHEA 2004 in Bosnien-Herzegowina in der Nachfolge der NATO-Operation SFOR oder die militärische Operation EUFOR RD Kongo 2006.

Es stellt sich die Frage, in welcher Form die deutsche Bevölkerung die erweiterte sicherheits- und verteidigungspolitische Bedeutung der EU wahrnimmt und wie sie zu ihr steht. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr hat die Meinungen der Bundesbürger zu den Themenbereichen der GASP und ESVP bereits mehrfach untersucht. 1997 erschien am Institut ein Arbeitspapier, das nach der Bekanntheit von multi- oder binationalen Verbänden fragte, in die die Bundeswehr integriert war (Klein 1997). 2003 veröffentlichte das Institut ein Arbeitspapier zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas und den diesbezüglichen Einstellungen und Meinungen in der deutschen Bevölkerung (Gareis und Klein 2003). Die Autoren kommen dabei zu dem Schluss, dass die Mehrheit der Deutschen der EU reserviert positiv gegenübersteht. Insbesondere mangle es nach diesen Ergebnissen an emotionalen Bindungen zur EU, die als eine abstrakte funktional-bürokratische Institution wahrgenommen werde. Vor allem auf dem Gebiet der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wünschten sich die Deutschen danach mehr Kompetenzen und würden dem Einsatz von Militär als Element eines komplexen politischen Instrumentariums sehr aufgeschlossen gegenüberstehen, wobei Militäreinsätze im Wesentlichen mit helfenden oder humanitären Missionen verbunden würden und weniger mit der Vorstellung von Kampfeinsätzen.

Im vorangegangenen Kapitel wurde bereits beschrieben, dass zwei Drittel der Deutschen zustimmen, dass es außenpolitisches Ziel sein sollte, Europa und die EU zu stärken und immerhin noch 27 Prozent dem „eher“ zustimmen. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr wollte vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich erfolgten Befähigung der EU zum militärischen Handeln nun erstmals mithilfe der repräsentativen Bevölkerungsbefragung analysieren, nach welchen Grundsätzen die ESVP aus Bürgersicht aufgebaut sein soll (Abschnitt 6.2), ob die Bundesbürger Kenntnis von den EU-Battlegroups haben (Abschnitt 6.3) und wie sie einer Beteiligung ihres Landes an den EU-Battlegroups unterstützen (Abschnitt 6.4). In der Summe soll damit festgestellt werden, welche Haltung die Deutschen im Jahr 2006 zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einnehmen, speziell, wenn diese militärische Aspekte aufweist und sich Deutschland daran beteiligt.

## 6.2 Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht

Zur Feststellung von Grundsätzen einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht fragte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr die insgesamt 2 018 interviewten Teilnehmer: „Nach welchen Grundsätzen sollte Ihrer Meinung nach die Europäische Union ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten? Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ Dabei wurden acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben.

Zunächst wurden die Befragten gebeten, ihre Präferenz zu bekunden, ob sie im Rahmen der ESVP ausschließlich zivile Einsätze unterstützen (Item 1), oder ob sie auch Operationen zustimmen, in denen Militär zur Friedenssicherung (Item 2) oder notfalls auch für Kampfeinsätze (Item 3) eingesetzt wird. Nach den möglichen Partnern der ESVP wurde in den Items 4 bis 6 gefragt. Als institutioneller Partner wurden den Befragten dabei die NATO und als Partnerstaaten die USA sowie Russland angeboten. Schließlich fragte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, ob sich die EU-Mitglieder nach Meinung der Bevölkerung außenpolitisch untereinander stärker abstimmen sollten und ob die EU-Mitglieder zur Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen die Verteidigungsausgaben erhöhen sollten.<sup>6</sup>

Die Bundesbürger unterstützen nach den Ergebnissen aus Tabelle 23 vor allem eine Sicherheitspolitik der EU, die sich auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement orientiert (43 Prozent volle oder überwiegende Zustimmung). 48 Prozent meinen darüber hinaus, dass die EU auch Militär einsetzen sollte, wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement nicht mehr ausreichen – dann sollte das Militär jedoch nur zur Friedenssicherung eingesetzt werden. „Kampfeinsätze“ zur Wahrung der Interessen der Union werden als Grundsatz indes nur von 27 Prozent der Befragten voll oder überwiegend unterstützt.

---

<sup>6</sup> Zur Zustimmung der Bundesbürger zu höheren nationalen Verteidigungsausgaben siehe Abschnitt 12.2 dieses Berichts.

**Tabelle 23: Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht**

Frage: „Nach welchen Grundsätzen sollte Ihrer Meinung nach die Europäische Union ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten? Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik strikt auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement beschränken	43	34	18	5
Wenn erforderlich, sollte die EU neben Diplomatie und zivilem Krisenmanagement auch Militär einsetzen können, aber nur zur Friedenssicherung	48	38	9	5
Wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement scheitern, muss die EU zur Wahrung ihrer Interessen notfalls auch Kampfeinsätze durchführen	27	32	26	15
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit der NATO abstimmen	43	39	11	7
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit den USA abstimmen	23	30	25	22
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit Russland abstimmen	22	32	24	22
Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Sicherheitsinteressen ihre außenpolitischen Aktivitäten besser untereinander abstimmen	66	29	3	2
Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen die Verteidigungsausgaben erhöhen	22	27	32	19

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Die Zustimmung zu den Instrumenten der ESVP ist damit eher bei zivilen Maßnahmen gegeben. Zwar befürwortet immer noch eine knappe Mehrheit der Deutschen voll, überwiegend oder eher Kampfeinsätze, wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement im Rahmen der ESVP scheitern. Ein Verzicht auf militärische Anteile oder die Beschränkung auf die Friedenssicherung finden demgegenüber jedoch eine deutlich stärkere Zustimmung. (siehe hierzu auch die Befunde aus dem Vorjahr: Bulmahn 2005: 16)

Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung können derzeit durch die NATO Response Force (sie erreichte ihre volle Einsatzbereitschaft im Befragungsjahr 2006) und die EU-Battlegroups (diese erreichten ihre Einsatzbereitschaft ein Jahr später) erfolgen. Durch die „Berlin-Plus“-Vereinbarungen kann die EU auch auf NATO-Ressourcen zurückgreifen, es besteht damit eine institutionelle Zusammenarbeit beider Organisationen. Sollte diese institutionelle Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik Grundsatz der ESVP

sein? Die Bundesbürger meinen ja und stimmen dieser Zusammenarbeit zu 43 Prozent voll oder überwiegend zu, nur sieben Prozent lehnen diese Zusammenarbeit explizit ab.

Hinter dieser starken Befürwortung der Kooperation zwischen EU und NATO muss dabei nicht zwangsläufig auch ein mangelndes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen. Dahinter könnten sich auch Vorstellungen über finanzielle Einsparungen verbergen. Schließlich lehnen 32 Prozent der Bevölkerung eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Mitgliedsländer der EU eher ab und 19 Prozent lehnen diese voll ab (letztes Item in Tabelle 23).<sup>7</sup> Zwar stehen die Deutschen höheren Ausgaben für Verteidigung generell eher kritisch gegenüber, dennoch ist zu vermuten, dass die Bundesbürger durchaus noch Raum für Effizienzsteigerungen im militärischen Bereich sehen, die vielleicht durch die Zusammenarbeit von NATO und EU erreicht werden können. Effizienzsteigerung fordern die Bürger auch bei der Durchsetzung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen der EU-Staaten: Zwei Drittel der Befragten stimmten zu, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik besser untereinander abstimmen sollten.<sup>8</sup>

Während die sicherheitspolitische Abstimmung der EU-Staaten untereinander und die Abstimmung zwischen NATO und EU insgesamt deutlich befürwortet werden, urteilen die Deutschen zurückhaltender, was eine engere Abstimmung der Sicherheitspolitik der EU mit den USA und Russland angeht. Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Deutschen sind hier gespalten und widersprüchlich. Während 43 Prozent der Deutschen voll hinter einer stärkeren Abstimmung der Sicherheitspolitik zwischen EU und NATO stehen, sind nur 23 Prozent voll davon überzeugt, dass die EU ihre Sicherheitspolitik auch enger mit den USA abstimmen sollte, die schließlich einflussreichstes NATO-Mitglied sind. Offensichtlich unterscheidet die deutsche Bevölkerung klar in ihrer Präferenz für eine Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO einerseits und der EU und den USA andererseits. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt darin, dass die USA nach Ergebnissen verschiedener Umfragen auch 2006 einen ausgesprochen starken Imageverlust in der deutschen Bevölkerung hinnehmen mussten. (siehe hierzu auch Kapitel 5 dieses Berichts) Da die Frage aber darauf zielte, mit wem man sich „enger“ abstimmen sollte, könnten die Befragten jedoch auch antizipiert haben, dass mit den

---

7 Dieser Wert korrespondiert auch mit der Zustimmungsrate zur Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben (siehe Kapitel 12.2).

8 Die Bevölkerungsbefragung 2005 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr kam zudem zu dem Ergebnis, dass der EU eine weniger gute Aufgabenerfüllung zugesprochen wurde als der NATO. Auch dieser Befund stützt die Erkenntnis, dass die deutsche Bevölkerung von der EU eine stärkere Effizienz auch in sicherheitspolitischen Fragen erwartet.

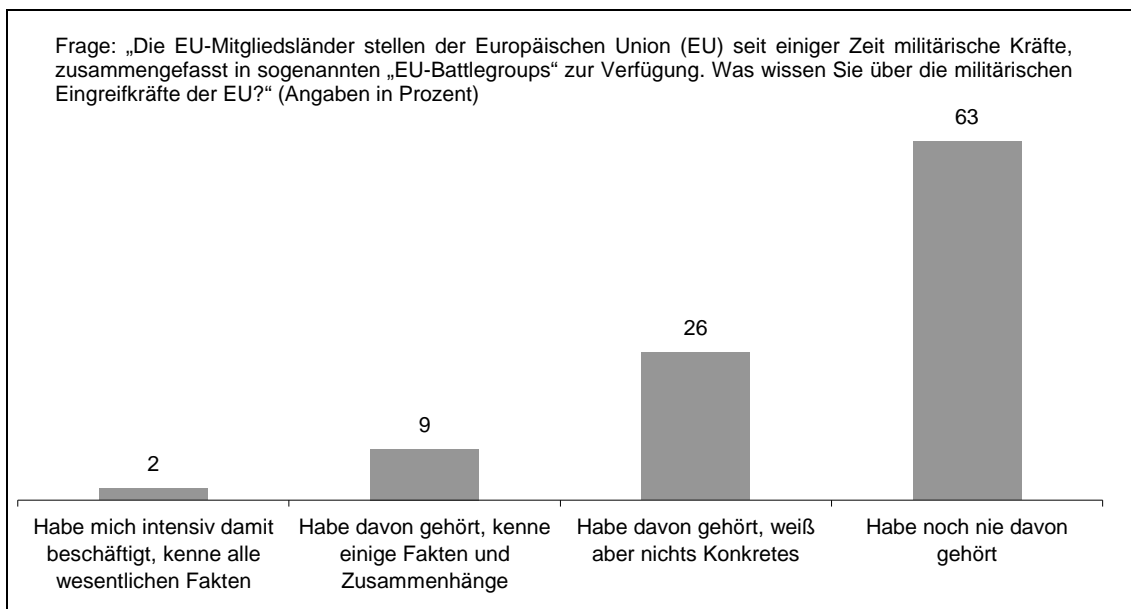
USA bereits eine enge Zusammenarbeit auf hohem Niveau besteht, die nach Auffassung der Befragten nicht in größerem Ausmaße intensiviert werden muss.

Einer engeren Abstimmung der Sicherheitspolitik der EU mit Russland stimmen 22 Prozent der Befragten voll zu und 32 Prozent stimmen dem eher zu. Danach sehen also ähnlich viele Bundesbürger die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland wie zwischen der EU und den USA.

### 6.3 Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups) und Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups

Die EU-Battlegroups stehen mit ersten Einheiten seit 2005 bereit und erlangten ihre volle Einsatzbereitschaft 2007. In diesem Zeitraum zwischen Einrichtung und voller Einsatzbereitschaft wollte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr von der deutschen Bevölkerung wissen, ob sie dieses militärische Instrument der ESVP kennt und wie sie es beurteilt.

**Abbildung 8: Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups)**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Obwohl sich Deutschland mit umfangreichem Personaleinsatz an den Kontingenten der Battlegroups beteiligt und die verwendete Fragestellung das Konzept der EU-Battlegroups in Ansätzen bereits erläuterte, konnten fast zwei Drittel der Befragten damit nichts verbinden: 63 Prozent gaben im Jahr der Herstellung der bedingten Einsatzbereitschaft der Battlegroups an, davon noch nie gehört zu haben. 26 Prozent haben davon schon einmal gehört, wissen aber nichts Konkretes, neun Prozent kennen zumindest einige Fakten und Zusammenhänge.

Trotz dieser breiten Unkenntnis stimmt die Bevölkerung einer deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups zu. 35 Prozent der Befragten stimmen einer Beteiligung Deutschlands an den militärischen Eingreifkräften der EU voll oder überwiegend zu – obwohl gerade einmal zwei Prozent angeben, die wesentlichen Fakten zu kennen. Zusätzliche 39 Prozent stimmen der Beteiligung daran noch eher zu. Dabei sind nur geringe Unterschiede im Antwortverhalten der Alters- und Bildungsgruppen zu identifizieren, das Antwortverhalten ist hier relativ einheitlich. Lediglich bei einer Differenzierung nach Parteipräferenzen zeigen sich Unterschiede: Während die Anhänger von CDU/CSU und SPD überdurchschnittlich hinter einer deutschen Beteiligung in den Battlegroups stehen, sind die FDP-Anhänger etwas zurückhaltender. Vor allem aber die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen stehen einer deutschen Beteiligung an den Battlegroups kritisch gegenüber, hier lehnt fast ein Fünftel eine deutsche Teilnahme vollkommen oder überwiegend ab.

Diese insgesamt dennoch ausgesprochen hohe Zustimmung überrascht: Obwohl der Name „Battlegroup“ den militärischen Charakter dieser Einrichtung bereits unterstreicht und zusätzlich in der Fragestellung auch explizit darauf hingewiesen wurde, dass es sich dabei auch um „Kampfeinsätze“ handeln kann, stimmen einer Beteiligung Deutschlands an den militärischen Eingreifkräften der EU 35 Prozent voll oder überwiegend zu, 39 Prozent stimmen noch eher zu. Dieser Wert ist noch etwas höher als der Befund aus Tabelle 23, wo 27 Prozent voll oder überwiegend zustimmten, dass die EU zur Wahrung ihrer Interessen notfalls auch Kampfeinsätze durchführen müsse. Beide Ergebnisse zeigen: Sowohl bei abstrakter wie auch konkreter Fragestellung finden militärische Operationen im Rahmen der ESVP Zustimmung in der Bevölkerung.



**Tabelle 24: Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups**

Frage: „Vorrangiges Ziel der militärischen Eingreifkräfte der EU ist die weltweite Konflikt- und Krisenbewältigung. Hierzu sollen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen und – wenn notwendig – auch Kampfeinsätze durchgeführt werden. Die Eingreifkräfte werden nach Bedarf aus Einheiten der nationalen Streitkräfte der EU-Länder zusammengestellt. Was halten Sie von der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Eingreifkräften der Europäischen Union? Stimmen Sie einer deutschen Beteiligung zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Insgesamt	35	39	16	10
Geschlecht				
Männer	38	36	16	10
Frauen	31	42	15	12
Altersgruppe				
16 bis 39 Jahre	40	34	17	9
40 bis 59 Jahre	30	43	16	11
60 Jahre und älter	34	40	14	12
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	33	39	15	13
Realschulabschluss	35	40	17	8
Hauptschulabschluss	35	38	15	12
Parteipräferenz				
CDU/CSU	41	42	12	5
SPD	39	39	11	11
FDP	33	41	16	10
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	26	37	18	19

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 6.4 Fazit

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Bundesbürger das europäische sicherheitspolitische Engagement zwar eher auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement gründen wollen, aber auch ein militärisches Engagement nicht ablehnen. Das grundsätzliche Ziel der ESVP, Europas Handlungsfähigkeit im zivilen und militärischen Krisenmanagement zu erhöhen, steht der deutschen Bevölkerungsmeinung nicht entgegen. „Kampfeinsätze“ an sich finden als Grundsatz der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwar nur eine geteilte Zustimmung, dennoch neigen zwei Drittel der Deutschen zur Unterstützung der EU-Battlegroups, obwohl gleichfalls zwei Drittel nichts Konkretes über die Battlegroups wissen.

Der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird damit nur wenige Jahre nach ihrer Institutionalisierung offensichtlich ein hoher Vertrauensvorsprung der Bundesbürger zuteil. Der Umstand, dass einer deutschen Beteiligung an den Battlegroups, dem „militärischsten“ aller vorhandenen ESVP-Instrumente, so deutlich zugesprochen wird, obwohl diese weitgehend unbekannt sind, reflektiert dabei offenbar ein erstaunlich hohes Vertrauen in die EU als sicherheitspolitischen Akteur.

# 7 Sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen im Vergleich: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA

*Rüdiger Fiebig*

---

## 7.1 Einleitung

In der Bevölkerungsumfrage 2006 wurde erstmals eine komparative Online-Erhebung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen mit jeweils gut 1 000 Befragten aus vier Ländern durchgeführt. Sie soll Fragen beantworten helfen nach Unterschieden der sicherheits- und verteidigungspolitischen Präferenzen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA.

Fragestellungen dieser Art erlangen mit der zunehmenden Involvierung Deutschlands in militärische Auslandseinsätze immer größere Aktualität. Dadurch, dass Soldaten der Bundeswehr in Einsätzen im Ausland nahezu ausnahmslos an multinationalen Operationen beteiligt sind, operieren sie in fast jedem Fall in einem sensiblen Geflecht aus nationalspezifischen Eigenheiten und multinationaler Einbindung. Die Akzeptanzgrenzen für militärische Maßnahmen werden dabei durch die eigene Bevölkerung gesetzt. Sie legen letztlich fest, mit welchen Zielen und Mitteln eine Nation ihre Streitkräfte einsetzen kann. Konflikte um eine Ausweitung des deutschen ISAF-Mandates in Afghanistan haben ihre Ursache auch in bestimmten Vorstellungen über die Art des militärischen Engagements, welche die jeweilige Öffentlichkeit bereit ist mitzutragen. Daher ist es von großer Bedeutung, diese Grenzen nicht nur für die eigene Bevölkerung zu untersuchen, sondern auch aus komparativer Perspektive mit anderen Ländern zu vergleichen. So lassen sich auf der Grundlage gewonnener Erkenntnisse über unterschiedliche Sichtweisen nationaler Streitkräfte und verteidigungspolitischer Ziele Anhaltspunkte gewinnen, die eine künftige Kooperation sowohl auf der politischen wie auch auf der militärischen Ebene erleichtern können.

## 7.2 Vorstellungen zu den Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Antwort auf die Frage nach den bevorzugten sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielen in den vier Ländern offenbart bereits deutlich abweichende Vorstellungen über die sicherheitspolitische Rolle der vier Staaten in der Welt.

**Tabelle 25: Vorstellungen zu den Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik**

Frage: „Welche Ziele sollte [Nation] <sup>1</sup> im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen? Stimmen Sie den folgenden Zielen zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent) <sup>2</sup>				
	Deutsch-land	Frankreich	Großbri-tannien	USA
[Nation] und seine Bürgerinnen und Bürger vor Krieg und Terror schützen	87	84	81	88
Den Frieden in der Welt sichern helfen	75	77	64	61
Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen	63	73	51	53
Den Wohlstand der [Nation] sichern	68	76	56	66
Den Konflikt im Nahen Osten bewältigen helfen	43	43	24	34
[Nation]s Macht und Einfluss in der Welt sichern	35	51	40	55
Die Geltung der Menschenrechte weltweit fördern	77	72	56	65
Die Versorgung der [Nation] mit Energie und Rohstoffen sichern	77	72	68	74
Den freien und ungehinderten Welthandel sichern	55	39	46	50
[Nation]s Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren	22	44	31	40
Die atomare Bewaffnung Irans verhindern	59	63	48	67
Die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern	73	62	55	57
Armut und Unterentwicklung in der Welt bekämpfen	61	63	51	49

Anmerkungen: 1) Anpassung der Nationen für das jeweilige Land der Befragung; [Nation] = Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA; 2) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Übereinstimmend wird als Grundaufgabe staatlicher Verteidigungspolitik der Schutz der Nation und seiner Bürger vor Krieg und Terror gesehen. Die Zustimmung dafür reicht von 81 Prozent in Großbritannien bis hin zu 88 Prozent in den Vereinigten Staaten. Bereits das zweitwichtigste Item für die Deutschen, „den Frieden in der Welt sichern helfen“, findet in Frankreich ebenfalls hohe Zustimmung, wird in Großbritannien und den USA jedoch als deutlich weniger wichtig erachtet. Ähnliches ist bei einer Reihe von anderen sicherheitspolitischen Zielen zu beobachten, nämlich bei der Förderung der Achtung von Menschenrechten auf der Welt, wo 77 Prozent Zustimmung in Deutschland 56 Prozent in Großbritannien entgegenstehen, sowie beim Item „die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern“, wo Deutschland mit 72 Prozent ebenfalls den höchsten Zustimmungswert aufweist und Großbritannien mit 55 Prozent den geringsten.

Besonders geringe Zustimmungswerte weist Deutschland dagegen bei der Frage nach der Sicherung deutscher Macht und deutschen Einflusses in der Welt aus. Nur 35 Prozent stimmen diesem Item zu, im Gegensatz zu 40 Prozent der Briten, 51 Prozent der Franzosen und 55 Prozent der US-Bürger.

Das Meinungsbild zu den präferierten Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik lässt vermuten, dass bereits auf der abstrakten Ebene der Außenpolitik in den vier Ländern unterschiedliche Grundeinstellungen zur Rolle der jeweiligen Staaten auf der internationalen Bühne zu beobachten sind. Während die deutsche und französische Bevölkerung normativ definierten Zielen wie der Durchsetzung von Völkerrecht und Menschenrechten auf der Welt in hohem Maße zustimmt, scheinen Briten und besonders US-Bürger größeres Gewicht auf materielle Ziele wie der Sicherung von Macht und Einfluss, oder auch der Eindämmung des iranischen Atomprogramms zu legen. Kernaufgaben, welche die Sicherheit und Integrität eines Staates schützen sollen, werden hingegen von der Bevölkerung aller vier betrachteten Länder gleichermaßen unterstützt. Die Unterschiede lassen sich somit primär an der harten machtpolitischen Dimension festmachen, bei der „Soft Power“ durch Völkerrecht und Menschenrechte der „Hard Power“ militärischer und wirtschaftlicher Stärke gegenübersteht.

### **7.3 Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland**

Die Bereiche, die in den vier Ländern als primäre Aufgabe der nationalen Streitkräfte im Ausland angesehen werden, korrespondieren in nachvollziehbarer Weise mit den präferierten außen- und sicherheitspolitischen Zielen, die im vorangehenden Abschnitt untersucht wurden.

Tabelle 26 zeigt die Anteile der Bevölkerung der einzelnen Länder, die einem bestimmten Einsatzszenario zustimmen würden. Aufgaben im Ausland, die der Dimension des Schutzes des eigenen Staates und seiner Bürger (aus der Frage nach den sicherheitspolitischen Zielen weiter oben) zuzuordnen sind, finden erneut relativ hohe Zustimmungswerte in allen betrachteten Ländern. So stimmen zum Beispiel der Verhinderung eines terroristischen Anschlags auf das eigene Land oder der Befreiung eigener Staatsbürger aus der Hand von Geiselnemern durch das Militär deutlich mehr als die Hälfte der Bürger zu, wobei die Zustimmungswerte der deutschen Bevölkerung mit rund 60 Prozent am geringsten ausfallen. Ebenfalls in allen Staaten mehrheitlich befürwortet werden humanitäre Hilfsaktionen im Ausland, wobei hier eine besonders große Zustim-

mung in Deutschland und Frankreich, eine geringere in Großbritannien und den USA vorliegt. Geringe Zustimmung in allen betrachteten Ländern finden dagegen militärische Operationen mit humanitärem Hintergrund, die nicht nur reine Hilfseinsätze sind, sondern eventuell auch Kampfhandlungen nötig machen würden. So finden Militäreinsätze zur Stabilisierung einer Krisenregion im Nahen Osten bzw. in Afrika oder zur Absicherung demokratischer Wahlen nur rund 30 Prozent Befürworter unter den Befragten. Deutliche Abweichungen zwischen den untersuchten Ländern ergeben sich bei Einsätzen zur Bekämpfung von Terrorismus und nuklearer Proliferation. Besonders die Abweichungen zwischen Deutschland, dessen Bevölkerung solchen Militäreinsätzen kritisch gegenübersteht, und den Vereinigten Staaten, deren Bürger solche Aufgaben für das Militär durchaus zustimmend betrachten, weist hier auf bestehende Abweichungen in den sicherheitspolitischen Präferenzen hin, die bereits im vorherigen Abschnitt sichtbar wurden.

**Tabelle 26: Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland**

Frage: „Welche Aufgaben sollten die [nationalen] Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen?“ (Angaben in Prozent) <sup>1</sup>				
Die [nationalen] Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	80	78	64	77
um einen terroristischen Anschlag auf das eigene Land zu verhindern.	65	75	76	86
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	63	69	52	43
um eigene Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	62	80	71	85
um einen Völkermord zu verhindern.	56	76	58	65
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	52	55	53	64
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	50	68	53	67
um die Versorgung mit Energie und Rostoffen zu sichern.	43	43	40	63
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	41	52	39	62
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	38	58	42	56
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	38	36	28	35
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	33	35	30	44
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	31	37	30	32
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	18	39	30	38

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.  
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 7.4 Generelle Einstellungen zu den nationalen Streitkräften

Neben den rein praktischen Erwägungen zu den Aufgaben, die militärische Streitkräfte eines Landes im Ausland übernehmen sollten, sind auch allgemeine Einstellungen zum Militär für die sicherheitspolitische Meinungsbildung der Öffentlichkeit von Bedeutung, da der einzelne Bürger seine Einstellungen besonders in Themenbereichen mit geringer persönlicher Involvierung oftmals aus allgemeinen, generellen Wertorientierungen ableitet. Der folgende Abschnitt soll diese Grundhaltungen zu den nationalen Streitkräften genauer beleuchten.

**Tabelle 27: Einstellungen zu den nationalen Streitkräften**

Frage: „Was halten Sie persönlich von den [nationalen] Streitkräften? Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent) <sup>2</sup>				
	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
Es ist ganz selbstverständlich, dass [Nation] <sup>1</sup> wie andere Länder auch eigene Streitkräfte hat.	66	69	80	90
Die [nationalen] Streitkräfte sind ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft.	58	62	66	82
Die [nationalen] Streitkräfte sind ein Fremdkörper in der [nationalen] Gesellschaft.	7	12	10	12
Ich empfinde für die [nationalen] Streitkräfte ein Gefühl der Dankbarkeit.	30	52	64	87
In Anbetracht ihrer Leistungen im In- und Ausland kann man auf die [nationalen] Streitkräfte stolz sein.	42	53	66	87
Ich empfinde für die [nationalen] Streitkräfte ein Gefühl der Abneigung.	9	6	10	15
Die [nationalen] Streitkräfte haben sich bei ihren Einsätzen im In- und Ausland als sehr nützlich erwiesen.	47	52	68	82
Die [nationalen] Streitkräfte werden nach wie vor gebraucht, um die Sicherheit [Nation]s zu gewährleisten.	56	71	74	85
Die [nationalen] Streitkräfte haben in der heutigen Zeit keine richtigen Aufgaben mehr und sind eigentlich überflüssig.	15	10	6	6
Alles in allem vertrete ich eine positive Haltung zu den [nationalen] Streitkräften.	55	65	71	87

Anmerkungen: 1) Anpassung der Nationen für das jeweilige Land der Befragung; [Nation] = Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA; 2) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Tabelle 27 zeigt die Anteile der Befragten in den einzelnen Ländern, die bestimmten Aussagen über ihre nationalen Streitkräfte zustimmten. Im Antwortverhalten lässt sich dabei eine ungefähre Rangfolge ausmachen, bei der deutsche Befragte die kritischsten Meinungen vertreten, während die US-Bevölkerung jeweils die höchsten Zustim-

mungswerte erkennen lässt. Die dabei abgefragten Items lassen sich grob in drei Dimensionen ordnen, die durch Nützlichkeitsüberlegungen, emotionale, affektive Gefühle und Selbstverständlichkeit der Existenz nationaler Streitkräfte definiert sind. Die größten Unterschiede zwischen den Einstellungen in einzelnen Staaten lassen sich dabei auf der emotionalen Dimension ausmachen. Während in den USA ein Gefühl der Dankbarkeit und des Stolzes gegenüber den nationalen Streitkräften mit 87 Prozent weit verbreitet ist und auch in Frankreich und Großbritannien von mehr als 50 Prozent der Befragten vertreten wird, treffen solche Einstellungen nur bei weniger als der Hälfte der Deutschen auf Zustimmung. Bei den Überlegungen zur Nützlichkeit der Streitkräfte und der Selbstverständlichkeit ihrer Existenz fallen ebenfalls deutliche Unterschiede auf, die denen bei den emotionalen Faktoren entsprechen.

Um zu prüfen, welche der genannten Dimensionen „Nützlichkeit“, „emotionale Bindung“ und „selbstverständliche Existenz“ letztlich die allgemeine Haltung zu den nationalen Streitkräften am stärksten beeinflussen, wurden die einzelnen Dimensionen jeweils als Index in ein multivariates Regressionsmodell eingeführt. Die Ergebnisse in Tabelle 28 lassen anhand der dargestellten Beta-Werte erkennen, welche Dimensionen in den einzelnen Ländern die Akzeptanz der nationalen Streitkräfte am stärksten beeinflussen, ob also z. B. die Überzeugung, die Bundeswehr sei nützlich für die Sicherheitspolitik Deutschlands, auch die Grundeinstellung zu den deutschen Streitkräften positiv beeinflusst. Insbesondere in den USA und in Großbritannien erscheint die emotionale Bindung an die nationalen Streitkräfte als wichtigster Faktor für eine positive Grundeinstellung. Selbstverständliche Existenz hingegen, die vor allem in Deutschland große Wirkung ausübt, ist in den USA fast vollkommen unbedeutend, während die Nützlichkeit in allen vier Ländern relativ geringe Werte aufweist. Der Anteil der durch die Modelle jeweils erklärten Varianz, der Wert  $R^2$ , macht deutlich, dass die multivariaten Modelle in allen vier Ländern mit etwa 70 Prozent erklärter Varianz eine sehr große Erklärungskraft entfalten, dass also die Streitkräfteakzeptanz in der Bevölkerung in hohem Maße durch die Faktoren „selbstverständliche Existenz“, „emotionale Bindung“ sowie „Nützlichkeit“ bestimmt wird. Die Unterschiede der Effekte zwischen einzelnen Ländern lässt dabei Rückschlüsse zu auf den Stellenwert und die Sichtweise der Bevölkerung auf ihre Streitkräfte. Während in den USA die Selbstverständlichkeit der Existenz amerikanischer Streitkräfte überhaupt nicht zur Debatte steht, daher ein hoher Wert auf diesem Faktor auch die Streitkräfteakzeptanz nur geringfügig erhöht, wurde in der Bundesrepublik die Existenz der Bundeswehr seit der Wiederbewaffnung durchaus in Frage



gestellt. Die Überzeugung, die Bundeswehr sei für Deutschland selbstverständlich, scheint dementsprechend auch die generelle Haltung der Deutschen zu ihren Streitkräften positiv zu beeinflussen.

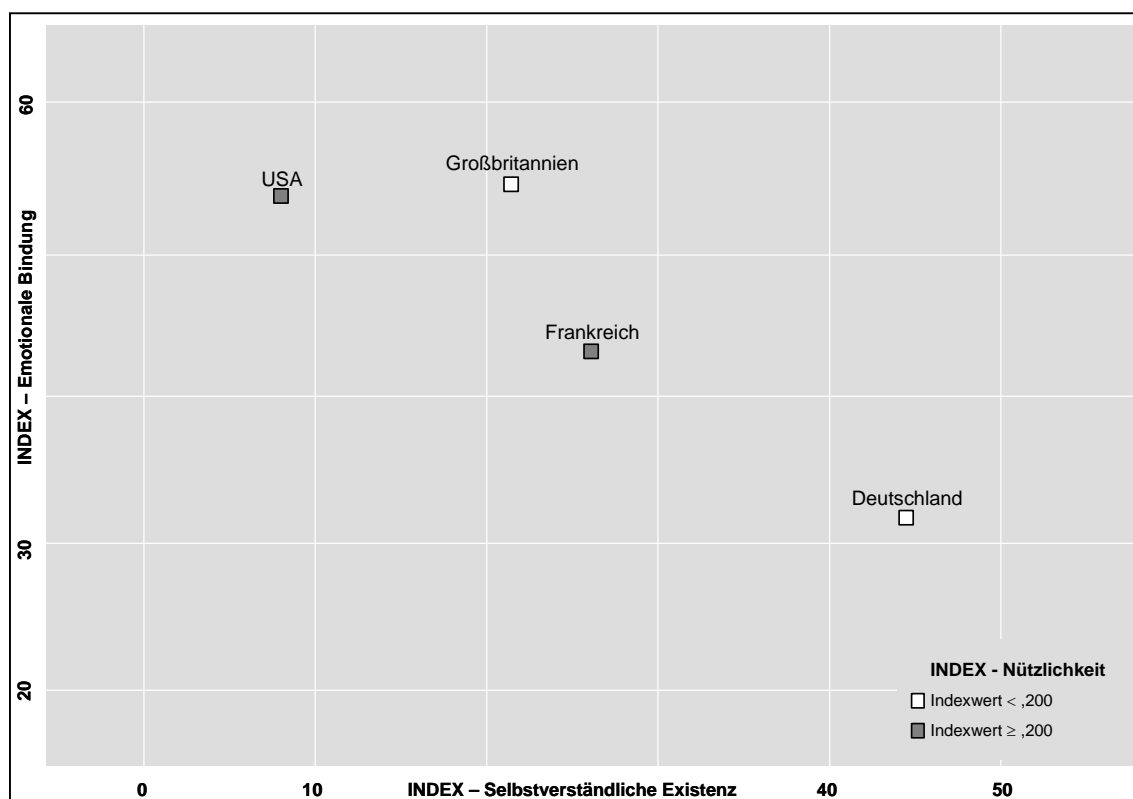
**Tabelle 28: Determinanten der Streitkräfteakzeptanz**

	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
INDEX – Selbstverständliche Existenz <sup>1</sup>	,447 (17,5 <sup>4</sup> / ,000 <sup>5</sup> )	,263 (9,0 / ,000)	,213 (7,5 / ,000)	,085 (3,2 / ,001)
INDEX – Emotionale Bindung <sup>2</sup>	,317 (11,7 / ,000)	,435 (14,4 / ,000)	,546 (18,5 / ,000)	,537 (19,3 / ,000)
INDEX – Nützlichkeit <sup>3</sup>	,182 (5,8 / ,000)	,212 (6,1 / ,000)	,179 (5,3 / ,000)	,292 (10,2 / ,000)
R <sup>2</sup>	,728	,690	,787	,715

Anmerkungen: 1) INDEX – Selbstverständliche Existenz; 2) INDEX – Emotionale Bindung; 3) INDEX – Nützlichkeit; 4) T-Wert; 5) Signifikanz.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

**Abbildung 9: Determinanten der Streitkräfteakzeptanz**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 7.5 Fazit

Die internationale Vergleichsstudie im Rahmen der SOWI-Bevölkerungsumfrage 2006 konnte eine Reihe von Einstellungskomplexen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den untersuchten Ländern identifizieren, die deutlich voneinander abweichen. Während die deutsche Bevölkerung sowohl aufgrund der Ziele, für die sie ihre nationalen Streitkräfte eingesetzt sehen will, als auch durch ihre Grundhaltungen zur Bundeswehr mit Abstand die pazifistischste Orientierung aufweist, herrscht in den übrigen Ländern, insbesondere in den USA, eine eher sachlich-rationale Sicht auf das Militär vor, das als geeignetes Mittel zur Lösung einer Vielzahl internationaler Probleme wahrgenommen wird. Gleichzeitig herrscht in den drei übrigen betrachteten Ländern im Unterschied zur Bundesrepublik eine affektive Haltung zu den eigenen Streitkräften vor, die geprägt ist von Gefühlen wie Stolz und Dankbarkeit.

Diese Erkenntnisse sollten bei der Bewertung von Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands grundsätzlich berücksichtigt werden, da sie deutlich machen, dass z. B. die Zustimmung oder Ablehnung militärischer Einsätze im Ausland in den einzelnen Ländern nicht nur tagesaktuell begründet sind, sondern auch auf tief liegende historische und gesellschaftliche Faktoren zurückgeführt werden können, die die Beziehungen der Bevölkerung zu ihren Streitkräften prägen.

# 8 Öffentliche Einrichtungen im Urteil der Bundesbürger

*Rüdiger Fiebig*

---

## 8.1 Einleitung

Die Bundeswehr steht wie andere öffentliche Einrichtungen und Institutionen des Landes im Licht der Öffentlichkeit und dadurch häufig auch in der Kritik. Ihre Leistungen sowohl im Inland als auch im Auslandseinsatz werden dabei kontinuierlich so bewertet, wie die Bürger auch andere Institutionen, z. B. die Polizei, die Bundesregierung, oder auch politische Parteien nach ihrer Leistungsfähigkeit und Effizienz bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben bewerten.

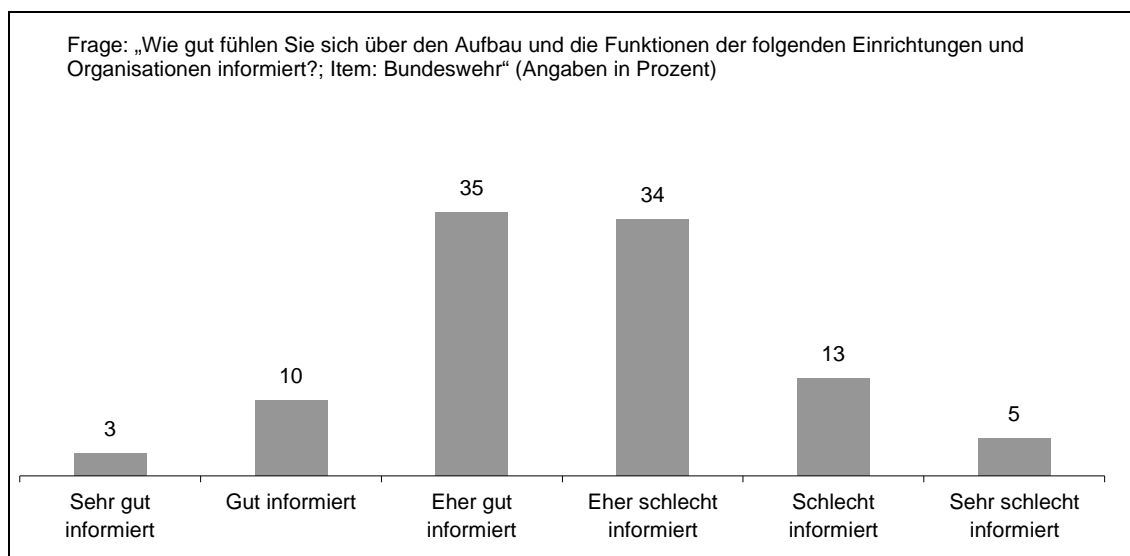
Im Mittelpunkt des folgenden Abschnitts steht daher die Frage, wie die Bundeswehr im Vergleich zu anderen Institutionen beurteilt wird. Dabei werden drei Dimensionen betrachtet, die für die Bürger kognitiv eng verknüpft sind: (1) der Grad an Informiertheit über die jeweilige Einrichtung bzw. Organisation, (2) die Bewertung ihrer Aufgabenerfüllung sowie (3) das Vertrauen, das der Bürger ihr entgegenbringt. In der Untersuchung der drei Komponenten wird dabei davon ausgegangen, dass das Vertrauen der Bürger in Institutionen direkt von der wahrgenommenen Aufgabenerfüllung einer Institution abhängt. Der Informationsgrad kann in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, sollte sich aber nicht zwangsläufig auf Vertrauen und Wahrnehmung der Aufgabenerfüllung auswirken, denn die Bewertung der Bürger stützt sich häufig weniger auf objektives Abwägen auf der Grundlage vorhandener Informationen denn auf ein subjektives „Bauchgefühl“, das eher auf längerfristigen affektiven Gefühlen und auch vergangenen Erfahrungen beruht.

Im Rahmen dieser Studie werden ganz unterschiedliche Einrichtungen bzw. Organisationen aus verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und Aufgabenfeldern betrachtet. Zur Auswahl gehören die Bundesagentur für Arbeit, die öffentlichen Schulen, die Kirchen, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung, die Gewerkschaften, der Bundestag, die politischen Parteien, das Bundeskriminalamt, der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, die Polizei und die Bundeswehr.

## 8.2 Informiertheit über den Aufbau und die Funktionen öffentlicher Einrichtungen

Der wahrgenommene Informationsgrad der Bürger über die einzelnen Institutionen wurde in der Bevölkerungsumfrage durch die Frage „Wie gut fühlen Sie sich über den Aufbau und die Funktionen der folgenden Einrichtungen und Organisationen informiert?“ abgefragt, auf die der Befragte mit einer sechsstufigen Skala von „sehr gut informiert“ bis „sehr schlecht informiert“ antworten konnte. Die Bürger geben dabei für die Bundeswehr, eine Organisation die ihnen in ihrer Lebenswelt meist eher fern steht, ein Urteil ab, das einen höheren Informationsgrad vermuten lässt, als das geringe Maß an persönlicher Involvierung erwarten ließe. Zwar fühlen sich weniger als die Hälfte der Befragten über Aufbau und Funktionen der Bundeswehr eher gut, gut oder sehr gut informiert, jedoch relativiert Tabelle 29 das Bild in gewissem Umfang, durch den Vergleich mit anderen Einrichtungen.

**Abbildung 10: Informiertheit über den Aufbau und die Funktion der Bundeswehr**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Die Bundeswehr nimmt dabei den fünften Platz ein, unmittelbar nach dem Bundestag, der gesetzlichen Krankenversicherung, der Polizei und den öffentlichen Schulen. Der wahrgenommene Informationsgrad ist insgesamt eher als mäßig zu bezeichnen, lediglich über vier der abgefragten 14 Institutionen fühlen sich die Bürger eher gut, gut oder sehr gut informiert, und selbst Organisationen wie die Bundesagentur für Arbeit, der in der persönlichen Lebenswelt der Deutschen und in ihrer unmittelbaren sozioökonomi-

schen Situation eine oft weitaus größere Rolle zukommt als der Bundeswehr, schneiden hier mit weit über 50 Prozent schlecht informierten Befragten deutlich negativer ab.

**Tabelle 29: Informiertheit über den Aufbau und die Funktionen öffentlicher Einrichtungen**

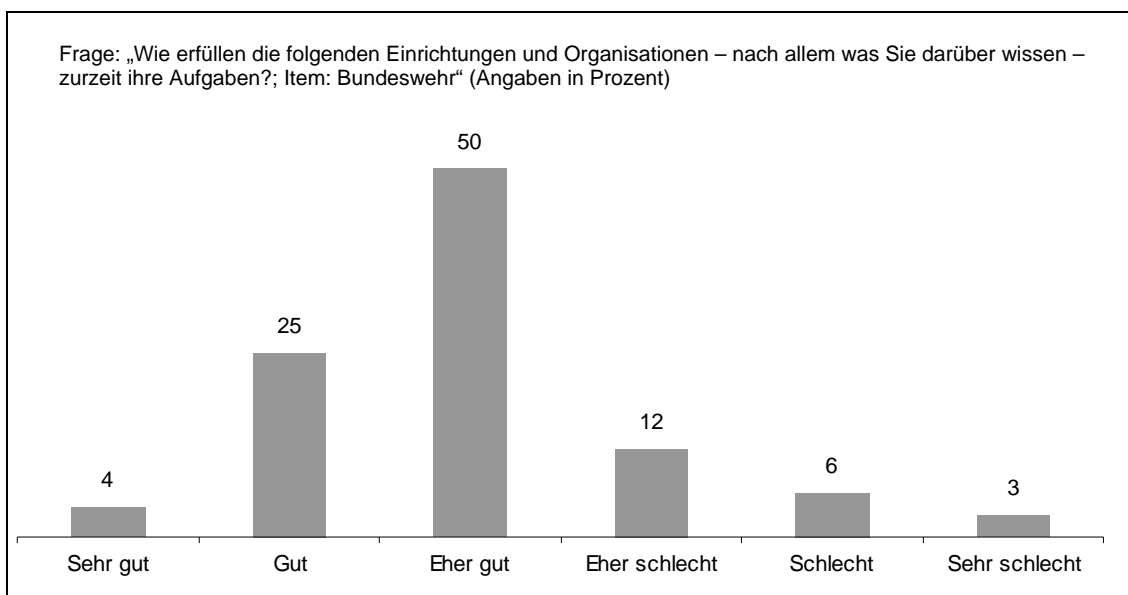
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich über den Aufbau und die Funktionen der folgenden Einrichtungen und Organisationen informiert?“ (Angaben in Prozent)				
	(Sehr) gut informiert	Eher gut informiert	Eher schlecht informiert	(Sehr) schlecht informiert
Öffentliche Schulen	24	41	24	11
Polizei	17	43	27	13
Gesetzliche Krankenversicherung	14	40	29	17
Deutscher Bundestag	15	37	29	19
<b>Bundeswehr</b>	<b>13</b>	<b>35</b>	<b>34</b>	<b>18</b>
Katholische Kirche	15	30	26	29
Gesetzliche Rentenversicherung	12	34	33	21
Evangelische Kirche	14	29	31	26
Politische Parteien	13	31	33	23
Gewerkschaften	11	32	33	24
Bundesagentur für Arbeit	10	28	34	28
Bundeskriminalamt	7	20	39	34
Verfassungsschutz	6	17	36	41
Bundesnachrichtendienst	5	19	31	45

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

### 8.3 Bewertung der Aufgabenerfüllung öffentlicher Einrichtungen

Bei der Frage nach der Performanz der einzelnen öffentlichen Einrichtungen erreicht die Bundeswehr im Urteil der Bürger ein sehr gutes Ergebnis. 79 Prozent der Befragten sind der Ansicht, die Bundeswehr erfülle ihre Aufgaben eher gut, gut, oder sogar sehr gut. Dies wird von der Polizei nur knapp übertroffen, wo 80 Prozent dieser Meinung sind. Während die öffentlichen Schulen, die Kirchen sowie Sicherheitsorgane wie der Verfassungsschutz oder das BKA mit jeweils mehr als 50 Prozent wahrgenommener guter Aufgabenerfüllung noch relativ akzeptabel bewertet wurden, schneiden die übrigen Institutionen teils erheblich schlechter ab. Gewerkschaften, der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, dem Bundestag, den politischen Parteien sowie der Bundesagentur für Arbeit werden von 58 bis 81 Prozent der Bürger eine schlechte Erfüllung ihrer Aufgaben attestiert.

**Abbildung 11: Bewertung der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

**Tabelle 30: Bewertung der Aufgabenerfüllung öffentlicher Einrichtungen**

Frage: „Wie erfüllen die folgenden Einrichtungen und Organisationen – nach allem was Sie darüber wissen – zurzeit ihre Aufgaben?“ (Angaben in Prozent)

	(Sehr) gut	Eher gut	Eher schlecht	(Sehr) schlecht
Polizei	35	45	12	8
<b>Bundeswehr</b>	<b>29</b>	<b>50</b>	<b>12</b>	<b>9</b>
Bundeskriminalamt	24	48	16	12
Öffentliche Schulen	23	43	23	11
Evangelische Kirche	21	47	16	16
Bundesnachrichtendienst	19	39	22	20
Katholische Kirche	18	39	22	21
Verfassungsschutz	15	40	25	20
Gewerkschaften	10	32	36	22
Gesetzliche Krankenversicherung	9	33	35	23
Gesetzliche Rentenversicherung	9	28	34	29
Deutscher Bundestag	9	26	32	33
Bundesagentur für Arbeit	5	18	35	42
Politische Parteien	4	15	34	47

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

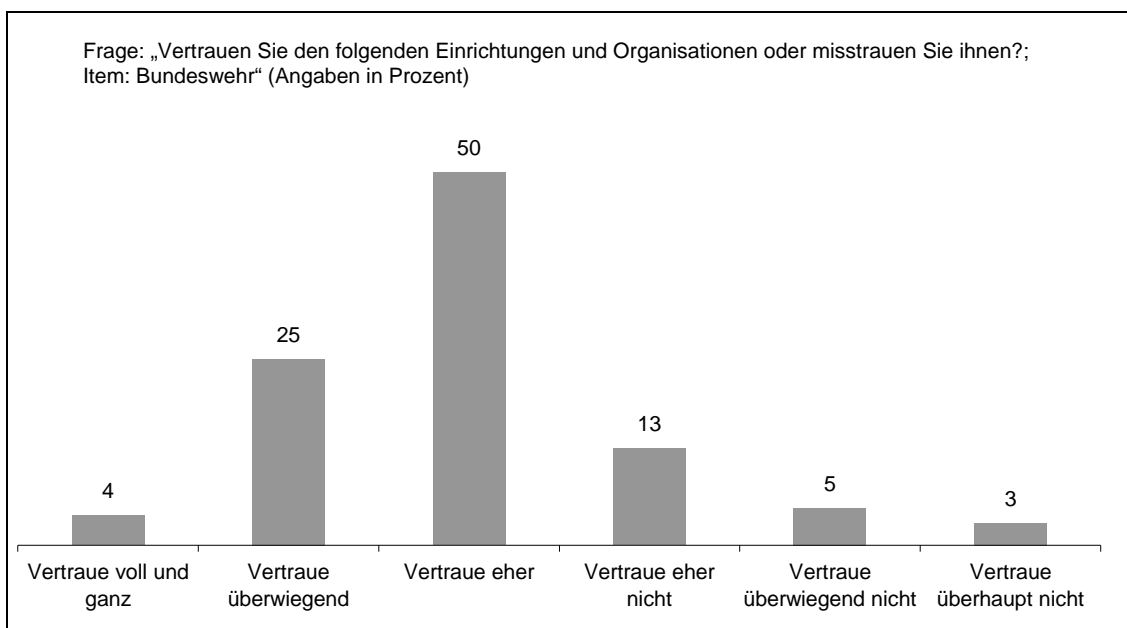
Auffällig ist dabei die Ausrichtung dieser Institutionen an sozioökonomischen Themenbereichen. Während der Bürger die Aufgabenerfüllung von besonders positiv bewerteten Einrichtungen wie der Polizei oder der Bundeswehr meist nur in Not- oder Krisensi-

tuationen wirklich persönlich wahrnimmt, ist die Leistung von gesetzlichen Versicherungen oder der Bundesagentur für Arbeit für viele Menschen tagtäglich beim Blick in den eigenen Geldbeutel spürbar und das Urteil oft dementsprechend kritisch. Ebenfalls oft von sozioökonomischen Motiven getragen ist die starke Kritik der Bürger an der Arbeit politischer Akteure wie dem Bundestag oder den politischen Parteien, denen nur neun bzw. vier Prozent der Befragten eine gute oder sehr gute Aufgabenerfüllung bescheinigen.

#### **8.4 Vertrauen in öffentliche Einrichtungen**

Das Vertrauen der Deutschen in die Institution Bundeswehr wie auch in die übrigen abgefragten öffentlichen Einrichtungen verläuft größtenteils fast deckungsgleich zum Maß der Performanz, das die Befragten den jeweiligen Institutionen zusprechen. 79 Prozent vertrauen der Bundeswehr voll und ganz, vertrauen ihr überwiegend oder vertrauen ihr eher, wobei wie schon im Falle der Aufgabenerfüllung nur die Polizei mit 80 Prozent einen noch besseren Wert aufweist. Auch die Aufteilung in Institutionen, die eher einen Sicherheitscharakter besitzen und in solche, die im regulären Alltag der Bürger tatsächliche Leistungen, vor allem finanzieller Natur, erbringen müssen, schlägt sich wie schon bei der wahrgenommenen Performanz auch im Vertrauen nieder. So misstrauen z. B. 60 Prozent der Befragten der gesetzlichen Rentenversicherung und 77 Prozent der Bundesagentur für Arbeit. Andererseits ist das Vertrauen in Institutionen, bei denen Vertrauen schon nach ihrer Aufgabenstellung eher schwer zu gewinnen ist, wie z. B. im Falle des Bundesnachrichtendienstes oder des Verfassungsschutzes mit 48 bzw. 51 Prozent bemerkenswert hoch. Dies weist bereits hin auf die eingangs aufgestellte These, nach der Vertrauen in öffentliche Einrichtungen sich weniger aus dem Informationsstand der Bürger ableitet als aus der Wahrnehmung, in welchem Maße eine Institution die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt.

**Abbildung 12: Vertrauen in die Bundeswehr**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

**Tabelle 31: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen**

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“  
(Angaben in Prozent)

	Vertraue <sup>1</sup>	Vertraue eher	Vertraue eher nicht	Vertraue nicht <sup>2</sup>
Polizei	35	45	11	9
<b>Bundeswehr</b>	<b>29</b>	<b>50</b>	<b>13</b>	<b>8</b>
Öffentliche Schulen	28	49	16	7
Bundeskriminalamt	21	47	17	15
Evangelische Kirche	20	42	19	19
Katholische Kirche	17	36	21	26
Verfassungsschutz	14	37	26	23
Bundesnachrichtendienst	13	35	26	26
Gesetzliche Krankenversicherung	11	38	29	22
Gewerkschaften	11	38	28	23
Deutscher Bundestag	10	32	27	31
Gesetzliche Rentenversicherung	7	33	30	30
Bundesagentur für Arbeit	5	23	35	37
Politische Parteien	4	17	32	47

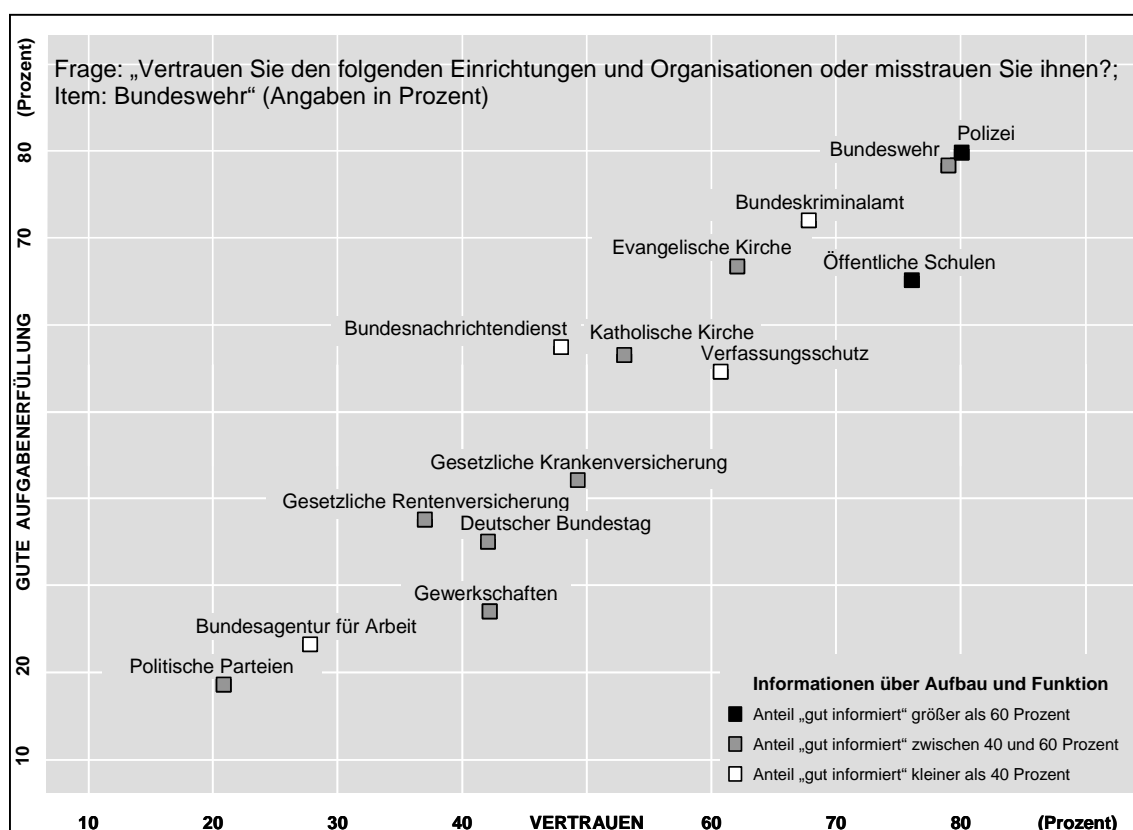
Anmerkungen: 1) Anteile „Vertraue voll und ganz“ und „Vertraue überwiegend“ zusammengefasst; 2) Anteile „Vertraue überhaupt nicht“ und „Vertraue überwiegend nicht“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.



Abbildung 13 macht den Zusammenhang zwischen Aufgabenerfüllung und Vertrauen deutlich, während das Informationsniveau, in der Grafik als Schattierung der einzelnen Punkte dargestellt, das Vertrauen nicht zu beeinflussen scheint. Das Vertrauen in Institutionen besteht offenbar vielmehr aus einem stark subjektiven Gefühl, das die selbstverständliche Erwartung enthält, dass eine Institution die ihr übertragenen Aufgaben zuverlässig und tatkräftig erfüllen wird. Ähnlich wie ein schnelles und effektives Auftreten der Polizei nach dem Wählen der Nummer „110“ als selbstverständlich angenommen wird, auch wenn der Bürger keine fundierten Informationen über die Polizei und ihre Organisation besitzt, lässt sich auch die Meinung der Bevölkerung über die Bundeswehr einschätzen. Menschen, welche die zahlreichen Einsätze der Bundeswehr z. B. bei Überschwemmungen im Inland persönlich oder auch durch die Medien wahrnehmen, entwickeln ein gewisses Grundvertrauen, das sich nicht aus Fachwissen, sondern aus positiven Erfahrungen speist.

**Abbildung 13: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 8.5 Fazit

Kernerkenntnis des Kapitels ist der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in eine öffentliche Einrichtung und der wahrgenommenen Aufgabenerfüllung derselben, unabhängig vom tatsächlichen Informationsstand des Individuums. Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr nicht, weil sie detaillierte Kenntnisse über ihren Aufbau und Abläufe haben, sondern weil sie aus positiven Erfahrungen, beispielsweise den Leistungen der Bundeswehr bei Einsätzen im Inland Schlüsse ziehen. Dadurch, dass dieses Vertrauen jedoch in vielen Fällen keine sachkundige Fundierung aufweist, ist es auch anfällig für kurzfristigen Einstellungswandel, der z. B. durch negative Medienberichterstattung ausgelöst werden kann.

Da das Wissen der Bürger insbesondere über Auslandseinsätze der Bundeswehr eher begrenzt ist, besteht die Gefahr, dass das grundsätzliche Vertrauen in die deutschen Streitkräfte beeinträchtigt werden kann, wenn die Leistungen der Bundeswehr und die Ziele, die mit Auslandseinsätzen verfolgt werden, nicht klar und prägnant vermittelt werden. Je mehr die Öffentlichkeit andererseits die Ziele der jeweiligen Auslandseinsätze versteht und über die positiven Auswirkungen der Einsätze erfährt, desto weniger anfällig wird sie sein für plötzliche Umschwünge im Stimmungsbild durch vermeintliche oder tatsächliche negative Ereignisse oder Vorfälle und die damit verknüpfte Medienberichterstattung.

# 9 Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr

*Thomas Bulmahn*

---

## 9.1 Einleitung

Was die Menschen in Deutschland über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wissen, was sie von der Bundeswehr und ihren Aufgaben halten, ob sie die Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten oder ablehnen, was sie über die Wehrpflicht und die Pflege militärischer Traditionen denken: All diese Kenntnisse, Einstellungen und Meinungen werden von den Medien mit geformt. Die Berichte im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften, im Radio und im Internet beeinflussen schon jetzt das öffentliche Bild von den deutschen Streitkräften. In Anbetracht der Entwicklungen in Militär und Gesellschaft kann man davon ausgehen, dass die Medienbilder weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Der Bedeutungszuwachs der Medien ist zunächst einmal auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen. Wie die meisten westlichen Gesellschaften hat auch die Bundesrepublik Deutschland einen tiefgreifenden Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft vollzogen. Die Herstellung, Verarbeitung, Verteilung und Speicherung von Informationen mit elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien spielt in allen gesellschaftlichen Bereichen eine immer wichtigere Rolle, ob in der Wirtschaft, in der Politik, der Verwaltung oder der Alltagskultur (vgl. u. a. Löffelholz und Altmeyen 1994). Die zunehmende Nutzung des Internets beschleunigt die bereits laufenden Prozesse der Virtualisierung und Vernetzung von Kommunikation und Information. Diesen Veränderungen können sich auch die Streitkräfte nicht entziehen; sie sind mit den eigenen Informationsangeboten im Bereich der elektronischen und Neuen Medien vielmehr Teil der Entwicklung und sie versuchen, diese mit zu gestalten.

Ein zunehmender Einfluss der Medien ergibt sich darüber hinaus aus dem veränderten Aufgabenspektrum der Bundeswehr und den damit verbundenen Strukturanpassungen. „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit ihre wahrscheinlicheren Aufgaben. Sie sind strukturbestimmend und prägen maßgeblich Fähigkeiten, Führungssysteme, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr.“ (Bundesministerium der

Verteidigung 2006: 72) Die Verkleinerung der Bundeswehr und die damit verbundene Verringerung der Zahl der Soldaten, der zivilen Beschäftigten, der Standorte und der Wehrpflichtigen trägt dazu bei, dass immer weniger Menschen in Deutschland persönlich mit der Bundeswehr in Kontakt kommen. Wichtiger noch ist die Tatsache, dass die Bundeswehr bei der Bewältigung der Auslandseinsätze für die Bevölkerung nicht unmittelbar sichtbar in Erscheinung tritt. Anders als etwa bei den Hilfseinsätzen an Elbe und Oder ist die öffentliche Präsenz bei der Aufgabenerfüllung nicht mehr gegeben. An die Stelle des authentischen Erlebens tritt immer öfter das medial vermittelte Dabeisein.

Diese Verschiebung der Wahrnehmungsformen bleibt nach vorliegenden Erkenntnissen der Medienforschung nicht ohne Wirkung: Sowohl Wissensbestände als auch Einstellungen werden davon beeinflusst (vgl. unter anderem Elsner et al. 1994).

Die medial konstruierte Wirklichkeit ist zudem hoch selektiv. Es sind wenige Journalisten, die aus den Einsätzen berichten, die die Meldungen schreiben und die Bilder produzieren über deutsche Soldaten in Afghanistan oder auf dem Balkan. Und es sind wenige Redakteure in den Redaktionen der Zeitungen, der Radio- und Fernsehsender oder der Internetmedien, die den Nachrichtenwert dieser Meldungen und Bilder beurteilen und darüber entscheiden, was davon veröffentlicht wird (zur „Gatekeeper-Funktion“ von Journalisten vgl. White 1950 und Breed 1973; zu Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen in den Medien vgl. Weischenberg 1994: 435ff.).

Um zu verstehen, wie das sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild in Deutschland entsteht und warum es sich möglicherweise verändert, muss man auch danach fragen, bei welchen Anlässen, über welche Themen die Medien berichten und inwieweit diese Medienbilder die öffentliche Meinung beeinflussen. Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

## **9.2 Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien**

Die folgenden Analysen basieren auf den Ausgaben von acht ausgewählten Tageszeitungen und zwei Nachrichtenmagazinen (Bild-Zeitung, Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, taz, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, Spiegel und Focus), die in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 8. Dezember 2006 erschienen sind. Auswahlkriterium war, dass die entsprechenden Printme-

dien aufgrund ihrer überregionalen Präsenz, ihrer Auflagenhöhe und nicht zuletzt ihrer themensetzenden Funktion als besonders relevant zu betrachten sind. In diesen Zeitungen und Magazinen wurden im Beobachtungszeitraum insgesamt 1 171 Beiträge veröffentlicht, in denen über das Themenfeld „Bundeswehr – Auslandseinsätze der Bundeswehr – deutsche Streitkräfte – Bundesministerium der Verteidigung“ berichtet wurde. Dabei handelt es sich sowohl um umfangreichere Artikel als auch um kurze Meldungen, sowohl um neutrale Darstellungen als auch um Kommentare mit eindeutiger Wertung.

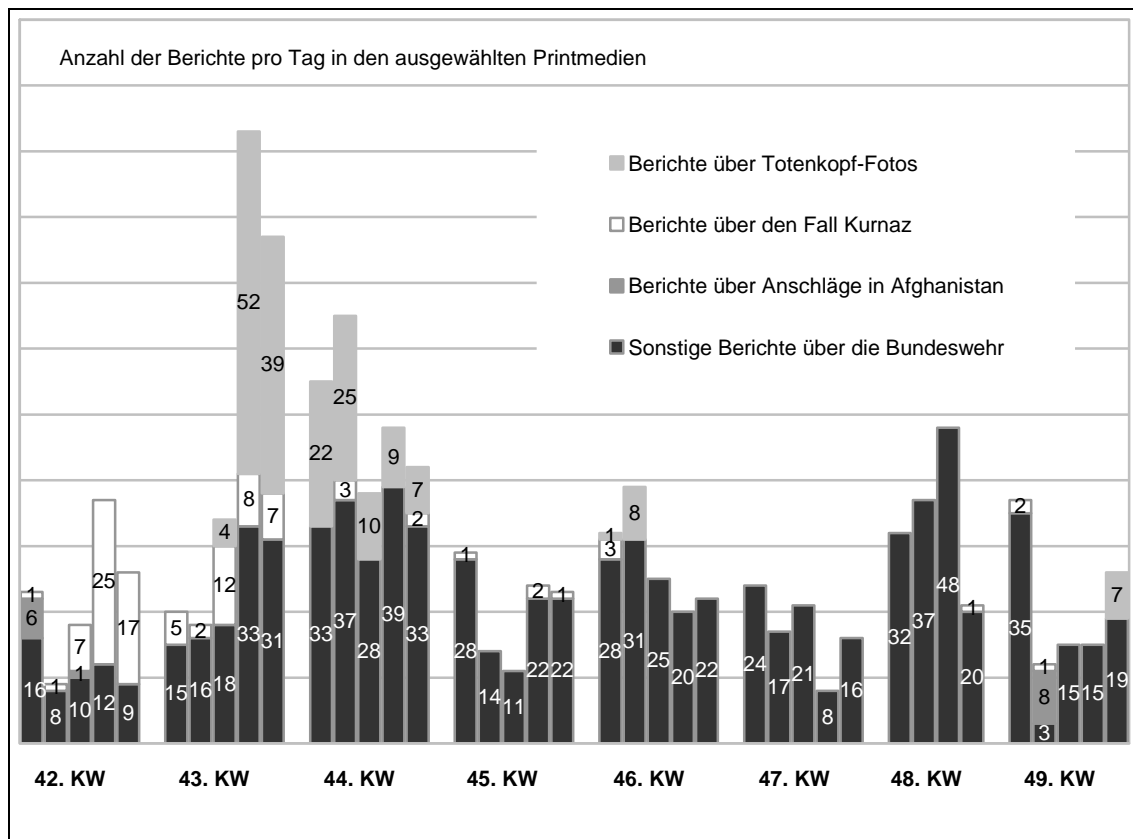
Informiert wurde in den Beiträgen unter anderem über einen Anschlag auf die Bundeswehr in Afghanistan, über die Misshandlungsvorwürfe eines ehemaligen Guantánamo-Häftlings gegen die Bundeswehr und in diesem Zusammenhang auch über den Einsatz des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan, über Fotos, auf denen Bundeswehrsoldaten in Afghanistan mit Totenköpfen posieren, über den Einsatz der Marine im Rahmen der UNIFIL-Mission, über das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ und über die Verlängerung des Bosnien-Einsatzes der Bundeswehr.

Im Mittelpunkt des Medieninteresses standen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die im Beobachtungszeitraum insgesamt mehr als die Hälfte der Berichte über die deutschen Streitkräfte in den ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften ausmachten. Den einzelnen Missionen wurde dabei in ganz unterschiedlichem Maße Aufmerksamkeit zuteil. Viel beachtet wurden Vorfälle und Ereignisse beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und zwar sowohl im Rahmen der Schutztruppe der Vereinten Nationen (ISAF) als auch bei der Teilnahme des Kommandos Spezialkräfte (KSK) an der Operation ENDURING FREEDOM (OEF). Wesentlich seltener berichtet wurde dagegen über den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Stabilisierungskräfte der EU zur Absicherung der Wahlen im Kongo (EUFOR RD Kongo) und über den Einsatz der Marine im Rahmen der UNIFIL-Mission. Nahezu unbeachtet blieben hingegen die Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan (KFOR und EUFOR), über die nur am Rande informiert wurde.

Anlass für Medienberichte über die Bundeswehr waren vor allem außergewöhnliche, zumeist negative Ereignisse oder kritische Entwicklungen im Auslandseinsatz; hierzu zählen insbesondere Anschläge auf die Bundeswehr, dabei verletzte und getötete Soldaten, psychische Störungen nach den Einsätzen sowie offensichtliche oder vermeintliche Verfehlungen von Angehörigen der deutschen Einsatzkräfte. Bei detaillierter Analyse

wird deutlich, dass sich die Situation in den betrachteten Wochen ganz unterschiedlich darstellt (vgl. Abbildung 14).

**Abbildung 14: Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien 42. KW bis 49. KW 2006**



Datenbasis: 1 171 Berichte in 8 Tageszeitungen und 2 Nachrichtenmagazinen (Bild-Zeitung, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, taz, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, Spiegel und Focus); Erhebungszeitraum: 16.10.2006 bis 08.12.2006; eigene Berechnungen.

In der 42. Kalenderwoche wurde relativ häufig über Murat Kurnaz und seine Foltterwürfe gegen die Bundeswehr<sup>9</sup> berichtet: 51 von 113 Artikeln und somit nahezu die Hälfte der Beiträge in dieser Woche beschäftigten sich mit diesem Thema. Debattiert wurde in dieser Zeit vor allem über drei Fragen: inwieweit deutsche Soldaten Kontakt zu Kurnaz hatten, ob sie ihn, wie von ihm behauptet, misshandelt haben und inwieweit

<sup>9</sup> Der in Bremen aufgewachsene Murat Kurnaz war 2001 nach Pakistan gereist, um dort nach eigener Aussage eine Koranschule zu besuchen. Er wurde in Pakistan von Sicherheitskräften festgenommen, an die amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan übergeben und später in das Gefangenenlager Guantánamo Bay auf Kuba gebracht. Nach seiner Freilassung im August 2006 erklärte Kurnaz, er sei im Januar 2002 im afghanischen Kandahar von Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) misshandelt worden.

diese Vorwürfe im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses untersucht werden müssten.

Ab Mitte der 43. Kalenderwoche beherrschten neue Negativschlagzeilen die Medienlandschaft: Am 25.10.2006 veröffentlichte die Bild-Zeitung unter der Überschrift „Bundeswehr-Skandal in Afghanistan“ Fotos, auf denen, so die Bildunterschrift, „Soldaten der deutschen Einsatzkräfte in Afghanistan“ zu sehen sind, die „makabre Späße mit den Gebeinen von Toten trieben und sich dabei stolz fotografierten“ (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 15: Medienberichte über die Bundeswehr vom 25. und 26. Oktober 2006



Quelle: Ausschnitte aus den o. g. Tageszeitungen.

Das Medienecho an den folgenden Tagen war so groß, dass Berichte über das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, das in dieser Zeit der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, relativ wenig Aufmerksamkeit fanden. Am 26.10.2006 wurden in den untersuchten acht Tageszeitungen insgesamt 52 zumeist größere Artikel über die „Totenkopf-Fotos aus Afghanistan“ veröffentlicht, am nächsten Tag waren es noch 39 und am Anfang der folgenden Woche noch einmal 20 am Montag und 25 am Dienstag. Schnell war von einem „Krieg in den Köpfen“, von

„Leichenschändung“, von „Defiziten bei der Ausbildung“ und von „Führungsfehlern bei der Bundeswehr“ die Rede.

In einigen Kommentaren wurde ein Zusammenhang hergestellt zwischen den Bildern aus Afghanistan und den Fotos aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib, auf denen amerikanische Militärangehörige zu sehen sind, die irakische Gefangene misshandeln: „Weit verbreitet in der muslimischen Welt sind die Fotos aus Abu Ghraib. Sie feuern den heiligen Zorn des islamistischen Terrorismus an. Die *Bild*-Bilder geben ihm nun neue Nahrung. Und ein neues Ziel.“ (ZEIT online vom 25.10.2006) Einen Tag später hieß es an gleicher Stelle: „Bild hat sein Abu Ghraib“ (ZEIT online vom 26.10.2006).

Am Ende der 44. Kalenderwoche war das Medieninteresse weitgehend erschöpft. Lediglich am Anfang der 46. und am Ende der 49. Kalenderwoche wurde das Thema noch einmal kurz aufgegriffen. Anlass war zunächst die Meldung, Nachforschungen des Bundesministeriums der Verteidigung hätten ergeben, dass die im März 2004 gemachten Fotos auch zwei Offizieren bekannt gewesen sein sollen, die zwar ein derartiges Verhalten untersagt, den Vorfall aber nicht weitergemeldet hätten und schließlich die Nachricht, dass die Staatsanwaltschaft München die Ermittlungen gegen zwei Soldaten eingestellt hatte, da sich der Anfangsverdacht einer Störung der Totenruhe nicht bestätigt hatte.

Über Ereignisse und Entwicklungen, die zu einem differenzierteren Bild des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr in den Medien hätten beitragen können, wurde im gesamten Beobachtungszeitraum nicht informiert: Es gab keine Berichte zum Thema „Bundeswehreinsatz in Afghanistan“, in denen die Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung, die neuen Bildungsmöglichkeiten, die Erfolge beim Aufbau der Infrastruktur benannt wurden.<sup>10</sup> Dass die Bundeswehr an diesen Entwicklungen nicht nur indirekt beteiligt ist, indem sie hilft, ein sichereres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, sondern dass sie auch ganz unmittelbar Aufbauhilfe leistet, verdeutlicht unter anderem die bisherige Bilanz der Civil Military Cooperation (CIMIC).<sup>11</sup>

---

10 In einem Bericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan heißt es hierzu: „Seit 2001 wurden landesweit 3 500 Schulen gebaut, die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf 6,5 Millionen mehr als verfünffacht, und davon sind bereits ein Drittel Mädchen. Ihnen war unter der Herrschaft der Taliban der Zugang zu Bildung verwehrt. Allein 2005 wurden 500 000 Mädchen zum ersten Mal eingeschult. 30 000 Lehrerinnen und Lehrer wurden aus- und fortgebildet. Mittlerweile sind 40 000 Studierende, darunter ein Viertel junge Frauen, heute an den 19 Universitäten des Landes eingeschrieben – zehn Mal mehr als zu Zeiten der Taliban.“ (Bundesregierung 2007)

11 In einer Zwischenbilanz der Civil Military Cooperation (CIMIC) heißt es hierzu: „Seit 2002 haben deutsche CIMIC-Soldaten in Afghanistan mehr als 700 Projekte umgesetzt. Dazu gehören Bau, In-



Bei eingehender Analyse zeigt sich, dass die ausgewählten überregionalen Zeitungen und Zeitschriften zwar zumeist neutral berichteten und eindeutige Wertungen jenseits der Kommentarspalten eher die Ausnahme darstellten. Dennoch ergibt sich aufgrund der Fokussierung des Medieninteresses auf spektakuläre Ereignisse bei gleichzeitigem Ausblenden positiver Entwicklungen ein überwiegend negatives Medienbild vom Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, und dieses Framing führt regelmäßig zu entsprechenden Ereignis-Serien (vgl. hierzu u. a. Brosius und Eps 1993; Kepplinger und Habermeyer 1996 sowie Fishman 1978).

Aufgrund der Fixierung auf tagesaktuelle Ereignisse unterliegt die Berichterstattung starken Schwankungen. Von den betrachteten acht überregionalen Tageszeitungen und den zwei Zeitschriften wurden in der 43. Kalenderwoche 242 Beiträge und in der 44. Kalenderwoche 248 Artikel zum Themenkomplex „Bundeswehr“ veröffentlicht, darunter bemerkenswert viele auf den ersten Seiten. In der 45. Woche waren es noch 101 Beiträge, in der 46. Woche 138 Artikel und in der 47. Kalenderwoche 86. Bei den Untersuchungen zum Medienbild der Bundeswehr ist alles in allem deutlich geworden, dass die Medien thematisch sehr selektiv über die Streitkräfte berichten, dass sich das Interesse vor allem auf den Afghanistaneinsatz und dabei ausschließlich auf Negativereignisse wie Unfälle, Anschläge, Verfehlungen oder Anschuldigungen konzentriert, dass zugleich positive Ereignisse und Entwicklungen weitgehend unberücksichtigt bleiben und dass schließlich aufgrund der Fixierung auf aktuelle Vorkommnisse der Umfang der Berichterstattung stark schwankt.

### **9.3 Medienwirkungen**

Im Rahmen der folgenden Analysen wird untersucht, inwieweit die Medienberichte über die Bundeswehr und ihre Einsätze die öffentliche Meinung in Deutschland beeinflussen haben, das heißt in welchem Ausmaß sie wahrgenommen und bewertet wurden und wie nachhaltig die Medienwirkung war. Datenbasis ist die Bevölkerungsumfrage 2006 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Zur Analyse der Medienwirkungen werden zwei Zeitvergleiche durchgeführt: Zum einen werden zentrale si-

---

standhaltung und Unterstützung von 328 Schulen und Kindergärten und von 28 Polizeistationen. Außerdem halfen die Soldaten bei der Bereitstellung von Medikamenten, bei Brunnenbau und Bewässerung und bei der Bewältigung humanitärer Notlagen. Alle Projekte zusammen haben ein Volumen von mehr als 4,3 Millionen Euro, die durch verschiedene deutsche Ministerien, Sponsoren und Spender aufgebracht wurden. Auch Bundeswehrsoldaten im In- und Ausland spenden und sammeln häufig zur Finanzierung von CIMIC-Projekten.“ (Bundeswehr 2007)

cherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen aus dem Jahr 2006 mit den Befunden aus dem Jahr 2005 verglichen, zum anderen werden die Resultate für das Jahr 2006 im Zeitverlauf betrachtet. Dabei wird der Erhebungszeitraum in vier Phasen geteilt: Verglichen werden die Einstellungsmuster, die in der 44. Kalenderwoche unmittelbar nach dem Höhepunkt der Berichterstattung über den Vorfall in Afghanistan erfasst wurden mit den Meinungsbildern der folgenden Wochen.<sup>12</sup>

Im Folgenden werden Wahrnehmungs- und Einstellungsvariablen auf drei Ebenen betrachtet: Auf der ersten Ebene geht es um die Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien, d. h. beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften oder beim Sehen von Fernsehsendungen sowie im persönlichen Umfeld, d. h. bei Gesprächen in der Familie oder mit Freunden und Kollegen. Auf der zweiten Ebene geht es um die Eindrücke, die beim Lesen von Artikeln über die Bundeswehr, beim Sehen entsprechender Sendungen oder bei Gesprächen über die Streitkräfte entstanden sind. Auf der dritten Ebene wird die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr betrachtet.

Die empirischen Untersuchungen führen zu dem Ergebnis, dass wie erwartet die Medien eine entscheidende Rolle bei der Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Bevölkerung spielen (vgl. Tabelle 32). Durch Sendungen im Fernsehen und Berichte in Zeitungen und Zeitschriften werden die Befragten wesentlich häufiger auf die Streitkräfte aufmerksam als durch Gespräche im persönlichen Umfeld. Mehr als ein Drittel hat im Jahr 2006 mindestens einmal pro Woche entsprechende Sendungen im Fernsehen gesehen bzw. Berichte in Zeitungen und Zeitschriften gelesen. Bei Gesprächen in der Familie, mit Freunden oder Kollegen wird die Bundeswehr dagegen nur selten thematisiert.

**Tabelle 32: Wahrnehmung des Themas „Bundeswehr“ in den Medien und im Lebensumfeld**

Wortlaut der Frage: „Wie oft nehmen Sie die Bundeswehr bei den folgenden Gelegenheiten wahr?“; 5-stufige Skala; Anteile „täglich oder fast täglich“ und „etwa ein- bis dreimal in der Woche“ zusammengefasst.	Erhebungsjahr		Kalenderwoche in 2006			
	2005	2006	44	45	46	47–49
	Angaben in Prozent					
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	13	35	43	36	32	29
Bei Sendungen im Fernsehen	12	35	43	31	32	36
Bei Gesprächen in der Familie	5	7	8	5	8	6
Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen	4	7	9	5	7	6

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

<sup>12</sup> Aufgrund der geringen Fallzahlen am Ende des Befragungszeitraumes müssen die in den Kalenderwochen 47, 48 und 49 realisierten Interviews zusammengefasst werden.

Bei einem Zeitvergleich wird deutlich, dass die intensive Berichterstattung über bundeswehrspezifische Themen in der 43. und 44. Kalenderwoche zu einer stärkeren Wahrnehmung der Bundeswehr geführt hat. Der Anteil der Befragten, die mindestens einmal pro Woche in Zeitungen und Zeitschriften Beiträge über die Bundeswehr gelesen haben, lag im Jahr 2006 bei 35 Prozent; im Vorjahr waren es lediglich 13 Prozent. Für das Medium Fernsehen ist ein fast identischer Zuwachs zu beobachten: Auch hier hat sich der entsprechende Wert nahezu verdreifacht. Die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld hat sich dagegen kaum verändert.

Besonders häufig wurde die Bundeswehr in der 44. Kalenderwoche 2006 wahrgenommen: 43 Prozent der in diesem Zeitraum befragten Personen berichten, dass sie mindestens einmal pro Woche Berichte über die Bundeswehr in Zeitungen und Zeitschriften lesen. Im weiteren Verlauf des Beobachtungszeitraumes fällt der entsprechende Wert deutlich ab und erreicht in der letzten Beobachtungsphase mit 29 Prozent ein deutlich geringeres Niveau.

**Tabelle 33: Wahrnehmung des Themas „Bundeswehr“ in Zeitungen und Zeitschriften**

Wortlaut der Frage: „Wie oft nehmen Sie die Bundeswehr bei den folgenden Gelegenheiten (hier Item: bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften) wahr?"; 5-stufige Skala; Anteile „täglich oder fast täglich" und „etwa ein- bis dreimal in der Woche" zusammengefasst.	Erhebungsjahr		Kalenderwoche in 2006			
	2005	2006	44	45	46	47–49
	Angaben in Prozent					
Insgesamt	13	35	43	36	32	29
Interesse Sicherheits- und Verteidigungspolitik <sup>1)</sup>						
Interessierte <sup>2)</sup>	– <sup>5)</sup>	45	63	46	43	33
Weniger Interessierte	– <sup>5)</sup>	30	33	33	28	26
Mediennutzung <sup>3)</sup>						
Intensivnutzer <sup>4)</sup>	16	43	52	47	39	38
Keine Intensivnutzer	8	26	33	27	26	18

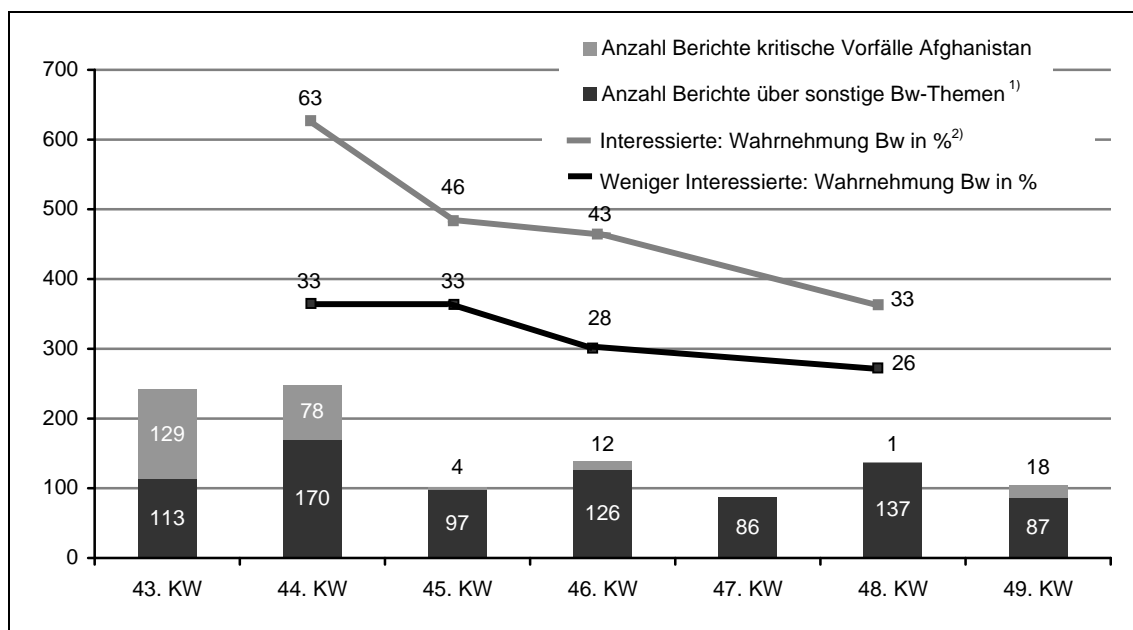
Anmerkungen: 1) Klassifikation nach dem Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik; entsprechende Angaben stehen erst ab 2006 zur Verfügung; 2) „Interessierte“ sind Personen, die nach eigener Aussage an Sicherheits- bzw. Verteidigungspolitik „sehr interessiert“ oder „außerordentlich interessiert“ sind (Skalenwerte 4 und 5 auf einer 5-stufigen Skala); bei der Befragung in 2006 sind nach dieser Definition 31 Prozent der Personen Interessierte; 3) Erfasst wird die Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften, um sich über politische Themen zu informieren; 4) Intensivnutzer sind Personen, die täglich oder fast täglich Tageszeitungen lesen, um sich über politische Themen zu informieren (entweder regionale Tageszeitungen, z. B. Berliner Zeitung, Hamburger Abendblatt, Kölner Stadtanzeiger oder überregionale Zeitungen und Wirtschaftsblätter, z. B. FAZ, Welt, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt oder Boulevardzeitungen, z. B. Bild-Zeitung, Abendzeitung in München) bzw. die wöchentlichen Nachrichtenmagazine (z. B. Spiegel, Focus) oder Wochenzeitungen (z. B. DIE ZEIT, Rheinischer Merkur) zur politischen Information nutzen; bei der Befragung in 2006 sind nach dieser Definition 50,3 Prozent der Personen Intensivnutzer; 5) Im Jahr 2005 nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

In welchem Maße die in den Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Artikel über die Bundeswehr zur Kenntnis genommen werden, ist von mehreren Faktoren abhängig. Wie es konzeptionelle Überlegungen nahelegen und entsprechende empirische Analysen bestätigen, spielen das persönliche Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das Ausmaß, in dem Zeitungen und Zeitschriften zur politischen Information genutzt werden, eine wesentliche Rolle (vgl. Tabelle 33). Leserinnen und Leser, die sich nach eigenem Bekunden für sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen sehr interessieren, sind im Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger auf die Bundeswehr aufmerksam geworden als die weniger Interessierten.

Der Zusammenhang zwischen der Intensität der Berichterstattung und der Wahrnehmung des Themas ist in der Gruppe der Interessierten wesentlich stärker ausgeprägt: In der 44. Kalenderwoche, in der vergleichsweise viel über die Bundeswehr berichtet wurde, haben 63 Prozent der Interessierten etwas über die Bundeswehr gelesen; in der letzten Beobachtungsphase, in der viel weniger Beiträge erschienen, waren es nur noch 33 Prozent. In der Gruppe der weniger Interessierten lagen die entsprechenden Werte bei 33 Prozent am Anfang und bei 26 Prozent am Ende. Mit anderen Worten: Bei den Interessierten entspricht die annähernde Halbierung des Anteils bei der Wahrnehmung in etwa der Halbierung bei der Berichtsintensität. Bei den weniger Interessierten ist diese Relation weniger deutlich (vgl. Abbildung 16).

**Abbildung 16: Wahrnehmung in Zeitungen und Zeitschriften nach Bevölkerungsgruppen**



Anmerkungen: 1) Vgl. Abbildung 14, Anmerkungen zur Datenbasis; 2) Vgl. Tabelle 32, Anmerkung 2.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

Die Intensität der Mediennutzung zur politischen Information übt ebenfalls einen signifikanten Einfluss aus. Personen, die täglich oder fast täglich regionale oder überregionale Tageszeitungen bzw. wöchentlich Nachrichtenmagazine oder Wochenzeitungen zur politischen Information lesen (Intensivnutzer), sind im Beobachtungszeitraum wesentlich öfter auf die Bundeswehr aufmerksam geworden als die anderen (vgl. Tabelle 33).

Wer die Bundeswehr im Alltag wahrnimmt, etwas über sie liest oder von ihr hört, der berichtet zumeist von positiven Erfahrungen. Das trifft interessanterweise sowohl auf das persönliche Umfeld als auch auf die Medien zu. Bei Gesprächen in der Familie bzw. mit Freunden oder Kollegen überwiegen bei etwa vier von fünf Befragten die positiven Eindrücke. Nur bei jedem Fünften verdichtet sich das persönliche Erleben zu einem negativen Gesamtbild (vgl. Tabelle 34). Von denen, die beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften auf die Bundeswehr aufmerksam geworden sind, berichteten im Jahr 2005 nur 17 Prozent von negativen Eindrücken; von denen, die entsprechende Sendungen im Fernsehen gesehen haben, waren es 15 Prozent. Ein Jahr später waren diese Anteile mit 32 bzw. 26 Prozent annähernd doppelt so groß (vgl. Tabelle 34).

**Tabelle 34: Negative Eindrücke bei Berichten, Sendungen bzw. Gesprächen über die Bundeswehr**

Wortlaut der Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr?“, 6-stufige Skala; Anteile „sehr negativ“, „negativ“ und „eher negativ“ zusammengefasst. <sup>1)</sup>	Erhebungsjahr		Kalenderwoche in 2006			
	2005	2006	44	45	46	47–49
	Angaben in Prozent					
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	17	32	43	34	30	25
Bei Sendungen im Fernsehen	15	26	33	29	23	21
Bei Gesprächen in der Familie	20	18	19	25	16	13
Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen	22	21	24	27	18	16

Anmerkung: 1) Befragt wurden nur Personen, die das Thema „Bundeswehr“ bei den genannten Gelegenheiten wahrgenommen haben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

Die Zunahme der negativen Eindrücke dürfte auf die weiter oben beschriebene intensivere Berichterstattung über kritische Vorfälle im Auslandseinsatz zurückzuführen sein. Das legen zumindest die Analysen auf der Basis von Kalenderwochen nahe. Dabei wird der Zusammenhang zwischen der Intensität der kritischen Berichterstattung und der Negativwahrnehmung des Themas „Bundeswehr“ sehr deutlich: In der 44. Kalenderwoche bewerteten 43 Prozent der Leserinnen und Leser die Beiträge über die Bundeswehr

in Zeitungen und Zeitschriften negativ. Am Ende des Analysezeitraumes waren es mit 25 Prozent nur noch etwa halb so viele. Von denen, die im Fernsehen etwas über die Bundeswehr gesehen haben, berichtete zunächst jeder Dritte von negativen Eindrücken, eine Woche später waren es 29 Prozent, dann 23 Prozent und schließlich nur noch 21 Prozent.

Bei der Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld ist ein verzögerter Verlauf zu registrieren: Hier liegt der Spitzenwert der negativen Eindrücke in der 45. Kalenderwoche. Offensichtlich hat es einige Zeit gebraucht, bis die Medienberichte über die kritischen Vorfälle im Afghanistaneinsatz der Bundeswehr auch bei Gesprächen im persönlichen Umfeld thematisiert und entsprechend wahrgenommen wurden. Diese Ergebnisse sprechen für die These, dass die Medien mit der Auswahl der Themen, über die berichtet wird, nicht nur bestimmen, worüber gesprochen wird, sondern auch, wie darüber gedacht wird.

**Tabelle 35: Negative Eindrücke bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften über die Bundeswehr**

Wortlaut der Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten (hier Item: bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften normalerweise wahr?“; 6-stufige Skala; Anteile „sehr negativ“, „negativ“ und „eher negativ“ zusammengefasst. <sup>1)</sup>	Erhebungsjahr		Kalenderwoche in 2006			
	2005	2006	44	45	46	47-49
	Angaben in Prozent					
Insgesamt	17	32	43	34	30	25
Interesse Sicherheits- und Verteidigungspolitik <sup>1</sup>						
Interessierte <sup>2)</sup>	- <sup>5)</sup>	30	40	32	30	21
Weniger Interessierte	- <sup>5)</sup>	34	44	34	30	27
Mediennutzung <sup>3)</sup>						
Intensivnutzer <sup>4)</sup>	17	29	38	32	27	20
Keine Intensivnutzer	17	36	48	36	33	31

Anmerkungen: 1) Klassifikation nach dem Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik; entsprechende Angaben stehen erst ab 2006 zur Verfügung; 2) „Interessierte“ sind Personen, die nach eigener Aussage an Sicherheits- bzw. Verteidigungspolitik „sehr interessiert“ oder „außerordentlich interessiert“ sind (Skalenwerte 4 und 5 auf einer 5-stufigen Skala); bei der Befragung in 2006 sind nach dieser Definition 31 Prozent der Personen Interessierte; 3) Erfasst wird die Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften, um sich über politische Themen zu informieren; 4) Intensivnutzer sind Personen, die täglich oder fast täglich Tageszeitungen lesen, um sich über politische Themen zu informieren (entweder regionale Tageszeitungen, z. B. Berliner Zeitung, Hamburger Abendblatt, Kölner Stadtanzeiger oder überregionale Zeitungen und Wirtschaftsblätter, z. B. FAZ, Welt, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt oder Boulevardzeitungen, z. B. Bild-Zeitung, Abendzeitung in München) bzw. die wöchentlich Nachrichtenmagazine (z. B. Spiegel, Focus) oder Wochenzeitungen (z. B. DIE ZEIT, Rheinischer Merkur) zur politischen Information nutzen; bei der Befragung in 2006 sind nach dieser Definition 50,3 Prozent der Personen Intensivnutzer; 5) Im Jahr 2005 nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

Bei Personen, die sich nicht so sehr für Sicherheits- und Verteidigungspolitik interessieren, und noch mehr bei denen, die eher selten Zeitungen und Zeitschriften zur Hand

nehmen, haben die kritischen Berichte über die Bundeswehr einen größeren Eindruck hinterlassen (vgl. Tabelle 35). Offensichtlich haben regelmäßige Zeitungsleser bzw. sicherheitspolitisch Interessierte ein umfassenderes Bild von der Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen, das sie in die Lage versetzt, die Vorfälle, über die berichtet wurde, etwas differenzierter zu bewerten.

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit sich die intensive Berichterstattung über kritische Vorfälle im Afghanistaneinsatz auf die Einstellungen der Bevölkerung zu den Auslandseinsätzen in der Bundeswehr ausgewirkt hat. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob man der Beteiligung der Bundeswehr an bestimmten Missionen zustimmt oder ob man diese ablehnt.

Die Analysen zeigen, dass im Jahr 2005 die Mehrheit der Bundesbürger den Einsätzen der Streitkräfte im Ausland positiv gegenüberstand und die genannten Missionen befürwortete. Am größten war die Unterstützung für die Beteiligung der Bundeswehr an der Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR) mit 78 Prozent bzw. an der Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR) mit 72 Prozent. Ebenfalls mehrheitliche Zustimmung fanden die Beteiligung an der Schutztruppe der Vereinten Nationen (ISAF) mit 66 Prozent und an der Operation gegen den Internationalen Terrorismus an Horn von Afrika (OEF) mit 57 Prozent. Diejenigen, die diese Einsätze ablehnten, waren in der Minderheit (vgl. Tabelle 36).

**Tabelle 36: Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr**

Wortlaut der Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“; 6-stufige Skala; Anteile „lehne vollkommen ab“, „lehne überwiegend ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.	Erhebungsjahr		Kalenderwoche in 2006			
	2005	2006	44	45	46	47–49
	Angaben in Prozent					
Beteiligung der Bundeswehr an ...						
der Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (OEF)	43	47	51	53	45	41
der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	34	47	50	49	47	43
der Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	28	32	39	33	33	24
der Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	22	33	39	35	33	26

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 und 2006.

Für die 44. Kalenderwoche 2006 ergeben die Analysen ein deutlich gewandeltes Meinungsbild: In dieser Zeit, in der sich die Nachrichten über Anschläge auf die Bundes-

wehr in Afghanistan, über Totenkopffotos und Misshandlungsvorwürfe häuften, lehnte jeder zweite Bundesbürger den ISAF-Einsatz der Bundeswehr ab. Auch die anderen Missionen wurden in diesem Kontext kritischer betrachtet und stießen auf größere Ablehnung.

Mit der Abnahme der kritischen Medienberichte wuchs in den folgenden Wochen die Zustimmung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder an und erreichte schließlich bei fast allen betrachteten Missionen das Niveau von 2005. Lediglich auf den ISAF-Einsatz trifft dies nur bedingt zu, den am Ende des Beobachtungszeitraums 2006 immerhin noch 43 Prozent der Befragten ablehnten (vgl. Abbildung 16).

## **9.4 Fazit**

Die Verkleinerung der Bundeswehr und die damit verbundene Schließung von Standorten, die Verringerung der Zahl der Soldaten, Zivilangestellten und Wehrdienstleistenden tragen dazu bei, dass die Streitkräfte immer weniger im persönlichen Lebensumfeld der Bürger präsent sind. Was die Bürger über Sicherheits- und Verteidigungspolitik wissen und wie oft sie etwas über die Bundeswehr erfahren, wird in Zukunft immer stärker von den Medien abhängig sein. Die Berichterstattung des Fernsehens, der Zeitungen und Zeitschriften wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchungen zeigt sich erstens, dass die Medienberichte die öffentliche Meinung zumindest kurzfristig in signifikantem Ausmaß beeinflussen können. Die im Analysezeitraum beobachtete intensive Berichterstattung über Negativereignisse beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wurde von einem großen Teil der Bevölkerung wahrgenommen, und sie hat auch die Haltung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr beeinflusst. Zweitens wird deutlich, dass diese Effekte von zahlreichen Kontextfaktoren abhängig sind, beispielsweise vom individuellen Interesse an sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen und vom Ausmaß des Medienkonsums. Drittens wird klar, dass die Medienwirkung stark von der Intensität der Berichterstattung abhängig ist, die wegen der Fokussierung auf Ereignisse mit hohem Nachrichtenwert stark schwankt, weshalb letztlich auch der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung zeitlich begrenzt ist. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die einzelnen Impulse zu einem negativen Gesamtbild verdichten, was zu einem grundlegenden Meinungswandel in der Zukunft beitragen könnte.



# 10 Aufgabenfelder der Bundeswehr

*Thomas Bulmahn*

---

## 10.1 Einleitung

Mit dem Wandel der sicherheits- und verteidigungspolitischen Rahmenbedingungen im vergangenen Jahrzehnt hat sich auch das Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ wird eine leistungsfähige Bundeswehr als „Instrument einer umfassend angelegten, vorrausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ definiert (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 13). Die Bundeswehr hat als ein derartiges Instrument den Auftrag, „die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern, einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten, die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten, zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen sowie die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern“ (ebenda).

Die konkreten Aufgaben der Bundeswehr werden „aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag sowie den Werten, Zielen und Interessen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ abgeleitet (ebenda). Im Weißbuch 2006 werden die folgenden sechs Aufgabenfelder benannt:

- „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus,
- Unterstützung von Bündnispartnern,
- Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger,
- Rettung und Evakuierung,
- Partnerschaft und Kooperation,
- subsidiäre Hilfeleistungen (Amtshilfe, Hilfe bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen).“ (ebenda)

Einzelnen Aufgabenfeldern wird eine spezifische Priorität beigemessen, die mit der Wahrscheinlichkeit verschiedener Bedrohungsszenarien korrespondiert. Die Landesverteidigung im Bündnisrahmen wird in diesem Dokument als „eine zentrale Aufgabe der Bundeswehr“ bezeichnet und als ein „Ausdruck staatlicher Souveränität und gemeinsa-

mer Sicherheitsfürsorge gegen mögliche, auf absehbare Zeit aber unwahrscheinlichere Bedrohungen“ (ebenda: 72) beschrieben. Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus werden dagegen als die „wahrscheinlicheren Aufgaben“ benannt (ebenda).

Die deutschen Streitkräfte, ihr Auftrag, ihre Aufgaben und ihre Einsätze unterliegen verfassungsrechtlichen Vorgaben und dem Vorrang demokratisch legitimer Politik. Das bedeutet im Wesentlichen, dass „die Initiative zu einem Streitkräfteeinsatz sowie zur Festlegung der konkreten Modalitäten (...) bei der Bundesregierung [liegt]“, dass „bewaffnete Einsätze deutscher Streitkräfte (...) grundsätzlich der vorherigen konstitutiven Zustimmung durch den deutschen Bundestag [bedürfen]“ und dass dieses Zustimmungserfordernis „der parlamentarischen Kontrolle über den Einsatz von Streitkräften“ dient (ebenda: 75).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Akzeptanz des neuen, deutlich erweiterten Aufgabenspektrums der Bundeswehr: Mit welchen Aufgaben wollen die Bürgerinnen und Bürger die deutschen Streitkräfte betraut wissen und mit welchen eher nicht? Dieser Leitfrage soll im Folgenden nachgegangen werden. Betrachtet werden dabei sowohl Aufgaben, die von der Bundeswehr im Ausland bewältigt werden, wie beispielsweise die Stabilisierung der Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa, als auch Funktionen, die im Inland zu erfüllen sind, beispielsweise die Katastrophenhilfe bei Sturmfluten oder Überschwemmungen.

Um mehr über die Determinanten der Zustimmung zu den Aufgaben der Streitkräfte zu erfahren, werden im Rahmen der Studie auch Punkte thematisiert, die nicht zum beschriebenen Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören: beispielsweise die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer, die Entmachtung einer ausländischen Regierung, die die Menschenrechte verletzt oder die Sicherung der Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen.

Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte nach Meinung der Bundesbürger übernehmen? Vorstellbar sind ganz unterschiedliche Antwortmuster: Auf der Basis einer überwiegend positiven Einschätzung der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr im In- und Ausland durch die Bundesbürger (vgl. Abschnitt 8.3 des vorliegenden Berichts) und des mehrheitlichen Vertrauens in die Streitkräfte (vgl. Abschnitt 8.4) könnte sich eine breite, weitgehend undifferenzierte Zustimmung zu allen betrachteten Aufgabefeldern ergeben.

Doch auch ein ganz anderes Ergebnis ist denkbar: Eine generelle Ablehnung aller thematisierten Aufgabenfelder. Plausibel erscheint ein solcher Befund in Anbetracht der von den Menschen empfundenen Bedrohungen: Nicht die Angst vor Terrorismus und Krieg stehen im Vordergrund, sondern die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor fehlender staatlicher Unterstützung und Armut (vgl. Abschnitt 2.2). Dieses Bedrohungsgefühl trägt mit dazu bei, dass eine Bevölkerungsmehrheit für eine stärkere Konzentration der Kräfte auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im eigenen Land ist und sich gegen ein internationales Engagement Deutschlands wendet (vgl. Abschnitt 4.3). Dieses Gefühl könnte auch dazu führen, dass die Mehrheit eine Übernahme der meisten der hier betrachteten Aufgabenfelder durch die Bundeswehr ablehnt, und zwar insbesondere dann, wenn es sich um Aufgaben handelt, die im Rahmen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr zu bewältigen sind.

Wahrscheinlicher als die beiden Extrempositionen ist die dritte Möglichkeit: Eine von Werten, Interessen und Emotionen geleitete, insofern verschiedene Beweggründe berücksichtigende und damit zugleich auch differenziertere Betrachtung, die ihren Ausdruck in einer unterschiedlich starken Zustimmung bzw. Ablehnung der verschiedenen Aufgabenfelder findet.

## **10.2 Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Ausland**

Die empirische Analyse für die im Rahmen der Studie betrachteten Aufgabenfelder der Bundeswehr im Ausland ergibt ein sehr differenziertes Bild. Am stärksten unterstützt wird ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten: Insgesamt 95 Prozent stimmen einem solchen Auftrag zu (vgl. Tabelle 37). Darunter sind 80 Prozent, die vollkommen oder überwiegend zustimmen und 15 Prozent, die mit gewissen Einschränkungen dafür sind und eher zustimmen. Nur sehr wenige, insgesamt fünf Prozent, lehnen eine solche Mission ab.

Das Ansinnen, deutsche Soldaten zu entsenden, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt, wird am stärksten zurückgewiesen: Insgesamt 59 Prozent lehnen eine derartige Aufgabe für die Bundeswehr ab, darunter sind 33 Prozent entschieden dagegen und weitere 26 Prozent lehnen eher ab.

Beide Missionen markieren mit der maximalen Zustimmung auf der einen und der maximalen Ablehnung auf der anderen Seite die empirischen Grenzen der Akzeptanzskala. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es sich bei beiden Aufgaben – sowohl bei der Katastrophenhilfe als auch bei der Entmachtung einer Regierung, die die Menschenrechte verletzt – im Kern um humanitäre Missionen handelt, und zwar in dem Sinne, dass es dabei darum geht, Menschen aus einer existenziellen Notlage zu befreien. Der Unterschied zwischen den beiden Szenarien liegt zum einen im zu erwartenden Charakter des Streitkräfteeinsatzes: Im ersten Fall werden die militärischen Möglichkeiten dazu genutzt, Hilfsmittel in ein Katastrophengebiet zu transportieren und medizinische Hilfe zu leisten. Im zweiten Fall geht es darum, eine Regierung zu entmachten, letztlich auch mit militärischer Gewalt, möglicherweise mit Verwundeten und Toten und vielleicht auch mit ungewissem Ausgang.

Der Einsatz militärischer Gewaltmittel unterliegt allerdings auch keinem absoluten Tabu. Wenn es beispielsweise darum geht, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um einen Völkermord zu verhindern bzw. um eigene Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien, dann liegt der Anteil der Befürworter bei insgesamt 87 bzw. 88 Prozent. Auch hier ist die Anwendung militärischer Gewalt wahrscheinlich, doch wird bereits aus der Beschreibung der Aufgabe das Leid der Betroffenen erahnbarer und die sich daraus ergebende moralische Verpflichtung zu helfen ist wesentlich größer als im Falle der weitgehend abstrakt bleibenden Formel „Verletzung von Menschenrechten durch eine ausländische Regierung“.

Größere Unterschiede ergeben sich auch hinsichtlich der Region, in der eine Mission bewältigt werden soll. Wenn es darum geht, die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren, dann sind insgesamt 88 Prozent dafür, diese Aufgabe der Bundeswehr zu übertragen; darunter sind fast zwei Drittel, die ohne größere Vorbehalte zustimmen. Wenn die Stabilisierungsmission nicht in Europa, sondern im Nahen Osten oder in Afrika stattfinden soll, dann fällt die Zahl der Befürworter wesentlich geringer aus. Der Anteil derer, die weitgehend vorbehaltlos dafür sind, d. h. vollkommen oder überwiegend zustimmen, ist mit rund einem Drittel nur noch halb so groß.

Die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger werden offensichtlich wahrgenommen, auch wenn sich vergleichsweise wenige von möglichen Terroranschlägen in Deutschland persönlich bedroht sehen. Insgesamt teilen 88 Prozent die Auffassung, dass die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden sollte, um einen terroristischen Anschlag

auf das eigene Land zu verhindern und 78 Prozent meinen, die deutschen Streitkräfte sollten sich grundsätzlich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligen. Das bedeutet, dass die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr von der Bevölkerungsmehrheit ohne größere Vorbehalte akzeptiert wird. Lediglich eine Minderheit, 13 bzw. 22 Prozent ist mehr oder weniger entschieden gegen die Abwehr terroristischer Gefahren durch die Bundeswehr im Ausland bzw. gegen eine Beteiligung deutscher Streitkräfte am Kampf gegen diese Bedrohung.

**Tabelle 37: Vorstellungen der Bundesbürger zu den Aufgabenfeldern im Ausland**

Frage: „Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die deutschen Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	80	15	3	2
um einen terroristischen Anschlag auf das eigene Land zu verhindern.	65	23	7	5
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	63	25	7	5
um eigene Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	62	26	7	5
um einen Völkermord zu verhindern.	56	29	8	7
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	52	33	9	6
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	50	28	13	9
um die Versorgung mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	43	23	16	18
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	41	25	18	16
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	38	33	17	12
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	38	25	17	20
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	33	32	19	16
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	31	32	23	14
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	18	23	26	33

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Andere Aufgaben, die nicht zum erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören, finden wesentlich weniger Zustimmung als beispielsweise Kernfunktionen wie der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger oder die Unterstützung von Bündnispartnern. Rund zwei Drittel befürworten einen Einsatz der Bundeswehr im Aus-

land, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern, um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen oder um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden. Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung, die Spanne reicht von 29 bis 37 Prozent, lehnt die Übernahme derartiger Aufgaben durch die Bundeswehr ab.

Bei aller Differenzierung sollte nicht übersehen werden, dass die Bevölkerungsmehrheit die Bundeswehr mit nahezu allen hier betrachteten Aufgaben betrauen will. Die Zustimmung ist bei den Punkten am größten, bei denen sich aus der Aufgabenbeschreibung unmittelbar eine persönliche Betroffenheit, eine moralische Verpflichtung bzw. eine nationale Verantwortung ergeben und zugleich die Anwendung militärischer Gewalt vollkommen unwahrscheinlich, nicht zwingend erforderlich oder aber nicht offensichtlich ist.

### **10.3 Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland**

Der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger wird im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ als ein zentrales Aufgabenfeld der Bundeswehr beschrieben: „Die Verteidigung Deutschlands gegen eine militärische Bedrohung von außen ist und bleibt die verfassungsrechtliche Kernfunktion der Bundeswehr.“ (ebenda: 75) Für die innere Sicherheit und damit auch für die Abwehr terroristischer Bedrohungen in Deutschland sind dagegen zunächst die entsprechenden Behörden von Bund und Ländern zuständig. Doch kann nach geltendem Recht hierzu auch die Bundeswehr eingesetzt werden, und zwar dann „wenn nur mit ihrer Hilfe eine derartige Lage bewältigt werden kann, insbesondere wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügt oder wenn die zuständigen Behörden erst zusammen mit Kräften der Bundeswehr den Schutz der Bevölkerung und gefährdeter Infrastruktur sicherstellen können“ (ebenda: 73).

Die Mehrheit der Bundesbürger stimmt mit diesem Aufgabenkonzept in einem entscheidenden Punkt vollkommen überein: Die Streitkräfte sollten ihrer Meinung nach auch im Inland eingesetzt werden, um Terroranschläge zu verhindern (vgl. Tabelle 38). Hierzu sollen offenbar alle betrachteten Möglichkeiten genutzt werden: Die Bundeswehr soll den deutschen Luftraum überwachen, um Terroranschläge mit Flugzeugen abzuwehren (insgesamt 94 Prozent Zustimmung); sie soll die Küste und die Hafenanlagen überwachen, um Terroranschläge mit Schiffen zu vereiteln (insgesamt 90 Prozent

Zustimmung); sie soll Flughäfen, Bahnhöfe und andere öffentliche Gebäude sichern (insgesamt 83 Prozent Zustimmung) sowie auch Kernkraftwerke, Chemiewerke und ähnliche Anlagen vor Terroranschlägen schützen (insgesamt 86 Prozent Zustimmung).

Die Akzeptanz ist jedoch am größten und die Skepsis am geringsten, wenn Punkte zur Diskussion stehen, die zum klassischen Aufgabenspektrum gehören: die Verteidigung bei einem militärischen Angriff und die Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen. Der Anteil derjenigen, die darin Aufgaben für die Bundeswehr sehen, liegt bei insgesamt 97 Prozent. Auf der anderen Seite ist die Zustimmung am geringsten und die Ablehnung am größten, wenn die Bundeswehr mit einer Aufgabe betraut werden soll, die wie die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer klar erkennbar keine Aufgabe der Streitkräfte ist, sondern eine der zuständigen Behörden in Bund und Ländern.

**Tabelle 38: Vorstellungen der Bundesbürger zu den Aufgabenfeldern im Inland**

Frage: „Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte in Deutschland eingesetzt werden ...	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
zur Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land.	90	7	2	1
zur Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen.	87	10	2	1
zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern.	78	16	4	2
zur Überwachung der Küsten und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern.	74	16	6	4
zur Suche und Rettung von Vermissten.	73	18	6	3
zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.	67	19	8	6
zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen.	66	17	10	7
zur Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.	60	18	12	10

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 10.4 Fazit

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stand die Frage, mit welchen Aufgaben die Bürgerinnen und Bürger die deutschen Streitkräfte betrauen möchten und mit welchen eher nicht. Die wichtigsten Ergebnisse der Analysen lassen sich in folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

1. Die Bevölkerungsmehrheit möchte die Bundeswehr für nahezu alle der hier betrachteten Aufgaben einsetzen. Das Spektrum umfasst dabei nicht nur die verfassungsrechtliche Kernfunktion der deutschen Streitkräfte, den Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung bei einem militärischen Angriff von außen oder Hilfs-, Rettungs- und Evakuierungseinsätze, sondern auch die Unterstützung von Bündnispartnern bei einem militärischen Angriff, die Stabilisierung der Sicherheitslage in Krisengebieten und die Überwachung von sensiblen großtechnischen Anlagen (Kernkraftwerke, Chemiewerke) und Infrastruktureinrichtungen (Flughäfen, Bahnhöfe) im Inland.
2. Einsätze der Bundeswehr im Inland zur Verhinderung eines Terroranschlages finden die fast uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung. Rund 90 Prozent meinen, die Bundeswehr sollte zur Überwachung des deutschen Luftraums, der Küsten und der Hafenanlagen eingesetzt werden, um Terroranschläge mit Flugzeugen bzw. Schiffen zu verhindern. Mehr als 80 Prozent sind der Ansicht, die Streitkräfte sollten darüber hinaus auch Kernkraftwerke, Chemiewerke, Flughäfen, Bahnhöfe und andere öffentliche Gebäude vor einem Terroranschlag schützen.
3. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt zu, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um einen Terroranschlag auf das eigene Land zu verhindern, um die Sicherheitslage in Krisenregionen nicht nur in Europa zu stabilisieren und auch um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen. Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, wie es im jüngst veröffentlichten Weißbuch 2006 beschrieben wurde, wird damit von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragen.
4. Aufgaben, die nicht zum erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören, finden weniger Zustimmung. Das betrifft beispielsweise die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer oder die Entmachtung einer ausländischen Regierung, die die Menschenrechte verletzt.



5. Die Zustimmung zu den verschiedenen Aufgabenfeldern wird nicht pauschal erteilt, sondern sehr differenziert gegeben. Die Akzeptanz ist immer dann besonders groß, wenn es sich um Hilfs- oder Rettungsmissionen handelt, bei der das Leid der betroffenen Menschen deutlich wird, und die Aufgabe zu helfen aufgrund der persönlichen Betroffenheit als eine moralische Verpflichtung empfunden wird. Ablehnung zeigt sich dagegen immer dann, wenn das Leid der Menschen bei der Beschreibung der Mission vergleichsweise abstrakt bleibt und damit auch der mögliche Erfolg einer solchen Mission unklar ist. Skepsis macht sich zudem breit, wenn der Einsatzort nicht in Europa liegt, sondern in Afrika oder dem Nahen Osten – was möglicherweise nicht nur eine Frage der geografischen Entfernung und der damit in Zusammenhang stehenden persönlichen Betroffenheit ist, sondern auch eine Frage der empfundenen nationalen Verantwortung für eine Region. Schließlich ist die Ablehnung immer dann größer, wenn absehbar ist, dass zur Erfüllung der Aufgabe wahrscheinlich auch militärische Gewalt eingesetzt werden muss.



# 11 Auslandseinsätze der Bundeswehr

*Rüdiger Fiebig*

---

## 11.1 Einleitung

Die Bundeswehr beteiligte sich zum Zeitpunkt der Bevölkerungsumfrage 2006 mit mehr als 6 000 Soldaten an einer Reihe von Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten. Darunter waren friedenserhaltende Missionen wie EUFOR und KFOR in Bosnien-Herzegowina bzw. dem Kosovo, die Operation EUFOR RD Kongo, die unter Leitung der Europäischen Union die Durchführung demokratischer Wahlen im Kongo absicherte, UNIFIL, ein umfangreicher Einsatz der deutschen Marine zur Verhinderung von Waffenschmuggel vor der Küste des Libanon, Missionen zur Sicherung der Seewege im Rahmen der Operationen ACTIVE ENDEAVOUR und ENDURING FREEDOM und der deutsche Beitrag zur NATO-Schutztruppe ISAF in Afghanistan, der mit bis zu 3 500 eingesetzten Soldaten derzeit größte Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Gegenstand des folgenden Abschnittes ist einerseits die Betrachtung von Zustimmung und Ablehnung der Auslandseinsätze in der Bevölkerung und andererseits parallel dazu die Selbsteinschätzung des Wissensstandes der Bürger über die einzelnen Einsätze. Ein Vergleich von Zustimmung und Informationsstand wird dabei die Erkenntnisse über die genutzten Informationsquellen und deren Inhalte aus Kapitel 9 ergänzen. Schließlich wird in diesem Kapitel der Frage nachgegangen, welche Ereignisse aus Sicht der Bürger die Verlängerung eines Auslandseinsatzes rechtfertigen bzw. welche einen sofortigen Abzug der Bundeswehr nötig erscheinen lassen würden.

In vergangenen Kapiteln wurde bereits deutlich, dass das Meinungsbild der Öffentlichkeit zu den Auslandseinsätzen oft starken Schwankungen unterworfen ist und oft durch negative Ereignisse bzw. die Berichterstattung darüber überformt wird. Im Zusammenspiel mit dem geringen Wissensstand und dem schwachen Interesse der Befragten wird daher die empirische Erfassung der tatsächlichen Einstellungen der Bevölkerung schwierig. Bereits in Kapitel 9 wurde auf die Bedeutung der Medienberichterstattung über Auslandseinsätze für die öffentliche Meinung hingewiesen. Während dies hauptsächlich den ISAF-Einsatz betraf, kann auch die Meinung der Bevölkerung über Auslandseinsätze allgemein in gewissem Umfang von kurzfristigem Einstellungswandel betroffen sein. Zustimmung und Ablehnung in der Bevölkerung sollten also nicht iso-

liert betrachtet werden, sondern sind als „Schnappschuss“ auf ein dynamisches Geschehen zu werten, das sich je nach öffentlicher Diskussion und aktueller Entwicklung kontinuierlich verändert.

## 11.2 Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland

Bereits in Kapitel 9 dieses Forschungsberichts wurde deutlich, dass die Medien Auslandseinsätze vor allem im Zusammenhang mit negativen Ereignissen, wie z. B. Anschlägen und Zwischenfällen, thematisieren. Demzufolge ist bereits zu vermuten, dass das Wissen der Bundesbürger über die Auslandseinsätze eher schwach ausgeprägt sein wird. Tabelle 39 zeigt die Anteile der Interviewten, die, nach unterschiedlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr befragt, einen bestimmten Wissensstand angaben, der von „noch nie davon gehört“ bis hin zu „wesentliche Fakten bekannt“ reichte.

**Tabelle 39: Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland**

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)				
	Wesentliche Fakten bekannt	Einige Fakten bekannt	Weiß nichts Konkretes	Noch nie davon gehört
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	5	44	36	15
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	4	40	42	14
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	4	35	45	16
Friedenstruppe der UN im Libanon (UNIFIL)	5	30	43	22
Stabilisierungskräfte der EU im Kongo (EUFOR RD Kongo)	4	28	41	27
Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (OEF)	3	17	38	42
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	2	17	35	46

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass nur eine sehr geringe Zahl der Deutschen ein fundiertes Wissen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr vorweisen kann. Maximal fünf Prozent der Befragten gaben an, über die wesentlichen Fakten bestimmter Einsätze informiert zu sein. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat von den Operationen ACTIVE ENDEAVOUR und ENDURING FREEDOM noch nie etwas gehört.

Der Informationsgrad der Bevölkerung ist offenbar in hohem Maße bestimmt durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Operationen hervorrufen. Einsätze wie ISAF, KFOR, oder EUFOR in Bosnien, die in den Medien über einen längeren Zeitraum und immer wieder in hohem Maße thematisiert werden, sind auch einer Mehrzahl der Befragten zumindest bekannt. Immerhin bis zu 44 Prozent geben auch an, wenigstens einige Fakten darüber zu wissen. Einsätze die in den Medien jedoch kaum konkret thematisiert werden, sind dagegen auch dem Bürger kaum bekannt. Dies unterstreicht die hohe Bedeutung der Massenmedien für die Vermittlung von Informationen über die Bundeswehr. Da ein Großteil der Deutschen von den Auslandseinsätzen persönlich nur wenig betroffen ist und auch deren Bedeutung für die eigene Sicherheit eher abstrakt und unspezifisch ist, ist durch mangelndes Interesse auch kein Anreiz vorhanden, unabhängig von den etablierten Medien aktiv Informationen über das Thema einzuholen. Somit bleibt das Wissen der Bürger über die Auslandseinsätze der Bundeswehr diffus und abhängig von aktuellen Ereignissen, die einen Einsatz ins Licht der Öffentlichkeit bringen können, jedoch aufgrund des Nachrichtenwerts negativer Ereignisse oft auch einen negativen Impuls liefern.

### **11.3 Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Nur über Einsätze, die den Befragten mit ihren grundlegenden Fakten überhaupt bekannt sind, sind die Menschen auch in der Lage, fundierte Urteile abzugeben. Ist der Informationsgrad zu gering, wird ein Befragter zunehmend abhängig von Impulsen des Instrumentes, also der Formulierung und Wortwahl der Frage, die er vergleicht mit seinen fundamentalen Einstellungen, die ihm dabei helfen, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Einsätze ihm akzeptabel erscheinen und welche abzulehnen sind. Somit sind die Ergebnisse in Tabelle 40 unter dem Vorbehalt des geringen Informationsstandes der Bürger zu betrachten, geben jedoch auch bei Einsätzen mit geringem Wissen der Befragten Anhalt darüber, ob die Deutschen eine bestimmte Einsatzform grundsätzlich akzeptieren oder ablehnen.

Im Ergebnis wird deutlich, dass eine Mehrheit der Deutschen allen abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr grundsätzlich zustimmt. Besonders positiv werden die Einsätze im Kosovo und in Bosnien gesehen, denen 67 bzw. 68 Prozent der Befragten zustimmen. Dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen 53 Prozent zu, darunter 23 Prozent „vollkommen“ sowie „überwiegend“, und 30 Prozent stimmen

„eher“ zu. Der ISAF-Einsatz weist damit ähnliche Werte auf wie die in der Bevölkerung relativ unbekannteren Missionen, z. B. ENDURING FREEDOM. Wie bereits in Kapitel 9 verdeutlicht wurde, sind Zustimmung und Ablehnung von Auslandseinsätzen unter den Bedingungen eines relativ geringen Informationsstandes in der Bevölkerung in hohem Maße anfällig für kurzfristigen Einstellungswandel, beispielsweise hervorgerufen durch negative Medienberichterstattung. Sichtbar wird dies bei Betrachtung der Differenzen in den Zustimmungswerten zwischen 2005 und 2006.

**Tabelle 40: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	23	30	24	23
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	29	38	20	13
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	29	39	19	13
Friedenstruppe der UN im Libanon (UNIFIL)	21	30	26	23
Stabilisierungskräfte der EU im Kongo (EUFOR RD Kongo)	22	31	23	24
Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (OEF)	23	30	26	21
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	25	35	24	16

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Die Medienberichterstattung über negative Ereignisse im Befragungszeitraum, insbesondere in Bezug auf den Auslandseinsatz in Afghanistan, scheint nicht nur die Zustimmungswerte zu ISAF deutlich verringert zu haben, sondern in geringerem Maße auch die zu den übrigen deutschen Auslandseinsätzen. Hierbei muss jedoch betont werden, dass ein solcher Einstellungswandel z. B. durch Medienberichterstattung einen kurzfristigen Effekt darstellt, der sich mittelfristig wieder normalisieren kann. Den größten „Schutz“ vor solchen Effekten liefert jedoch ein fundierteres Wissen der Bevölkerung, nicht unbedingt über Details eines Einsatzes, aber über seine Ziele und auch Risiken. Dies ermöglicht es der Bevölkerung, negative Ereignisse, die Auslandseinsätze zwangsläufig mit sich bringen, in einem breiteren Kontext zu sehen, besser einordnen zu können und sich in ihren Einstellungen folglich auch nicht so leicht durch kurzfristige Impulse erschüttern zu lassen.

**Tabelle 41: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)			
	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	Differenz
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	66	53	-13
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	78	67	-11
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	72	68	-4
Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (OEF)	57	53	-4
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	64	60	-4

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.  
 Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 11.4 Gründe für die Verlängerung eines Einsatzes

Deutlich als wichtigster Grund für eine Einsatzverlängerung erscheint im Urteil der Befragten die Sicherheitslage Deutschlands. Sie wird von 82 Prozent der Bürger als potenzieller Grund für die Verlängerung eines Einsatzes herangezogen. Neben dem Blick auf die nationale Sicherheit des eigenen Landes orientiert sich die Beurteilung der Bürger auch in hohem Maße am Schicksal der Bevölkerung im Einsatzland, was konsistent ist mit den humanitären Zielen, die ein Auslandseinsatz im Urteil vieler Deutscher haben sollte. So stimmten 72 Prozent zu, dass ein Einsatz verlängert werden sollte, wenn ein Abzug deutscher Streitkräfte ein erneutes Aufflammen der Gewalt zur Folge hätte. 71 Prozent würden einer Verlängerung zustimmen, wenn die Bevölkerung den Wunsch äußert, die Bundeswehr solle noch bleiben. Ebenfalls große Zustimmung würden Forderungen der UNO über eine Einsatzverlängerung finden, während das Beispiel anderer Staaten etwas weniger schwer wiegt; 59 Prozent stimmen der Aussage zu, die Bundeswehr solle noch bleiben, wenn andere an einem Einsatz beteiligte Nationen dies auch tun.

**Tabelle 42: Gründe für die Verlängerung eines Einsatzes**

Frage: „Für eine Verlängerung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr kann es ganz unterschiedliche Gründe geben. Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Wenn es die Sicherheitslage Deutschlands erfordert	54	28	9	9
Wenn abzusehen ist, dass es nach einem Abzug der Bundeswehr in der Region wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt	36	36	16	12
Wenn die betroffenen Menschen in der Krisenregion wollen, dass die Bundeswehr noch bleibt	36	35	18	11
Wenn die UNO eine Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr für notwendig erachtet	34	38	16	12
Wenn zur Erfüllung des Auftrages mehr Zeit benötigt wird, als ursprünglich geplant	33	38	17	12
Wenn andere Nationen den Einsatz ihrer Streitkräfte ebenfalls verlängern	25	34	25	16

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 11.5 Gründe für eine sofortige Beendigung eines Einsatzes

Die Rangfolge der Gründe, die im Urteil der Bevölkerung für eine sofortige Beendigung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr sprechen, scheint auf ähnlichen Erwägungen und Überlegungen zu basieren wie die für eine Verlängerung. An erster Stelle steht dabei die Notwendigkeit, den deutschen Soldaten die erforderlichen Mittel zur Erfüllung ihres Auftrages zur Verfügung zu stellen. 92 Prozent sind dabei der Meinung, unzureichende Bewaffnung und Ausrüstung seien mögliche Gründe für eine vorzeitige Beendigung eines Auslandseinsatzes. Ebenfalls sehr bedeutsam erscheint den Befragten wiederum die nationale Sicherheit der Bundesrepublik. Wenn die Soldaten in Deutschland dringender gebraucht werden als im Einsatzland, wäre für 88 Prozent eine Beendigung des Einsatzes in Erwägung zu ziehen. Die Wünsche der Bevölkerung des Einsatzlandes sind für die Deutschen ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Sinnhaftigkeit eines Einsatzes. Sind deutsche Soldaten nicht mehr erwünscht, würden 86 Prozent für eine Beendigung des Auslandseinsatzes plädieren. Aber auch die übrigen abgefragten Begründungen für einen Einsatzabbruch trafen bei den Befragten auf deutlich mehrheitliche Zustimmung, wenn auch ihre Position in der Rangfolge gewisse Präferenzen in der Bevölkerung erkennen lässt. So erscheinen zwar die Fragen der Verwicklung von Soldaten in Kämpfe, sowie nach Verwundung und Tod von Soldaten mit 72 bis 78 Prozent zustimmenden Antworten ebenfalls als gewichtige Gründe, die bei einer Mehrzahl der



Deutschen große Zweifel am Sinn eines Einsatzes der Bundeswehr auslösen würden. Jedoch ist hier auch ein nicht zu unterschätzender Anteil von 20 bis 30 Prozent zu verzeichnen, der solche Ereignisse offenbar durchaus als Einsatzrisiko akzeptiert, das nicht notwendigerweise den Sinn einer Operation in Frage stellt. Die Platzierung des Items „Wenn der betreffende Einsatz zu teuer wird“ am Ende der Rangfolge macht schließlich deutlich, dass die finanziellen Kosten eines Einsatzes zwar durchaus als gewichtig angesehen werden, dass diese jedoch zumindest für ein Viertel der Bevölkerung durchaus gleichberechtigt zu anderen Themenfeldern zu erbringen sind.

**Tabelle 43: Gründe für eine sofortige Beendigung eines Einsatzes**

Frage: „Für eine sofortige Beendigung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr kann es ja ebenfalls ganz unterschiedliche Gründe geben. Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Wenn sich herausstellt, dass der Bundeswehr die notwendige Ausrüstung und Bewaffnung fehlt	72	20	5	3
Wenn die eingesetzten Soldaten in Deutschland dringender gebraucht werden	67	21	9	3
Wenn die betroffenen Menschen in der Krisenregion wollen, dass die Bundeswehr die Region verlässt	65	21	10	4
Wenn andere Nationen den Einsatz ihrer Streitkräfte ebenfalls beenden	57	26	13	4
Wenn zu befürchten ist, dass deutsche Soldaten in diesem Einsatz ihr Leben verlieren werden	55	23	15	7
Wenn Soldaten der Bundeswehr in diesem Einsatz ihr Leben verloren haben	54	21	17	8
Wenn abzusehen ist, dass der Auftrag in absehbarer Zeit nicht zu erfüllen ist	53	25	17	5
Wenn abzusehen ist, dass die Bundeswehr in gewalttätige Konflikte verwickelt wird	53	25	14	8
Wenn die eingesetzten Soldaten in anderen Regionen der Welt dringender gebraucht werden	51	27	16	6
Wenn Soldaten der Bundeswehr in diesem Einsatz schwer verletzt wurden	50	22	19	9
Wenn der betreffende Einsatz zu teuer wird	48	27	19	6

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 11.6 Fazit

Die Einstellungen der Deutschen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr spiegeln in gewisser Weise die Beobachtungen wider, die bereits in vergangenen Kapiteln gemacht wurden. Sie sind ein direktes Resultat der außen- und sicherheitspolitischen Präferenzen der Bundesbürger, ihrem im allgemeinen geringen Interesse an Sicherheitspolitik, sowie ihrem geringen Wissensstand in diesem Themenbereich.

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist durch den für einen Auslandseinsatz notwendigen Beschluss des Bundestags rückgekoppelt an die deutsche Bevölkerung. Der Bundestag muss einem Auslandseinsatz und seiner Ausgestaltung zustimmen. Da sowohl die grundsätzliche Zustimmung zu einem militärischen Engagement im Ausland als auch dessen spezifische Ausgestaltung vor den eigenen Wählern gerechtfertigt werden müssen, ist die Unterstützung der Bevölkerung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr politisch von dauerhaft großer Bedeutung.

Zustimmung und Akzeptanz stehen jedoch nur dann auf einer sicheren Grundlage, die nicht durch kurzfristigen Einstellungswandel erschüttert werden kann, wenn sie nicht vorrangig auf einem allgemeinen Vertrauen in die Bundeswehr basieren, wie dies gegenwärtig zu beobachten ist, sondern in größerem Umfang auf Informationen über die Aufgaben und die jeweiligen Einsätze der Bundeswehr. Eine konsequente und umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung, die sowohl über die Motive und Ziele eines Einsatzes aufklärt, Fortschritte aufzeigt, aber auch Herausforderungen und Risiken nicht ausspart, sind also zentrale Elemente einer effektiven Vermittlung der Auslandseinsätze in der Bevölkerung. Die in der Untersuchung aufgezeigten Gründe, die nach Einschätzung der Bevölkerung für den Abbruch eines Auslandseinsatzes sprechen könnten, sollten dabei nicht als Themen angesehen werden, die in der Vermittlung zu vermeiden sind, sondern als Fragen und Problemfelder, welche die Öffentlichkeit besonders sorgenvoll betrachtet. Soll sich die Bevölkerung ein umfassendes Bild über die Auslandseinsätze machen können, das auch potenzielle Risiken beinhaltet, dann sollten auch solche Themen mit besonderer Sorgfalt vermittelt werden.

# 12 Verteidigungsausgaben, Personalumfang und Wehrform

*Rüdiger Fiebig*

---

## 12.1 Einleitung

Das abschließende Kapitel dieses Forschungsberichts wird sich der Frage der grundlegenden Ressourcenausstattung für die deutsche Sicherheitspolitik widmen, sowohl finanziell als auch personell, also den Fragen der Höhe der Verteidigungsausgaben, des Personalumfangs der Bundeswehr und der Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland.

Bereits in den vorherigen Abschnitten wurde wiederholt die Bedeutung angesprochen, die sozioökonomische Überlegungen auf Einstellungen der Bevölkerung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik ihres Landes haben. Der Bürger sieht die Sicherheitspolitik seines Landes oft in hohem Maße determiniert durch die Möglichkeiten, Mittel und Ressourcen, welche der Regierung zu ihrer Ausgestaltung zur Verfügung stehen. Daher beeinflusst, wie bereits in Kapitel 4 erwähnt, die aktuelle wirtschaftliche Lage auch den Grad, mit dem die Bevölkerung das aktive außenpolitische Engagement ihres Landes unterstützt. Gleichzeitig werden Verteidigungsausgaben, Personalumfang und die Zukunft der Wehrpflicht damit zu Themen, die für den Bürger unmittelbar mit seinen sicherheitspolitischen Präferenzen verbunden sind. Wünscht er sich ein aktiveres Handeln seiner Regierung auf der internationalen Ebene, müssten dafür auch die notwendigen materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Ob dies der Fall ist, wird im Folgenden betrachtet werden.

## 12.2 Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben

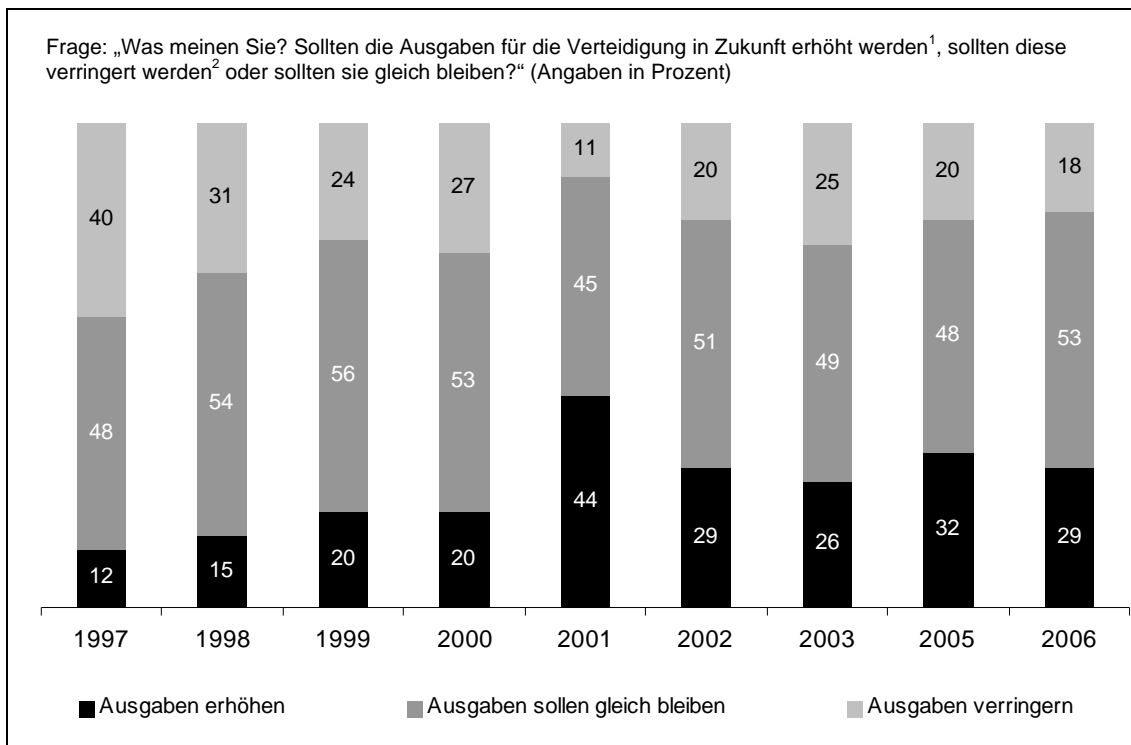
Wie bereits erörtert wurde, möchte die Mehrheit der Bundesbürger die deutschen Streitkräfte für ganz unterschiedliche Aufgaben einsetzen. Ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung will ihr zur Erfüllung dieser Aufgaben auch mehr finanzielle Mittel zubilligen. Annähernd jeder Dritte fordert inzwischen, dass die Verteidigungsausgaben erhöht werden (29 Prozent). Etwa jeder Zweite will an der Höhe der Ausgaben nichts ändern und meint, sie sollten zumindest gleich bleiben (53 Prozent). Knapp jeder Fünfte denkt, dass die Verteidigungsausgaben weiter verringert werden sollten (18 Prozent).

Das Einstellungsbild hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Insgesamt hat sich ein Trend entwickelt, der langfristig auf eine wachsende Bereitschaft zur Erhöhung des Verteidigungsetats hinweist. Im Jahr 1997 lag der Anteil der Befürworter von höheren Verteidigungsausgaben bei lediglich 12 Prozent; im Jahr 2000 waren es bereits 20 Prozent und heute ist dieser Anteil mit 29 Prozent fast dreimal so groß. Spiegelbildlich ist der Anteil derjenigen, die für eine Kürzung der Ausgaben sind, kleiner geworden. Er hat sich von 40 auf 18 Prozent vermindert und damit innerhalb von nur acht Jahren halbiert.

Überlagert wird dieser langfristige Trend durch eine plötzliche Erschütterung im Jahr 2001, die auf die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten und die damit verbundenen Ängste der Menschen vor Terror und Krieg zurückzuführen ist.

Insgesamt wird deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger gravierende Sparmaßnahmen bei den Streitkräften ablehnt, weil den Bürgern in den Medien die Vielfalt und Komplexität der internationalen Aufgaben der Bundeswehr zunehmend bewusst geworden sind und dieses internationale Engagement auch von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. In der Konsequenz plädiert nur noch ein Fünftel der Bürger für eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben.

**Abbildung 17: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben**



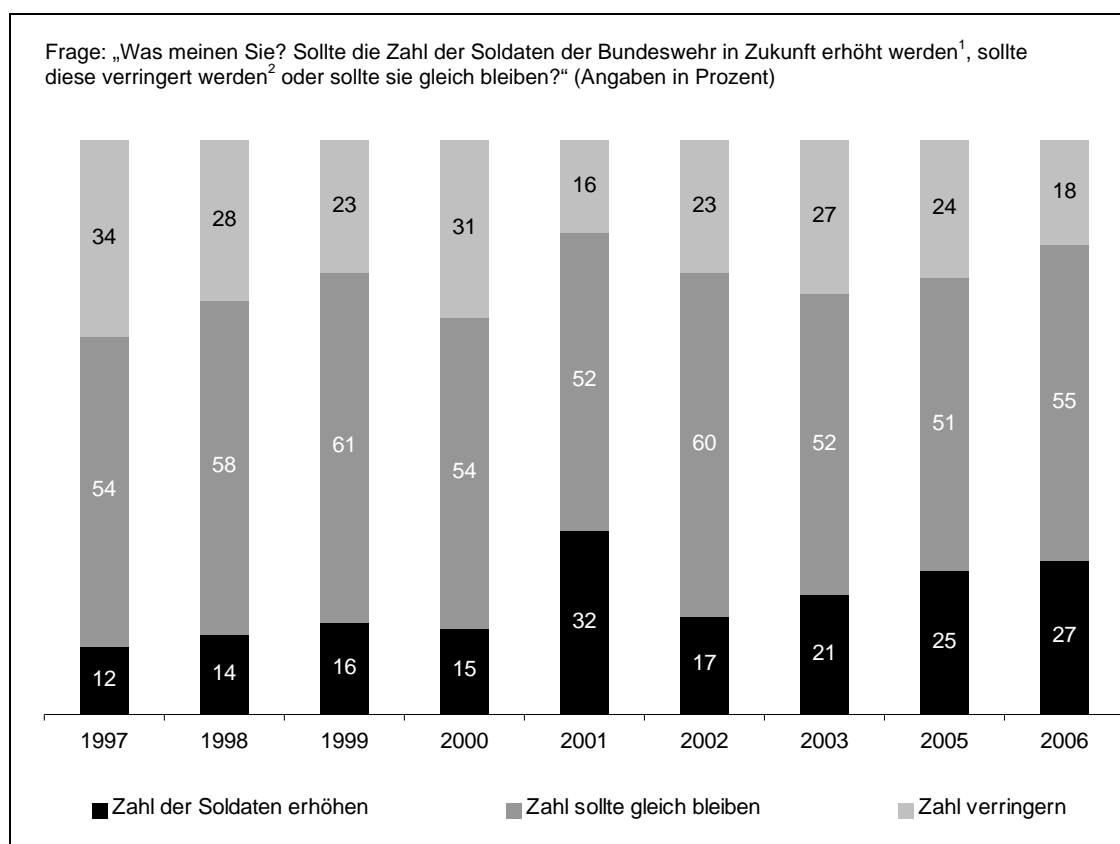
Anmerkungen: 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 12.3 Vorstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr

Die Einstellungen der Bevölkerung zur personellen Ausstattung der Bundeswehr entwickelten sich in den letzten Jahren in ähnlicher Weise wie die Meinung über den Verteidigungsetat. Auch hier wurde eine Entwicklung sichtbar, die den wachsenden Anforderungen an die Bundeswehr durch eine Vielzahl von Auslandseinsätzen Rechnung trägt. Seit 1997 hat sich der Anteil derjenigen Befragten, die eine größere Zahl von Soldaten für die Bundeswehr wünschen, mehr als verdoppelt, von 12 auf 27 Prozent 2006. Gleichzeitig halbierte sich, wie auch bei der Meinung zu den Verteidigungsausgaben, der Anteil der Bürger, die eine Verringerung des Personalumfangs der Bundeswehr präferieren, von 34 Prozent im Jahr 1997 auf aktuell 18 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, die eine gleichbleibende Personalausstattung wünscht, blieb über den Zeitraum hinweg relativ stabil. Auch bei der Haltung zum Personalumfang wurde die Wirkung des 11. September auf die Einstellungen der Bevölkerung im Jahr 2001 deutlich sichtbar.

**Abbildung 18: Vorstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr**



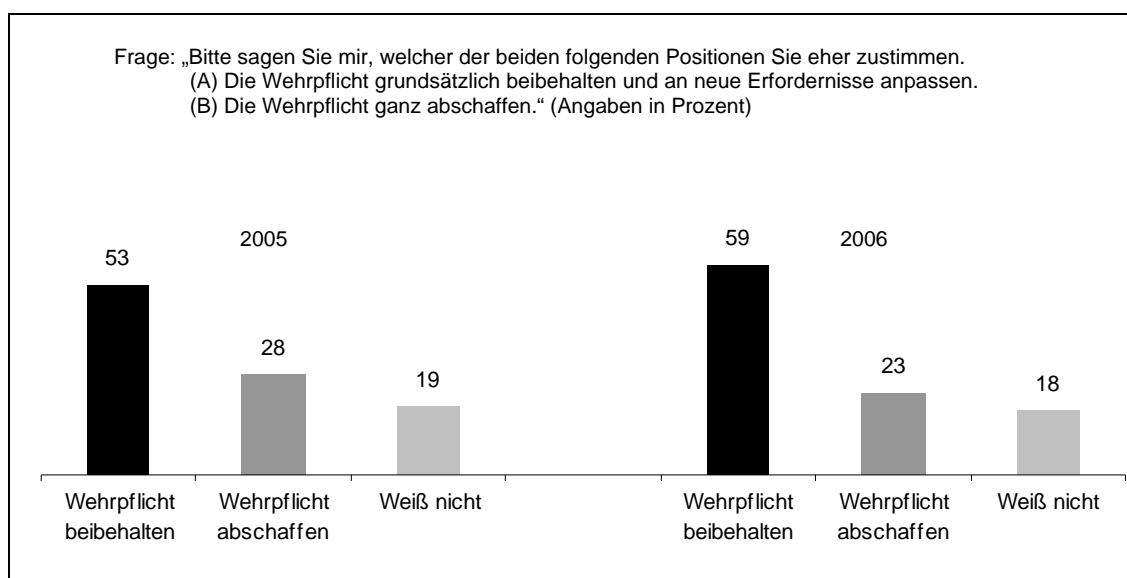
Anmerkungen: 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 12.4 Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht

Die Einstellungen der Bundesbürger zur Wehrpflicht sind aufgrund ihrer weitreichenden Implikationen von besonderem Interesse. Zum einen kann man davon ausgehen, dass die öffentliche Meinung die Entscheidung junger Männer beeinflusst, ob sie Wehrdienst leisten oder nicht. Wenn das persönliche Umfeld, also Eltern, Lehrer und Freunde, eine positive Haltung vertritt, dann wird sich der Betreffende vermutlich eher für den Wehrdienst entscheiden; andernfalls wird er wohl eher den Wehrdienst verweigern und statt dessen Zivildienst leisten wollen. Zum anderen ist anzunehmen, dass sich die Einstellungen der Bürger zumindest indirekt auch auf die Debatten über die zukünftige Wehrverfassung auswirken. Eine positive Haltung der Bevölkerungsmehrheit wäre ein nicht zu unterschätzendes Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Fehlende Unterstützung wäre dagegen ein Grund mehr, sie abzuschaffen und die Bundeswehr in eine reine Berufsarmee zu transformieren. Was also halten die Menschen in Deutschland vom Wehrdienst? Wie hat sich das Meinungsbild in den letzten Jahren entwickelt und wie groß sind die Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen?

**Abbildung 19: Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht**



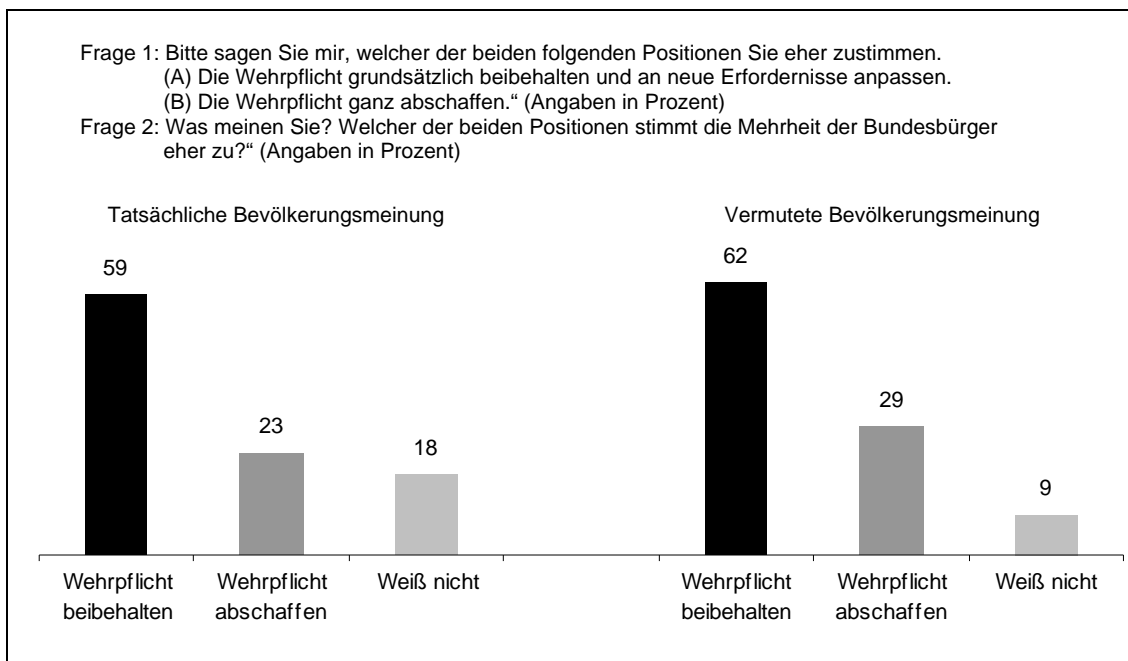
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Abbildung 19 zeigt die Meinung der Befragten zu zwei entgegengesetzten Positionen hinsichtlich der Wehrpflicht in Deutschland. Demnach ist die Mehrheit der Bundesbürger für den Fortbestand der Wehrpflicht. 59 Prozent der Befragten plädieren dafür, sie grundsätzlich zu erhalten. Nur etwa jeder Vierte will die Wehrpflicht abschaffen

(23 Prozent). Etwa jeder Fünfte hat zu diesem Thema keine Meinung (18 Prozent). Die Mehrheitsverhältnisse sind eindeutig: Auf zwei Personen, die sich dafür aussprechen, kommt eine Person, die dagegen ist. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr stieg die Zustimmung zur Wehrpflicht damit um 6 Prozentpunkte.

Gleichzeitig sind die Befragten auch in der Lage, die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung selbst richtig einzuschätzen. Abbildung 20 zeigt die Anteile derjenigen, die die jeweiligen Positionen als Mehrheitsmeinung der Bundesbürger vermuteten. Zwar ist der Anteil derjenigen, die eine Abschaffung der Wehrpflicht als Mehrheitsmeinung vermuten, sechs Prozentpunkte größer als die tatsächliche Bevölkerungsmeinung, jedoch lassen die seit Jahren stabilen tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse keinen Trend zu einer „Schweigespirale“ erkennen, bei der die Bevölkerung dem vermuteten Trend folgen würde.

**Abbildung 20: Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Neben den beiden genannten Positionen zur Wehrpflicht wurde in der Bevölkerungsumfrage 2006 auch nach der generellen Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht gefragt, die als sechsstufige Skala von „sehr positiv“ bis „sehr negativ“ reichte. Tabelle 44 zeigt die Anteile der einzelnen Antwortkategorien sowohl insgesamt als auch nach Teil-

populationen aufgeschlüsselt. Insgesamt hat die Bevölkerung eine deutlich positive Einstellung zur Wehrpflicht.

**Tabelle 44: Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht**

Frage: „Wie ist Ihre Einstellung zur Wehrpflicht?“ (Angaben in Prozent)				
	(Sehr) positiv	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ
Insgesamt	44	31	14	11
Geschlecht/Altersgruppe				
Männer	45	27	15	13
16 bis 39 Jahre	42	22	17	19
40 bis 59 Jahre	45	32	14	9
60 Jahre und älter	52	28	11	9
Frauen	42	35	13	10
16 bis 39 Jahre	38	34	15	13
40 bis 59 Jahre	39	33	19	9
60 Jahre und älter	49	39	6	6
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	36	28	18	18
Realschulabschluss	48	29	16	7
Hauptschulabschluss	45	34	11	10
Parteipräferenz				
CDU/CSU	56	29	10	5
SPD	44	37	11	8
FDP	33	31	25	11
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	33	18	27	22

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

75 Prozent der Befragten antworten mit „sehr positiv“, „überwiegend positiv“ und „eher positiv“. Die Aufschlüsselung der Antwortanteile nach Alter und Geschlecht lässt für weibliche Befragte eine fast identische Verteilung wie für die Männer erkennen, das Alter selbst ist jedoch eine klare Determinante für die Einstellung der Menschen, die mit zunehmendem Alter dazu neigen, eine positivere Haltung zu besitzen. Die Anteile nach dem formalen Bildungsgrad zeigen, dass Befragte mit Hochschulreife deutlich skeptischer gegenüber der Wehrpflicht sind, so steigt der Anteil der Befragten, welche die Wehrpflicht überwiegend negativ oder sehr negativ betrachten, von 11 Prozent in der Gesamtbevölkerung auf 18 Prozent bei den Befragten mit Hochschulreife. Die Parteipräferenz hat ebenfalls Einfluss auf die Haltung der Menschen, so sehen Anhänger der Unionsparteien die Wehrpflicht deutlich positiver und Befragte mit einer Präferenz



für die FDP oder Bündnis 90/Die Grünen kritischer. Dabei nehmen Anhänger der Grünen jedoch noch eine Sonderstellung ein, da sie anders als die FDP-Sympathisanten stärker nach den deutlich ablehnenden Kategorien „überwiegend negativ“ und „sehr negativ“ antworteten. Dennoch muss betont werden, dass selbst unter den einzelnen Teilgruppen in jedem Fall immer noch die Mehrheit eine insgesamt positive Einstellung zur Wehrpflicht hat, so auch bei den Grünen-Anhängern, die ihr zu 51 Prozent positiv gegenüberstehen.

## 12.5 Haltungen zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland

Die Beibehaltung der Wehrpflicht schließt ihre Weiterentwicklung und Anpassung an die neuen Erfordernisse nicht aus. Auch in der Bevölkerungsumfrage 2006 wurde nach Einstellungen zur Zukunft der Wehrpflicht und eventuellen Veränderungen des derzeitigen Modells gefragt.

**Tabelle 45: Haltungen zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland**

Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Positionen zur zukünftigen Entwicklung der Wehrpflicht vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Die Wehrpflicht sollte abgeschafft und die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umgewandelt werden.	31	14	24	31
Die Wehrpflicht sollte auf eine reine Grundausbildung verkürzt werden.	20	23	28	29
Die gegenwärtig bestehenden Regelungen zur Wehrpflicht sollten unverändert beibehalten werden.	32	29	23	16
Die Wehrpflicht sollte nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gelten.	25	20	20	35
Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann.	39	27	17	17
Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann.	32	23	20	25

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Nur etwa jeder Dritte ist überzeugt davon, dass die gegenwärtig bestehenden Regelungen unverändert beibehalten werden sollten. Doch wie soll die Wehrpflicht der Zukunft aussehen? Die Bürger könnten sich mit einer Reihe von möglichen Änderungen anfreunden, von denen zwei Modelle ungefähr die gleiche Zustimmung erhalten. 31 Pro-

zent plädieren für eine völlige Abschaffung der Wehrpflicht und Umwandlung in eine Freiwilligenarmee, 39 Prozent für eine „Dienstpflicht“ für Männer, mit freier Wahl zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft. Immerhin noch 32 Prozent sind von einer solchen Lösung überzeugt, wenn sie auch für Frauen gelten soll. Andere Lösungen wie eine Verkürzung der Wehrpflicht auf eine reine Grundausbildung oder die Wehrpflicht sowohl für Männer als auch für Frauen finden mit 20 bzw. 25 Prozent deutlich weniger Zuspruch bei den Befragten.

## **12.6 Fazit**

Insgesamt sind die Deutschen grundsätzlich bereit, die nötigen Ressourcen für eine aktive und engagierte Außen- und Sicherheitspolitik ihres Landes bereitzustellen. Kürzungen von Verteidigungsausgaben und Personalumfang der Bundeswehr, die noch vor zehn Jahren von nicht unbedeutenden Anteilen der Bevölkerung befürwortet wurden, stehen angesichts von Auslandseinsätzen mit fast 8 000 deutschen Soldaten auf drei Kontinenten kaum noch ernsthaft zur Debatte. Vielmehr wächst die Zahl derjenigen Bürger, die den wachsenden Anforderungen an die Bundeswehr mit mehr finanziellen wie personellen Mitteln Rechnung tragen möchten. Die Belastbarkeit dieser Einstellungen würde sich natürlich erst bei entsprechenden politischen Initiativen und damit möglicherweise verbundenen „Umverteilungs“-Zwängen im Gesamthaushalt zeigen. Gleichzeitig bleibt die Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht wie in den Jahren zuvor auch 2006 stabil. Die Bundesbürger haben durch die Bank und über Parteigrenzen hinweg eine mehrheitlich positive Haltung zur Wehrpflicht und möchten auch grundsätzlich an ihr festhalten. Dennoch sehen sie Reformbedarf sowohl für die Wehrgerechtigkeit als für die personellen Anforderungen, denen sich die Bundeswehr im 21. Jahrhundert gegenübergestellt sieht. Die mehrheitliche Zustimmung der Deutschen zu einem Modell der allgemeinen Dienstpflicht mit freier Wahl zwischen Wehr- und anderen Diensten ist vor allem als Wunsch der Menschen zu werten, die Vorteile der Wehrpflicht, die sich über 50 Jahre hinweg bewährt hat, zu erhalten, dabei aber das zunehmend als kritisch wahrgenommene Problem der fehlenden Wehrgerechtigkeit in den Griff zu bekommen.

## 13 Literaturverzeichnis

---

- Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf (Hrsg.) (1955): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation. Band 1. Frankfurt a. M.
- Breed, Warren (1973): Soziale Kontrolle in der Redaktion: eine funktionale Analyse. In: Aufermann/Bohrmann/Sülzer (Hrsg.) 1955: 356–378.
- Brosius, Hans-Bernd/Eps, Peter (Hrsg.) (1993): Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. In: Rundfunk und Fernsehen, 41, 512–530.
- Bulmahn, Thomas (2004): Bevölkerungsbefragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland. Ergebnisbericht 2004. Strausberg.
- Bulmahn, Thomas (2005): Bevölkerungsumfrage 2005. Repräsentative Befragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland. Ergebnisbericht. Strausberg.
- Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Online: <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/sicherheitspolitik/grundlagen/weissbuch2006>.
- Bundesregierung (2007): Viel erreicht. Online: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/Afghanistan/VielErreicht/2007-08-18-viel-erreicht.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/Afghanistan/VielErreicht/2007-08-18-viel-erreicht.html)
- Bundeswehr (2007): Sicherheit durch Wiederaufbau. Online: [www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/cimic/afghanistan?yw\\_contentURL=/C1256EF4002AED30/W26ZSARX616INFODE/content.jsp#par2](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/cimic/afghanistan?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/W26ZSARX616INFODE/content.jsp#par2)
- Capitanchik, David/Eichenberg, Richard C. (1983): Defence and Public Opinion. London. Royal Institute of International Affairs.
- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: International Studies Quarterly, 39, 313–331.
- Elsner, Monika/Gumbrecht, Hans Ulrich/Müller, Thomas/Spangenberg, Peter M. (1994): Zur Kulturgeschichte der Medien. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 163–187.
- Europäischer Rat (1999): Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ERKLÄRUNG. Online: [http://europa.eu/european\\_council/conclusions/index\\_de.htm](http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm)
- Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Online: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
- Europäische Union (1997): Vertrag von Amsterdam. Online: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html>

- Europäische Union (1999): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Helsinki). Online: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm)
- Europäischer Union (1999a): Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ERKLÄRUNG. Online: [http://europa.eu/european\\_council/conclusions/index\\_de.htm](http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm)
- Europäische Union (2002): Erklärung der NATO und der Europäischen Union über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Brüssel, 16. Dezember 2002. Online: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/73803%20-%20Solana%20-%20Permanent%20arrangements%20+%20NATO%20declaration.pdf>
- Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Online: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
- Fishman, Mark (1978): Crime Waves As Ideology. In: Social Problems, 25, 531–543.
- Flynn, Gregory/Rattinger, Hans (Hrsg.) (1985): The Public and Atlantic Defense. London: Rowman & Allanheld.
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (17.09.2007): Zarte Annäherung. Frankreich erinnert sich seiner Rolle in der Nato, 10.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (26.10.2007): Die Nato reduziert ihre Schnelle Eingreiftruppe drastisch, 2.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (22.11.2007): Krieg im Cyberspace. Nach dem Angriff auf estnische Computernetze berät die NATO über eine Abwehr, 10.
- Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (2003): Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Einstellungen und Meinungen in der deutschen Bevölkerung. SOWI-Arbeitspapier 135. Strausberg. Online: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)
- Geiger, Gebhard (2007): EU-Sicherheitsforschung. Der Beitrag der Wissenschaft zur europäischen Sicherheit. SWP-Aktuell 2007/A 21, März 2007.
- Hejl, Peter M. (1994): Soziale Konstruktion von Wirklichkeit. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 43–59.
- Holst, Christian (1998): Sicherheit und Bedrohung. Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der neunziger Jahre. Hamburg: Kovac.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark (1987): How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: American Political Science Review, 81: 4, December 1987, 1099–1120.
- Kaim, Markus/Kupferschmidt, Frank (2006): Die NATO vor dem Gipfel. Zum Treffen der Staats- und Regierungschefs in Riga. In: SWP-Aktuell 2006/A 56, November 2006.

- Kempin, Ronja (2007): Polizeiaufbau in Afghanistan. Plädoyer für eine weitere Ausdehnung des EU-Engagements. In: SWP-Aktuell 2007/A 47, August 2007.
- Kepplinger, Hans Mathias/Habermeier, Johanna (1996): Ereignis-Serien. Was kann man nach spektakulären Vorfällen über die Wirklichkeit wissen? In: Mast (Hrsg.) 1996: 261–272.
- Klein, Paul (1997): Militärische Multinationalität im Meinungsbild der deutschen Bevölkerung. SOWI-Arbeitspapier 103. Strausberg. Online: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)
- Löffelholz, Martin/Altmeppen Klaus-Dieter (1994): Kommunikation in der Informationsgesellschaft. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 570–591.
- Mast, Claudia (Hrsg.) (1996): Markt – Macht – Medien. Publizistik zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen. Konstanz: Universitätsverlag.
- Matzken, Heino (2007): Battlegroups – Eigenständig einsatzfähig. In: if – Zeitschrift für Innere Führung, Ausgabe 2/3 2007. Online: [www.if-zeitschrift.de](http://www.if-zeitschrift.de)
- Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.) (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Berthold (1983): Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik. Frankfurt a. M.: Campus.
- Mölling, Christian (2007): EU-Battlegroups. Stand und Probleme der Umsetzung in Deutschland und für die EU. Diskussionspapier der FG2, SWP, Berlin.
- NATO (1949): Der Nordatlantikvertrag. Online: <http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm>
- NATO (1999): The Alliance's Strategic Concept Approved by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington D.C. on 23rd and 24th April 1999. Online: <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm>
- NATO (2002): Prague Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Prague on 21 November 2002. Online: <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-127e.htm>
- NATO (2006): Riga Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Riga on 29 November 2006. Online: <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-150e.htm>
- Noetzel, Timo/Scheipers, Sibylle (2007): Die Nato in Afghanistan. Das Bündnis und die Grenzen seiner Strategiefähigkeit. In: SWP-Aktuell 2007/A 44, August 2007.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1992): The Rational Public. Fifty Years of Trends in American's Policy Preferences. Chicago: University of Chicago Press.
- Pew Global Attitudes Survey (2007). Online: <http://pewglobal.org>
- Rattinger, Hans (1985): The Federal Republic of Germany: Much Ado About (Almost) Nothing. In: Flynn/Rattinger (Hrsg.) 1985: 101–173.

- Rattinger, Hans/Christian Holst (1998): Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik. Universität Bamberg. Online: <http://web.unibamberg.de/sowi/polsociology/forschung/publications/textband.pdf>
- Räder, Hans-Georg (1982): Meinungsbildung und Meinungsänderung zur Sicherheitspolitik unter Einfluß politischer Ereignisse. Eine Panel-Untersuchung über Stabilität und Veränderung von Meinungen zur Sicherheitspolitik. In: Zoll (Hrsg.) 1982.
- Reynolds, Christopher/Hofmann, Stephanie C. (2007): Die EU-NATO-Beziehungen. In: SWP-Aktuell 2007/A 37, Juli 2007. Online: [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=4164](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4164)
- Riecke, Henning (Hrsg.) (2007): Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euroatlantischen Sicherheitskooperation. Baden-Baden.
- Riecke, Henning (2007): Transformation ohne Konsens? Eine Einführung. In: Riecke (Hrsg.) 2007.
- Rusch, Gebhard (1994): Kommunikation und Verstehen. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 60–78.
- Theiler, Olaf (2003): Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen. Baden-Baden.
- Transatlantic Trends (2007): Online: <http://www.transatlantictrends.org/trends/>
- Weischenberg, Siegfried (1994): Journalismus als soziales System. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 427–454.
- White, David M. (1950): The gatekeeper: A Case Study in the Selection of News. In: Journalism Quarterly, 27, 383–390.
- Zoll, Ralf (Hrsg.) (1982): Genese, Struktur und Wandel von Meinungsbildern in Militär und Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

# 14 Fragebogen

---

## Fragebogen Bevölkerungsbefragung 2006

<b>Studie Nr.</b>	<b>12752 DZ 00 (3121)</b>
<b>SPLIT</b>	
<b>Version</b>	<b>final</b>
<b>Fragebogen-Nr.</b>	
<b>Adressenlisten-Nr.</b>	
<b>Interviewer-Nr.</b>	

### Auswertung

Diese Angaben bitte umsetzen (siehe dazu Word Fragebogen):

- + Weiß nicht auf Pos. 98
- + keine Angabe auf Pos. 99
- + und alle weiteren Spontanen Nennungen auf 96 bzw. 97

(Hinweis: Als Vorlage für die Einleitung Studie 6364 Institutionenvertrauen)

ET

Guten Tag, mein Name ist ... von der Firma Ipsos GmbH. Ipsos zählt zu den führenden Marktforschungsunternehmen in Deutschland. Wir führen zur Zeit eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch. Dazu möchten wir Sie gern befragen. Alle Antworten werden streng vertraulich behandelt. Die Untersuchungsergebnisse werden nie in Verbindung mit dem Namen ausgewertet, sondern nur in Form von Statistiken dargestellt. Ihre Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig. Sind Sie bereit, uns dazu ein Interview zu geben?

- 1: ja → weiter mit A
- 2: nein → ENDE

A

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und die Kinder mit eingeschlossen?

- 1: ... eine Person
- 2: ... zwei Personen
- 3: ... drei Personen
- 4: ... vier Personen
- 5: ... fünf Personen
- 6: ... sechs Personen
- 7: ... sieben Personen
- 8: ... acht Personen
- 9: ... neun Personen +

B

Und wie viele Personen davon sind 16 Jahre und älter?

- 1: ... eine Person
- 2: ... zwei Personen

- 3: ... drei Personen
- 4: ... vier Personen
- 5: ... fünf Personen
- 6: ... sechs Personen
- 7: ... sieben Personen
- 8: ... acht Personen
- 9: ... neun Personen +

C

Nennen Sie mir bitte die Vornamen der Personen ab 16 Jahre.

Und nun sagen Sie mir bitte noch, welche Person von den genannten Personen als nächste Geburtstag hat.

INT.: Kreuzen Sie bitte die Person an, die, von HEUTE (Befragungstag) aus gesehen, als erste Geburtstag hat. Mit dieser Person ist die Befragung durchzuführen. Kinder unter 18 Jahren dürfen weder im Schema eingetragen noch befragt werden.

Vornamen der Personen ab 16 Jahre

Befragungsperson bitte ankreuzen!

---



---



---



---



---



---

Z1 PRG: Interviewbeginn  
 /\_/\_/ Stunde /\_/\_/ Minuten

### **ANGABEN DES INTERVIEWERS VOR BEGINN DES INTERVIEWS AUFNEHMEN**

#### **INT1. Interviewereintragung: Geschlecht**

- 1: Mann
- 2: Frau

#### **INT2. Ortsgröße (wird zugespielt)**

#### **INT3. Bundesland (wird zugespielt)**

Zunächst habe ich einige Fragen zu Ihnen persönlich.

**S8. Wie ist Ihr Familienstand? Was von der folgenden Liste trifft zu? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.**

INT.: LISTE S8 VORLEGEN

- a) Ledig, allein lebend
- b) Ledig, in Lebensgemeinschaft mit einem Partner bzw. einer Partnerin lebend
- c) Verheiratet, mit dem Partner bzw. der Partnerin zusammen lebend
- d) Verheiratet, vom Partner bzw. von der Partnerin getrennt lebend
- e) Geschieden, allein lebend
- f) Geschieden, in Lebensgemeinschaft mit einem Partner bzw. einer Partnerin lebend
- g) Verwitwet, allein lebend
- h) Verwitwet, in Lebensgemeinschaft mit einem Partner bzw. einer Partnerin lebend



- 1: BUCHSTABEN NOTIEREN  
 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**S4. Sind Sie zur Zeit erwerbstätig oder nicht? Was von der folgenden Liste trifft auf Sie zu? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.**

INT.: LISTE S4 VORLEGEN, MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH

- a) Voll erwerbstätig
- b) In Teilzeitbeschäftigung
- c) Geringfügig oder unregelmäßig erwerbstätig
- d) In Umschulung
- e) Auszubildender in Aus- oder Weiterbildung
- f) Wehrpflichtiger beim Grundwehrdienst
- g) Freiwillig länger dienender Soldat bei der Bundeswehr
- h) Zivildienstleistender/Freiwilliges soziales Jahr
- i) Schüler an einer allgemeinbildenden Schule
- j) Student an einer Fachschule, Fachhochschule oder Universität
- k) In Warteschleife für einen Ausbildungsplatz
- l) In Warteschleife für einen Studienplatz
- m) Arbeitslos/arbeitssuchend
- n) Im Erziehungsurlaub
- o) Im Vorruhestand
- p) Im Ruhestand, in Rente
- q) Anderweitig nicht erwerbstätig

- 1: BUCHSTABEN NOTIEREN  
 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q1. Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 1 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – z

- a) Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland
- b) Kürzung von Sozialleistungen
- c) (PROG: Falls in S4 Pos. a, b, c): Verlust des eigenen Arbeitsplatzes
- d) Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit
- e) (PROG: Falls in S4 Pos. m): Keinen Arbeitsplatz zu finden
- f) Überalterung der Gesellschaft
- g) Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter
- h) Verstärkte Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland
- i) Politischer Extremismus in Deutschland
- j) Religiöser Fundamentalismus in Deutschland
- k) Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche
- l) Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall
- m) (PROG: Falls in S8 Pos. b, c, d, f, h): Arbeitslosigkeit des Partners/der Partnerin
- n) Terroranschläge in Deutschland
- o) Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land

- p) Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen
- q) Kriege oder militärische Konflikte in der Welt
- r) Bürgerkrieg auf dem Balkan, z. B. im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina
- s) Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland
- t) Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung
- u) Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen
- v) Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt
- w) Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika
- x) Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten, wie jüngst in Israel und dem Libanon
- y) Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea
- z) Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan

Ich fühle mich davon ...

- 1: Sehr stark bedroht
- 2: Stark bedroht
- 3: Bedroht
- 4: Kaum bedroht
- 5: Gar nicht bedroht
- 97: Trifft nicht zu (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q2. Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 2 VORLEGEN.

Ich fühle mich persönlich ...

- 6: Sehr sicher
- 5: Sicher
- 4: Eher sicher
- 3: Eher unsicher
- 2: Unsicher
- 1: Sehr unsicher
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q3. Was meinen Sie? Wie sehr wird die Bundesrepublik Deutschland zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?**

INT.: SKALA 3 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – z

- a) Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland
- b) Krise des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland
- c) Massenarbeitslosigkeit in Deutschland
- d) Krise der Arbeitslosenversicherung
- e) Überalterung der Gesellschaft
- f) Krise der gesetzlichen Rentenversicherung

- g) Schwere Wirtschaftskrise in Europa
- h) Verstärkte Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland
- i) Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche
- j) Politischer Extremismus in Deutschland
- k) Religiöser Fundamentalismus in Deutschland
- l) Krise der gesetzlichen Krankenversicherung
- m) Massenarbeitslosigkeit in Europa
- n) Terroranschläge in Deutschland
- o) Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land
- p) Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen
- q) Kriege oder militärische Konflikte in der Welt
- r) Bürgerkrieg auf dem Balkan, z. B. im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina
- s) Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland
- t) Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung
- u) Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen
- v) Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt
- w) Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika
- x) Kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten, wie jüngst in Israel und dem Libanon
- y) Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea
- z) Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan

Die Bundesrepublik Deutschland wird davon ...

- 1: Sehr stark bedroht
- 2: Stark bedroht
- 3: Bedroht
- 4: Kaum bedroht
- 5: Gar nicht bedroht
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q4. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 4 VORLEGEN

Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist alles in allem ...

- 6: Sehr sicher
- 5: Sicher
- 4: Eher sicher
- 3: Eher unsicher
- 2: Unsicher
- 1: Sehr unsicher
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q5. Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 5 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – k

- a) Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen
- b) Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zur Abwehr eines Terrorangriffs mit Flugzeugen
- c) Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen
- d) Überführte Gewalttäter härter bestrafen
- e) Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten
- f) Bei verdächtigen Personen das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränken
- g) Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen
- h) Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen
- i) Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen
- j) Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen
- k) Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q6. Es wird viel von der größeren Verantwortung gesprochen, die der Bundesrepublik Deutschland weltweit zugewachsen ist. Was meinen Sie, wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten?**

INT.: LISTE 6 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, SINGLE

Sollte Deutschland ...

1: eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder

2: sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q6=1**

**Q7A. Was spricht Ihrer Meinung nach dafür, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft? Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab? Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 7 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – i

Deutschland sollte bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern helfen, ...

- a) weil Deutschland als reiche Wirtschaftsnation die materiellen Möglichkeiten hat, anderen zu helfen
- b) weil es die Menschlichkeit gebietet, anderen Menschen im Notfall zu helfen
- c) weil Deutschland aufgrund seiner internationalen Bündnisverpflichtungen helfen muss
- d) weil das auch die Sicherheit in Deutschland erhöht
- e) weil das der Friedenssicherung in der Welt dient
- f) weil es eine moralische Verpflichtung gibt, anderen Menschen im Notfall zu helfen
- g) weil Deutschland mit der Bundeswehr die militärischen Fähigkeiten hat, anderen zu helfen
- h) weil das Arbeitsplätze in Deutschland schafft
- i) weil sich Deutschland in Zeiten der Globalisierung nicht isolieren darf

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q6=1**

**Q8A. Was spricht Ihrer Meinung nach möglicherweise doch dagegen, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft? Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab?**

INT.: SKALA 7 LIEGT NOCH VOR, BITTE VORLESEN, RANDOM a – i

Deutschland sollte sich bei Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern besser heraushalten, ...

- a) weil Deutschland die materiellen Möglichkeiten fehlen, anderen zu helfen
- b) weil es die Menschlichkeit gebietet, zuerst den Notleidenden im eigenen Land zu helfen
- c) weil Deutschland im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen anderen Ländern bereits genug hilft
- d) weil das die Sicherheitslage Deutschlands gefährdet
- e) weil man erst einmal die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland lösen sollte
- f) weil es eine moralische Verpflichtung gibt, zunächst die Bedürftigen im eigenen Land zu unterstützen
- g) weil Deutschland die militärischen Fähigkeiten fehlen, anderen zu helfen

- h) weil das keine Arbeitsplätze in Deutschland schafft
  - i) weil Deutschland sich grundsätzlich neutral verhalten sollte
- 1: Stimme vollkommen zu
  - 2: Stimme überwiegend zu
  - 3: Stimme eher zu
  - 4: Lehne eher ab
  - 5: Lehne überwiegend ab
  - 6: Lehne vollkommen ab
  - 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
  - 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q6=2, 98 oder 99**

**Q7B. Was spricht Ihrer Meinung nach dagegen, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft? Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab? Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 7 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – i

Deutschland sollte sich bei Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern besser heraushalten, ...

- a) weil Deutschland die materiellen Möglichkeiten fehlen, anderen zu helfen
  - b) weil es die Menschlichkeit gebietet, zuerst den Notleidenden im eigenen Land zu helfen
  - c) weil Deutschland im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen anderen Ländern bereits genug hilft
  - d) weil das die Sicherheitslage Deutschlands gefährdet
  - e) weil man erst einmal die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland lösen sollte
  - f) weil es eine moralische Verpflichtung gibt, zunächst die Bedürftigen im eigenen Land zu unterstützen
  - g) weil Deutschland die militärischen Fähigkeiten fehlen, anderen zu helfen
  - h) weil das keine Arbeitsplätze in Deutschland schafft
  - i) weil Deutschland sich grundsätzlich neutral verhalten sollte
- 1: Stimme vollkommen zu
  - 2: Stimme überwiegend zu
  - 3: Stimme eher zu
  - 4: Lehne eher ab
  - 5: Lehne überwiegend ab
  - 6: Lehne vollkommen ab
  - 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
  - 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q6=2, 98 oder 99**

**Q8B. Was spricht Ihrer Meinung möglicherweise doch dafür, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern mithilft? Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab?**

INT.: SKALA 7 LIEGT NOCH VOR, BITTE VORLESEN, RANDOM a – i

Deutschland sollte bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten in anderen Ländern helfen, ...

- a) weil Deutschland als reiche Wirtschaftsnation die materiellen Möglichkeiten hat, anderen zu helfen
- b) weil es die Menschlichkeit gebietet, anderen Menschen im Notfall zu helfen
- c) weil Deutschland aufgrund seiner internationalen Bündnisverpflichtungen helfen muss
- d) weil das auch die Sicherheit in Deutschland erhöht
- e) weil das der Friedenssicherung in der Welt dient
- f) weil es eine moralische Verpflichtung gibt, anderen Menschen im Notfall zu helfen
- g) weil Deutschland mit der Bundeswehr die militärischen Fähigkeiten hat, anderen zu helfen
- h) weil das Arbeitsplätze in Deutschland schafft
- i) weil sich Deutschland in Zeiten der Globalisierung nicht isolieren darf

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**AB HIER WIEDER AN ALLE**

**Q9. Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: LISTE/SKALA 9 VORLEGEN, BITTE VORLESEN

- a) Im Alltag, da wo Sie wohnen
- b) Bei öffentlichen Veranstaltungen
- c) Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten
- d) Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen
- e) Bei Sendungen im Fernsehen
- f) Bei Beiträgen im Internet
- g) Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften

1: Täglich, fast täglich

2: Etwa ein- bis dreimal in der Woche

3: Etwa ein- bis dreimal im Monat

4: Seltener als einmal im Monat

- 5: Nie  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q10. Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 10 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN, BITTE VORLESEN

**FILTER: IF Q9 ITEM a = 1, 2, 3, 4**

- a) Im Alltag, da wo Sie wohnen

**FILTER: IF Q9 ITEM b = 1, 2, 3, 4**

- b) Bei öffentlichen Veranstaltungen

**FILTER: IF Q9 ITEM c = 1, 2, 3, 4**

- c) Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten

**FILTER: IF Q9 ITEM d = 1, 2, 3, 4**

- d) Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen

**FILTER: IF Q9 ITEM e = 1, 2, 3, 4**

- e) Bei Sendungen im Fernsehen

**FILTER: IF Q9 ITEM f = 1, 2, 3, 4**

- f) Bei Beiträgen im Internet

**FILTER: IF Q9 ITEM g = 1, 2, 3, 4**

- g) Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften

+3: Sehr positiv

+2: Positiv

+1: Eher positiv

-1: Eher negativ

-2: Negativ

-3: Sehr negativ

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q11. Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 10 LIEGT NOCH VOR, BITTE VORLESEN, SINGLE

+3: Sehr positiv

+2: Positiv

+1: Eher positiv

-1: Eher negativ

-2: Negativ

-3: Sehr negativ



- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q12. Wie beurteilen Sie – nach allem was Sie über die Bundeswehr wissen – die folgenden Punkte? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 10 LIEGT NOCH VOR, BITTE VORLESEN, RANDOM a – h

- a) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland
- b) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland
- c) Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr
- d) Die Integration (Einbindung) der Streitkräfte in die Gesellschaft
- e) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO
- f) Das öffentliche Auftreten der Soldaten
- g) Die Ausbildung der Soldaten
- h) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union

- +3: Sehr positiv
- +2: Positiv
- +1: Eher positiv
- 1: Eher negativ
- 2: Negativ
- 3: Sehr negativ

- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q13. Welche Punkte auf dieser Liste würden Sie als Stärken der Bundeswehr bezeichnen?**

INT.: LISTE 13 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN, MAXIMAL 2 NENNUNGEN

- a) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland
- b) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland
- c) Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr
- d) Die Integration (Einbindung) der Streitkräfte in die Gesellschaft
- e) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO
- f) Das öffentliche Auftreten der Soldaten
- g) Die Ausbildung der Soldaten
- h) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union

- 1: BUCHSTABEN NOTIEREN
- 2: BUCHSTABEN NOTIEREN

- 97: Sehe keine Stärken (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q14. Welche Punkte würden Sie als Schwächen der Bundeswehr bezeichnen?**

INT.: LISTE 13 LIEGT NOCH VOR, MAXIMAL 2 NENNUNGEN

- a) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland
- b) Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland
- c) Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr
- d) Die Integration (Einbindung) der Streitkräfte in die Gesellschaft
- e) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO
- f) Das öffentliche Auftreten der Soldaten
- g) Die Ausbildung der Soldaten
- h) Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union

1: BUCHSTABEN NOTIEREN

2: BUCHSTABEN NOTIEREN

97: Sehe keine Schwächen (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q15. Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen? Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 15 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – g

Die Beteiligung der Bundeswehr an der/den ...

- a) Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)
- b) Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)
- c) Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)
- d) Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (Operation Active Endeavour)
- e) Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom)
- f) Stabilisierungskräften der EU zur Absicherung der Wahlen im Kongo (EUFOR RD Kongo)
- g) Friedenstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)

1: Ich habe noch nie davon gehört bzw. gelesen und kann mir auch nichts darunter vorstellen

2: Ich habe noch nie davon gehört bzw. gelesen, habe aber dennoch ungefähre Vorstellungen

3: Ich habe davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes

4: Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge

5: Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q16. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 16 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – g

Die Beteiligung der Bundeswehr an der/den ...

- a) Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)
- b) Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)
- c) Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)
- d) Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (Operation Active Endeavour)
- e) Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom)
- f) Stabilisierungskräften der EU zur Absicherung der Wahlen im Kongo (EUFOR RD Kongo)
- g) Friedenstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q17. Für eine Verlängerung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr kann es ja ganz unterschiedliche Gründe geben. Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 17 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – f

Ein Auslandseinsatz der Bundeswehr sollte verlängert werden, ...

- a) wenn abzusehen ist, dass es nach einem Abzug der Bundeswehr in der Region wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt.
- b) wenn die UNO eine Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr für notwendig erachtet.
- c) wenn die betroffenen Menschen in der Krisenregion wollen, dass die Bundeswehr noch bleibt.
- d) wenn es die Sicherheitslage Deutschlands erfordert.
- e) wenn zur Erfüllung des Auftrages mehr Zeit benötigt wird, als ursprünglich geplant.
- f) wenn andere Nationen den Einsatz ihrer Streitkräfte ebenfalls verlängern.

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q18. Für eine sofortige Beendigung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr kann es ja ebenfalls ganz unterschiedliche Gründe geben. Stimmen Sie den folgenden Argumenten zu oder lehnen sie diese ab? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 18 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – k

Ein Auslandseinsatz der Bundeswehr sollte sofort beendet werden, ...

- a) wenn abzusehen ist, dass die Bundeswehr in gewalttätige Konflikte verwickelt wird.
- b) wenn Soldaten der Bundeswehr in diesem Einsatz schwer verletzt wurden.
- c) wenn die betroffenen Menschen in der Krisenregion wollen, dass die Bundeswehr die Region verlässt.
- d) wenn sich herausstellt, dass der Bundeswehr die notwendige Ausrüstung und Bewaffnung fehlt.
- e) wenn die eingesetzten Soldaten in anderen Regionen der Welt dringender gebraucht werden.
- f) wenn andere Nationen den Einsatz ihrer Streitkräfte ebenfalls beenden.
- g) wenn Soldaten der Bundeswehr in diesem Einsatz ihr Leben verloren haben.
- h) wenn zu befürchten ist, dass deutsche Soldaten in diesem Einsatz ihr Leben verlieren werden.
- i) wenn der betreffende Einsatz zu teuer wird.
- j) wenn die eingesetzten Soldaten in Deutschland dringender gebraucht werden.
- k) wenn abzusehen ist, dass der Auftrag in absehbarer Zeit nicht zu erfüllen ist.

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Lehne eher ab

5: Lehne überwiegend ab

6: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q19. Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie einer Übernahme folgender Aufgaben durch die Bundeswehr zustimmen würden oder ob Sie dieses ablehnen würden. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 19 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – h

Die Bundeswehr sollte in Deutschland eingesetzt werden ...

- a) zur Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen.
- b) zur Suche und Rettung von Vermissten.
- c) zur Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land.
- d) zur Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.
- e) zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen.
- f) zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.
- g) zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern.

h) zur Überwachung der Küste und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q20. Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 20 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN, SINGLE

- 1: Stark erhöht werden
- 2: Eher erhöht werden
- 3: Gleich bleiben
- 4: Eher verringert werden
- 5: Stark verringert werden
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q21. Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?**

INT.: SKALA 20 LIEGT NOCH VOR, SINGLE

- 1: Stark erhöht werden
- 2: Eher erhöht werden
- 3: Gleich bleiben
- 4: Eher verringert werden
- 5: Stark verringert werden
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q22. Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen richtig sind oder falsch.**

INT.: LISTE 22 VORLEGEN, BITTE VORLESEN

- a) In meinem Wohnort bzw. in dessen Nähe gibt es einen Standort der Bundeswehr.
- b) Mein Vater war bzw. ist Zeit- oder Berufssoldat bei der Bundeswehr.
- c) Ein anderes Mitglied meiner Familie war bzw. ist Zeit- oder Berufssoldat bei der Bundeswehr.
- d) Ich selbst leiste gerade Grundwehrdienst bei der Bundeswehr.
- e) Ich selbst habe Grundwehrdienst bei der Bundeswehr geleistet.
- f) Ich selbst bin Zeit- bzw. Berufssoldat bei der Bundeswehr.

- g) Ich selbst war Zeit- bzw. Berufssoldat bei der Bundeswehr.
  - h) Ich selbst habe Zivildienst geleistet bzw. leiste ihn gerade.
  - i) Mein Sohn hat Grundwehrdienst bei der Bundeswehr geleistet.
  - j) Mein Sohn leistet gerade Grundwehrdienst bei der Bundeswehr.
  - k) Mein Sohn/meine Tochter ist Zeit- bzw. Berufssoldat bei der Bundeswehr.
  - l) Mein Sohn/meine Tochter war Zeit- bzw. Berufssoldat bei der Bundeswehr.
  - m) Mein Sohn hat Zivildienst geleistet bzw. leistet ihn gerade.
- 1: Richtig  
 2: Falsch  
 97: Trifft nicht zu (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q23. Ich möchte Ihnen jetzt einige Fragen zur Wehrpflicht stellen. – Wie ist Ihre Einstellung zur Wehrpflicht? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 23 VORLEGEN, SINGLE

- +3: Sehr positiv
- +2: Positiv
- +1: Eher positiv
- 1: Eher negativ
- 2: Negativ
- 3: Sehr negativ
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q24. Ich lese Ihnen nun einige Positionen zur zukünftigen Entwicklung der Wehrpflicht vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob sie diese ablehnen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 24 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – f

- a) Die Wehrpflicht sollte abgeschafft und die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umgewandelt werden.
  - b) Die Wehrpflicht sollte auf eine reine Grundausbildung verkürzt werden.
  - c) Die gegenwärtig bestehenden Regelungen zur Wehrpflicht sollten unverändert beibehalten werden.
  - d) Die Wehrpflicht sollte nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gelten.
  - e) Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann.
  - f) Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann.
- 1: Stimme vollkommen zu  
 2: Stimme überwiegend zu  
 3: Stimme eher zu  
 4: Lehne eher ab  
 5: Lehne überwiegend ab

- 6: Lehne vollkommen ab  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q25. Bitte sagen Sie mir, welcher der beiden folgenden Positionen Sie eher zustimmen?**  
**Position 1: Die Wehrpflicht bleibt grundsätzlich erhalten und wird an die neuen Erfordernisse angepasst.**  
**Position 2: Die Wehrpflicht wird ganz abgeschafft.**  
**Oder haben Sie zu dieser Frage keine feste Meinung?**

INT.: LISTE 25 VORLEGEN, SINGLE

- 1: Wehrpflicht grundsätzlich beibehalten  
2: Wehrpflicht ganz abschaffen  
3: Habe keine feste Meinung  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q26. Was meinen Sie? Welcher der beiden Positionen stimmt die Mehrheit der Bundesbürger eher zu?**

INT.: LISTE 26 VORLEGEN, SINGLE

- 1: Position 1: Wehrpflicht grundsätzlich beibehalten  
2: Position 2: Wehrpflicht ganz abschaffen  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q27. Die EU-Mitgliedsländer stellen der Europäischen Union (EU) seit einiger Zeit militärische Kräfte, zusammengefasst in sogenannten „EU Battle Groups“ zur Verfügung. Was wissen Sie über die militärischen Eingreifkräfte der EU? Antworten Sie bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 27 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, SINGLE

- 1: Ich habe noch nie davon gehört bzw. gelesen und kann mir auch nichts darunter vorstellen.  
2: Ich habe noch nie davon gehört bzw. gelesen, habe aber dennoch ungefähre Vorstellungen.  
3: Ich habe davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes.  
4: Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge.  
5: Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge.  
98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q28. Vorrangiges Ziel der militärischen Eingreifkräfte der EU ist die weltweite Konflikt- und Krisenbewältigung. Hierzu sollen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen und – wenn notwendig – auch Kampfeinsätze durchgeführt werden. Die Eingreifkräfte werden nach Bedarf aus Einheiten der nationalen Streitkräfte der EU-Länder zusammengestellt.**

**Was halten Sie von der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Eingreifkräften der Europäischen Union? Stimmen Sie einer deutschen Beteiligung zu oder lehnen Sie diese ab?**

INT.: SKALA 28 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, SINGLE

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q29. Über das Verhältnis der militärischen Eingreifkräfte der EU zur NATO wird auf EU-Ebene zurzeit noch debattiert. Welcher Auffassung stimmen Sie am ehesten zu?**

INT.: LISTE 29 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, SINGLE

- 1: Position 1: Die Einsätze der militärischen Eingreifkräfte der EU sollten vollkommen unabhängig von der NATO – und damit auch vom Einfluss der Vereinigten Staaten – geplant und durchgeführt werden.
- 2: Position 2: Die Einsätze der militärischen Eingreifkräfte der EU sollten in enger Abstimmung mit der NATO geplant und durchgeführt werden.
- 3: Position 3: Ich halte nichts vom Einsatz europäischer Eingreifkräfte unter europäischem Kommando. Die militärischen Eingreifkräfte der EU sollten nur unter dem Dach der NATO eingesetzt werden.
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q30. Nach welchen Grundsätzen sollte Ihrer Meinung nach die Europäische Union ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten? Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob sie diese ablehnen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 30 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – h

- a) Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik strikt auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement beschränken.
- b) Wenn erforderlich, sollte die EU neben Diplomatie und zivilem Krisenmanagement auch Militär einsetzen können, aber nur zur Friedenssicherung.
- c) Wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement scheitern, muss die EU zur Wahrung ihrer Interessen notfalls auch Kampfeinsätze durchführen.



- d) Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit der NATO abstimmen.
- e) Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit den USA abstimmen.
- f) Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit Russland abstimmen.
- g) Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Sicherheitsinteressen ihre außenpolitischen Aktivitäten besser untereinander abstimmen.
- h) Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen die Verteidigungsausgaben erhöhen.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

### Q31. ROTATE SPLIT A + SPLIT B

#### SPLIT A

**Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.**

**Position 1: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.**

**Position 2: In Anbetracht der neuen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.**

INT.: BITTE VORLESEN, SINGLE

- 1: Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren
- 2: Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis
- 96: Ist mir egal (ALS SPONTANE NENNUNG, NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 97: Nicht sicher (ALS SPONTANE NENNUNG, NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

## SPLIT B

Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.

**Position 1:** Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene – europäische – Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.

**Position 2:** Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.

INT.: BITTE VORLESEN, SINGLE

- 1: Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren
- 2: Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis
- 96: Ist mir egal (ALS SPONTANE NENNUNG, NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 97: Nicht sicher (ALS SPONTANE NENNUNG, NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

## AB HIER WIEDER AN ALLE

**Q32. Wie gut fühlen Sie sich über den Aufbau und die Funktionen der folgenden Einrichtungen und Organisationen informiert? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

SKALA 32 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – n

- a) Öffentliche Schulen
- b) Deutscher Bundestag
- c) Gesetzliche Rentenversicherung
- d) Politische Parteien
- e) Bundesagentur für Arbeit
- f) Gewerkschaften
- g) Bundesnachrichtendienst
- h) Gesetzliche Krankenversicherung
- i) Bundeswehr
- j) Polizei
- k) Evangelische Kirche
- l) Katholische Kirche
- m) Bundeskriminalamt
- n) Verfassungsschutz

- 1: Sehr schlecht informiert
- 2: Schlecht informiert
- 3: Eher schlecht informiert
- 4: Eher gut informiert
- 5: Gut informiert

- 6: Sehr gut informiert  
98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)  
99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**Q33. Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

SKALA 33 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – n

- a) Öffentliche Schulen
  - b) Deutscher Bundestag
  - c) Gesetzliche Rentenversicherung
  - d) Politische Parteien
  - e) Bundesagentur für Arbeit
  - f) Gewerkschaften
  - g) Bundesnachrichtendienst
  - h) Gesetzliche Krankenversicherung
  - i) Bundeswehr
  - j) Polizei
  - k) Evangelische Kirche
  - l) Katholische Kirche
  - m) Bundeskriminalamt
  - n) Verfassungsschutz
- 1: Vertraue überhaupt nicht  
2: Vertraue überwiegend nicht  
3: Vertraue eher nicht  
4: Vertraue eher  
5: Vertraue überwiegend  
6: Vertraue voll und ganz  
98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)  
99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**Q34. Wie erfüllen die folgenden Einrichtungen und Organisationen – nach allem was Sie darüber wissen – zurzeit ihre Aufgaben? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

SKALA 34 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – n

- a) Öffentliche Schulen
- b) Deutscher Bundestag
- c) Gesetzliche Rentenversicherung
- d) Politische Parteien
- e) Bundesagentur für Arbeit
- f) Gewerkschaften
- g) Bundesnachrichtendienst
- h) Gesetzliche Krankenversicherung
- i) Bundeswehr
- j) Polizei
- k) Evangelische Kirche
- l) Katholische Kirche

- m) Bundeskriminalamt
- n) Verfassungsschutz

- 1: Sehr schlecht
- 2: Schlecht
- 3: Eher schlecht
- 4: Eher gut
- 5: Gut
- 6: Sehr gut
- 98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**Q35. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder ob sie diese ablehnen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: SKALA 35 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – h

- a) Wirtschaftliche Macht ist für die Beeinflussung des Weltgeschehens wichtiger als militärische Macht.
- b) Unter bestimmten Umständen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen.
- c) Wenn es um lebenswichtige Interessen eines Landes geht, ist es gerechtfertigt, die Vereinten Nationen zu umgehen.
- d) Der beste Weg, Frieden zu sichern, ist durch militärische Stärke.
- e) Europa muss mehr militärische Stärke erlangen, um in der Lage zu sein, unabhängig von den USA, seine Interessen zu verteidigen.
- f) Militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen sind der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.
- g) Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, ist der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.
- h) Konflikte innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten lassen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q36. Inwieweit interessieren Sie sich für Politik? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 36 VORLEGEN UND LIEGEN LASSEN

- 1: Gar nicht interessiert
- 2: Kaum interessiert
- 3: Interessiert
- 4: Sehr interessiert
- 5: Außerordentlich interessiert
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q37. Inwieweit interessieren Sie sich für die folgenden Politikbereiche? Antworten Sie bitte wieder mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 36 LIEGT NOCH VOR, BITTE VORLESEN, RANDOM a – n

- a) Wirtschaftspolitik
  - b) Arbeitsmarktpolitik
  - c) Sozialpolitik
  - d) Sicherheitspolitik
  - e) Verteidigungspolitik
  - f) Kulturpolitik
  - g) Außenpolitik
  - h) Innenpolitik
  - i) Gesundheitspolitik
  - j) Bildungspolitik
  - k) Familienpolitik
  - l) Umweltpolitik
  - m) Finanzpolitik
  - n) Entwicklungspolitik
- 
- 1: Gar nicht interessiert
  - 2: Kaum interessiert
  - 3: Interessiert
  - 4: Sehr interessiert
  - 5: Außerordentlich interessiert
  - 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
  - 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q38. Im Wahlkampf vor einer Bundestagswahl wird über viele Politikbereiche diskutiert. Wie wichtig sind Ihnen für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei einer Bundestagswahl die folgenden Politikbereiche?**

INT.: SKALA 38 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – n

- a) Wirtschaftspolitik
- b) Arbeitsmarktpolitik
- c) Sozialpolitik
- d) Sicherheitspolitik
- e) Verteidigungspolitik
- f) Kulturpolitik
- g) Außenpolitik
- h) Innenpolitik
- i) Gesundheitspolitik
- j) Bildungspolitik
- k) Familienpolitik
- l) Umweltpolitik
- m) Finanzpolitik
- n) Entwicklungspolitik

1: Gar nicht wichtig

2: Kaum wichtig

3: Wichtig

4: Sehr wichtig

5: Außerordentlich wichtig

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q39. Wie oft nutzen Sie die folgenden Medien bzw. Möglichkeiten, um sich über politische Themen zu informieren? Antworten Sie mir bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: LISTE 39 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – o

- a) Boulevardzeitungen, z. B. Bild-Zeitung, Abendzeitung in München
- b) Regionale Tageszeitungen, z. B. Berliner Zeitung, Hamburger Abendblatt, Kölner Stadtanzeiger
- c) Überregionale Zeitungen und Wirtschaftsblätter, z. B. FAZ, Welt, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt
- d) Nachrichtenmagazine, z. B. Spiegel, Focus
- e) Wochenzeitungen, z. B. DIE ZEIT, Rheinischer Merkur
- f) Privatfernsehen, z. B. RTL, SAT1
- g) Öffentlich-rechtliches Fernsehen, z. B. ARD, ZDF
- h) Nachrichtensender, z. B. NTV, N24
- i) Privatrado
- j) Öffentlich-rechtliches Radio, z. B. Deutschlandradio
- k) Internet, private Foren
- l) Internet, Online-Ausgaben von Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehsendern
- m) Persönliche Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen oder Verwandten
- n) Persönliche Gespräche mit Experten
- o) Teilnahme an Informationsveranstaltungen

- 1: Täglich, fast täglich
- 2: Etwa ein- bis dreimal in der Woche
- 3: Etwa ein- bis dreimal im Monat
- 4: Seltener als einmal im Monat
- 5: Nie
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q40. Die Grundsätze der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind in mehreren Dokumenten festgelegt. Inwieweit sind Ihnen die folgenden Dokumente bekannt? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.**

INT.: SKALA 40 VORLEGEN, BITTE VORLESEN

- a) Verteidigungspolitische Richtlinien von 2003
- b) Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 2005
- c) Perspektiven der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- d) Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union)
- e) Grundsätze der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert
- f) Europäische Sicherheitsstrategie 2003
- g) Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr von 1994
- h) Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr von 2006

- 1: Habe noch nie davon gehört bzw. gelesen und kann mir auch nichts darunter vorstellen
- 2: Habe noch nie davon gehört bzw. gelesen, habe aber dennoch ungefähre Vorstellungen
- 3: Habe davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes
- 4: Habe davon gehört bzw. gelesen und kenne auch einige Kernaussagen
- 5: Habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne die meisten Kernaussagen
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q40 ITEM h = 3, 4, 5**

**Q41. Wie haben Sie vom aktuellen Weißbuch 2006 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr erfahren?**

INT.: LISTE 41 VORLEGEN. VORLESEN. MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH.

- a) Bericht im Fernsehen gesehen
- b) Bericht im Radio gehört
- c) Bericht in der Zeitung bzw. in einer Zeitschrift gelesen
- d) Bericht im Internet gelesen
- e) Hinweise von Kollegen, Freunden bekommen
- f) Anzeigen zum Weißbuch 2006 in Tageszeitungen gesehen**
- g) Im Internet das Weißbuch 2006 als Textdokument gesehen**
- h) Internetseite mit ausführlichen Informationen zum Weißbuch 2006 gesehen**
- i) Weißbuch 2006 gelesen**
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q40 ITEM h = 3, 4, 5**

**Q42. Von welchen Ereignissen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weißbuchs 2006 haben Sie gehört bzw. gelesen?**

INT.: LISTE 42 VORLEGEN. VORLESEN. MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH.

- a) Pressekonferenz der Bundesregierung zur Veröffentlichung des aktuellen Weißbuchs
  - b) Debatte des Deutschen Bundestages **über das aktuelle** Weißbuch
  - c) Kabinettsitzung **zur Verabschiedung des aktuellen Weißbuchs** der Bundesregierung im Bundesministerium der Verteidigung
  - d) Sicherheitspolitische Tagung „Impulse 21“ des Bundesministeriums der Verteidigung
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANWORTOPTION VORGEBEN)  
99: Keine Antwort (NICHT ALS ANWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER: IF Q40 ITEM h = 3, 4, 5**

**Q43. Welche wesentlichen Aussagen zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, die im Weißbuch 2006 formuliert werden, sind Ihnen bekannt?**

INT.: OFFENE FRAGE (MAXIMAL DREI NENNUNGEN)

- 1: ANTWORT NOTIEREN
  - 2: ANTWORT NOTIEREN
  - 3: ANTWORT NOTIEREN
- 98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)  
99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**SPLIT A**

**Q44A. Was meinen Sie? Braucht Deutschland angesichts seines gewachsenen internationalen Engagements eine intensivere Diskussion über seine außenpolitischen Ziele?**

INT.: SKALA 44A/B VORLEGEN.

- 1: Ja, sicher
  - 2: Ja, eher schon
  - 3: Nein, eher nicht
  - 4: Nein, sicher nicht
- 98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)  
99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**SPLIT B**

**Q44B. Was meinen Sie? Braucht Deutschland angesichts seines gewachsenen internationalen Engagements eine intensivere Diskussion über seine nationalen Interessen?**

INT.: SKALA 44A/B VORLEGEN.

- 1: Ja, sicher
- 2: Ja, eher schon



- 3: Nein, eher nicht  
4: Nein, sicher nicht  
98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)  
99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**Q45. Welche Ziele sollte Deutschland im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen? Stimmen Sie den folgenden Zielen zu oder lehnen Sie diese ab?**

INT.: SKALA 45 VORLEGEN, BITTE VORLESEN, RANDOM a – r

- a) **Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bewahren**
- b) Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger vor Krieg und Terror schützen
- c) **Die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes sichern**
- d) **Krisen und Konflikte in anderen Gegenden der Welt, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, vorbeugend eindämmen und zur Krisenbewältigung beitragen**
- e) Den Frieden in der Welt sichern helfen
- f) Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen
- g) Den Wohlstand Deutschlands sichern
- h) Die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern
- i) **Den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands fördern**
- j) **Die nukleare Bewaffnung von Ländern wie Iran oder Nord-Korea verhindern**
- k) **Die Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindern**
- l) Die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern
- m) **Zur Achtung der Menschenrechte weltweit beitragen**
- n) Armut und Unterentwicklung in der Welt bekämpfen
- o) **Die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden helfen**
- p) **Zur Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beitragen**
- q) **Die Sicherheit und die Stabilität der transatlantischen Staatengemeinschaft gewährleisten**
- r) **Europa und die europäische Union stärken**

- 1: Stimme vollkommen zu  
2: Stimme überwiegend zu  
3: Stimme eher zu  
4: Lehne eher ab  
5: Lehne überwiegend ab  
6: Lehne vollkommen ab  
98: Weiß nicht  
99: Keine Antwort

**Q46. Die Bundeswehr fördert den Spitzensport in Deutschland, indem sie Leistungssportlern optimale Rahmenbedingungen bietet, damit diese sich auf ihre sportliche Entwicklung und die Wettkämpfe konzentrieren können. Was wissen Sie über die Sportförderung der Bundeswehr? Antworten Sie mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: LISTE 46 VORLEGEN. BITTE VORLESEN. NUR EINE NENNUNG.

- 1: Ich wusste gar nicht, dass die Bundeswehr im Rahmen der Sportförderung Leistungssportler unterstützt.
- 2: Ich weiß zwar, dass die Bundeswehr im Rahmen der Sportförderung Leistungssportler unterstützt, ich kann mir darunter aber überhaupt nichts vorstellen.
- 3: Ich habe ein paar allgemeine Vorstellungen von der Sportförderung der Bundeswehr, weiß aber nichts Genaues.
- 4: Ich habe schon konkrete Vorstellungen, weiß aber nicht, ob diese richtig sind.
- 5: Ich habe ganz konkrete Vorstellungen und glaube auch, dass diese richtig sind.
- 98: Weiß nicht (NICHT VORLESEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT VORLESEN)

**Q47. Was meinen Sie? Wie erfolgreich sind die Sportlerinnen und Sportler, die von der Bundeswehr gefördert werden, normalerweise bei großen internationalen Wettbewerben, wie Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen?**

INT.: LISTE 47 VORLEGEN. BITTE VORLESEN

- 1: Außerordentlich erfolgreich – bestes Ergebnis: einige Goldmedaillen
- 2: Sehr erfolgreich – bestes Ergebnis: einige Silbermedaillen
- 3: Erfolgreich – bestes Ergebnis: einige Bronzemedaillen
- 4: Weniger erfolgreich – bestes Ergebnis: einige Platzierungen unter den besten Zehn
- 5: Gar nicht erfolgreich – keine Platzierung unter den besten Zehn
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Q48. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte wieder mit Hilfe der folgenden Skala.**

INT.: LAPTOP ZUM BEFRAGTEN DREHEN UND SELBER EINTRAGEN LASSEN. SKALA 48 VORLEGEN.

- a) Ausländische Mitbürger sollten bei der Integration in unsere Gesellschaft stärker unterstützt werden.
- b) Die Ausländer in Deutschland sollten weniger Rechte haben als die Deutschen.
- c) Ausländische Mitbürger sollten die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie die Deutschen.
- d) Die Ausländer in Deutschland sollten die gleichen Rechte haben wie die Deutschen.
- e) Die Ausländer haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns Deutschen.
- f) Ausländer sollten ihre Ehepartner grundsätzlich unter den eigenen Landsleuten wählen.
- g) Die Ausländer kommen nur nach Deutschland, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- h) Die ausländischen Mitbürger tragen mit ihrer Arbeit zum Wohlstand in Deutschland bei.
- i) Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.

- j) Ausländische Arbeitnehmer tragen mit ihren Sozialbeiträgen auch zum Fortbestand unseres Sozialsystems bei.
- k) In vielen Branchen können die Arbeitsplätze nur gesichert werden, weil hochqualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland eingesetzt werden.
- l) Auch wegen der vielen Ausländer ist unser Sozialsystem in eine Krise geraten.
- m) Wir brauchen einen starken Staat, der wieder für Ruhe und Ordnung sorgt.
- n) Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger sollte vor Eingriffen eines zu starken Staates geschützt werden.
- o) In einem starken Staat sollte es keine politische Opposition mehr geben.
- p) Ein übermächtiger Staat bedroht die bürgerlichen Freiheitsrechte.
- q) Ruhe und Ordnung im Land sind wichtiger als die persönliche Freiheit für den Einzelnen.
- r) Jeder Bürger in Deutschland sollte sich am politischen Leben beteiligen können.
- s) Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.
- t) Die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Nationen ist die Grundlage für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand unseres Landes.
- u) Die Politiker sollten nach dem Motto „Deutschland und die Deutschen zuerst“ handeln.
- v) Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- w) Die Interessen unseres Landes lassen sich auf internationaler Ebene nur zusammen mit anderen Ländern durchsetzen und nicht gegen sie.
- x) Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich auf internationaler Ebene auch in Zukunft um eine friedvolle Zusammenarbeit mit anderen Nationen bemühen.
- y) Der Nationalsozialismus war ein menschenverachtendes und verbrecherisches Regime.
- z) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- aa) Unter den führenden Nationalsozialisten gab es auch viele vorbildliche Männer und Frauen.
- bb) Die Deutschen sollten sich auch in Zukunft mit den Verbrechen der Nationalsozialisten auseinandersetzen.
- cc) Man sollte endlich aufhören, im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg immer nur von der „Schuld der Deutschen“ zu reden.
- dd) Man sollte in Deutschland immer wieder an die Unmenschlichkeit und die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern.

1: Stimme voll und ganz zu

2: Stimme überwiegend zu

3: Stimme eher zu

4: Teils/teils

5: Lehne eher ab

6: Lehne überwiegend ab

7: Lehne voll und ganz ab

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**Vielen Dank. Bitte drehen Sie den Laptop wieder zum Interviewer/Interviewerin!**

**Zum Schluss habe ich noch ein paar Fragen zur Statistik**

**S1. In welchem Jahr wurden Sie geboren?**

- 1: GEBURTSJAHR NOTIEREN
- 9999: Keine Antwort

**S2. Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie erreicht? Was von der folgenden Liste trifft zu? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.**

INT.: LISTE S2 VORLEGEN, NUR HÖCHSTEN ABSCHLUSS NOTIEREN (IM ZWEIFEL: MAX. ZWEI NENNUNGEN)

- a) Hochschulreife (Abitur)
- b) Fachhochschulreife
- c) Realschulabschluss (Mittlere Reife)
- d) Hauptschulabschluss
- e) Sonstigen Schulabschluss
- f) Habe noch keinen Schulabschluss

- 1: Buchstaben notieren
- 2: Buchstaben notieren
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**S3. Welchen höchsten berufsbildenden Abschluss haben Sie erreicht? Was von der folgenden Liste trifft zu? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.**

INT.: LISTE S3 VORLEGEN, NUR HÖCHSTEN ABSCHLUSS NOTIEREN (IM ZWEIFEL: MAX. ZWEI NENNUNGEN)

- a) Abschluss einer Hochschule bzw. Universität
- b) Abschluss einer Fachhochschule
- c) Abschluss einer Fachschule
- d) Abschluss einer Berufsausbildung/Lehre
- e) Abschluss einer Anlernausbildung
- f) Sonstigen berufsbildenden Abschluss
- g) Habe noch keinen berufsbildenden Abschluss

- 1: Buchstaben notieren
- 2: Buchstaben notieren
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER IF S4 = a, b**

**S6. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrer beruflichen Tätigkeit?**

- 1: Sehr unzufrieden
- 2: Unzufrieden
- 3: Eher unzufrieden
- 4: Teils/teils
- 5: Eher zufrieden
- 6: Zufrieden
- 7: Sehr zufrieden
- 98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)
- 99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**FILTER IF S4 = a, b**

**S7. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, in welcher beruflichen Position Sie zur Zeit tätig sind? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.**

INT.: LISTE S7 VORLEGEN

**Arbeiter (auch in der Landwirtschaft)**

- a) Ungelernte Arbeiter
- b) Angelernte Arbeiter/Teilfacharbeiter
- c) Gelernte Arbeiter und Facharbeiter
- d) Vorarbeiter, Kolonnenführer
- e) Meister, Poliere

**Angestellte**

- f) Industrie- und Werkmeister im Angestelltenverhältnis
- g) Angestellte mit einfacher Tätigkeit (z. B. Verkäufer, Schreibkräfte)
- h) Angestellte, die schwierige Aufgaben nach Anweisung selbständig erledigen (z. B. Sachbearbeiter, Buchhalter, technische Zeichner)
- i) Angestellte, die selbständige Leistungen in verantwortungsvoller Tätigkeit erbringen (z. B. Ingenieure, wissenschaftliche Mitarbeiter)
- j) Angestellte, die begrenzte Weisungsbefugnisse haben und begrenzte Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen (z. B. Abteilungsleiter)
- k) Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen (z. B. Direktor, Geschäftsführer, Vorstand größerer Betriebe und Verbände)

**Beamte/Staatsverwaltung (einschl. Richter und Berufssoldaten)**

- l) Einfacher Dienst (bis Oberamtsmeister), z. B. Regierungssekretäre
- m) Mittlerer Dienst (vom Assistenten bis Hauptsekretär bzw. Amtsinspektor), z. B. Sachbearbeiter, Unteroffiziere
- n) Gehobener Dienst (vom Inspektor bis Oberamtmann bzw. Oberamtsrat)
- o) Höherer Dienst (ab Regierungsrat aufwärts), z. B. Richter, Stabsoffiziere

**Selbständige**

- p) Selbständige Landwirte ohne Beschäftigte
- q) Selbständige Landwirte mit Beschäftigten
- r) Freie Berufe, selbständige Akademiker ohne Beschäftigte
- s) Freie Berufe, selbständige Akademiker mit Beschäftigten
- t) Sonstige Selbständige ohne Beschäftigte
- u) Sonstige Selbständige mit Beschäftigten
- v) Mitarbeiter bei einem selbständigen Familienangehörigen

### **Sonstige**

w) Sonstige berufliche Position

1: BUCHSTABEN NOTIEREN

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

### **S9. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären? Wäre das die ...**

INT.: LISTE S9 VORLEGEN, SINGLE

1: CDU/CSU

2: SPD

3: FDP

4: Bündnis90/Die Grünen

5: Linkspartei/PDS

6: NPD

7: Republikaner oder DVU

97: Keine, würde nicht  
wählen

(ALS SPONTANE NENNUNG, NICHT ALS ANTWORTOPTION  
VORGEBEN)

98: Weiß nicht (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

99: Keine Antwort (NICHT ALS ANTWORTOPTION VORGEBEN)

**→ Ende der Befragung**

## Fragebogen Internationale Vergleichsstudie des SOWI 2006

Die Studie soll im Rahmen einer Mehrthemenbefragung als Online-Befragung in Frankreich, Großbritannien, USA und Deutschland realisiert werden. **Die folgenden Fragen sind exemplarisch für Frankreich konzipiert. Die Nennung der jeweiligen Nation ist länderspezifisch anzupassen.** Entsprechende Passagen sind unterstrichen. Abfolge der Items randomisieren.

**Q1. Welche Ziele sollte Frankreich im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen? Stimmen Sie den folgenden Zielen zu oder lehnen Sie diese ab?**

### ITEMS RANDOMISIEREN

- a) Frankreich und seine Bürgerinnen und Bürger vor Krieg und Terror schützen
- b) Den Frieden in der Welt sichern helfen
- c) Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen
- d) Den Wohlstand Frankreichs sichern
- e) Den Konflikt im Nahen Osten bewältigen helfen
- f) Frankreichs Macht und Einfluss in der Welt sichern
- g) Die Geltung der Menschenrechte weltweit fördern
- h) Die Versorgung Frankreichs mit Energie und Rohstoffen sichern
- i) Den freien und ungehinderten Welthandel sichern
- j) Frankreichs Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren
- k) Die atomare Bewaffnung Irans verhindern
- l) Die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern
- m) Armut und Unterentwicklung in der Welt bekämpfen
- n) Internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen, stärken
- o) Sicherheit und Stabilität der westlichen Staatengemeinschaft bewahren

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht
- 99: Keine Antwort

**Q2. Was halten Sie persönlich von den französischen Streitkräften? Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen Sie diese ab?**

ITEMS a bis i RANDOMISIEREN, Items j und k immer am Ende in der Reihenfolge j, k

- a) Es ist ganz selbstverständlich, dass Frankreich wie andere Länder auch eigene Streitkräfte hat.
- b) Die französischen Streitkräfte sind ein ganz normaler Bestandteil der französischen Gesellschaft.
- c) Die französischen Streitkräfte sind ein Fremdkörper in der französischen Gesellschaft.
- d) Ich empfinde für die französischen Streitkräfte ein Gefühl der Dankbarkeit.
- e) In Anbetracht ihrer Leistungen im In- und Ausland kann man auf die französischen Streitkräfte stolz sein.
- f) Ich empfinde für die französischen Streitkräfte ein Gefühl der Abneigung.
- g) Die französischen Streitkräfte haben sich bei ihren Einsätzen im In- und Ausland als sehr nützlich erwiesen.
- h) Die französischen Streitkräfte werden nach wie vor gebraucht, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten.
- i) Die französischen Streitkräfte haben in der heutigen Zeit keine richtigen Aufgaben mehr und sind eigentlich überflüssig.
- j) Alles in allem vertrete ich eine positive Haltung zu den französischen Streitkräften.
- k) Alles in allem vertrete ich eine negative Haltung zu den französischen Streitkräften.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht
- 99: Keine Antwort

**Q3. Welche Aufgaben sollten die französischen Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die französischen Streitkräfte zu oder lehnen Sie dieses ab?**

Die französischen Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...

- a) um einen terroristischen Anschlag auf Frankreich zu verhindern.
- b) um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.
- c) um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.
- d) um französische Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.
- e) um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.
- f) um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.
- g) um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.
- h) um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.
- i) um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.
- j) um einen Völkermord zu verhindern.
- k) um die Versorgung Frankreichs mit Energie und Rohstoffen zu sichern.
- l) um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.
- m) um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.



- n) um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.
- o) um französische Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.
- p) um den internationalen Seeverkehr zu überwachen und zu sichern.
- q) um die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme überwiegend zu
- 3: Stimme eher zu
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne überwiegend ab
- 6: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht
- 99: Keine Antwort

**Zum Inhalt:** Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch, um die Einstellungen der Bundesbürger zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu erfassen. Das Themenspektrum dieser Studie umfasst unter anderem das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Bundesbürger, die Einstellungen zu grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr, die Auffassungen der Bürger zu den Aufgaben und Einsätzen der Bundeswehr, die Mediennutzung und den Informationsstand der Bevölkerung, die Einstellungen zur Wehrpflicht und die Auffassungen zur internationalen militärischen Zusammenarbeit. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die ausführlichen Ergebnisse der im November 2006 durchgeführten Befragung präsentiert.

**Zu den Verfassern:** Dr. Thomas Bulmahn studierte von 1991 bis 1996 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Von 1996 bis 2002 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) beschäftigt. Seit Dezember 2002 ist Dr. Bulmahn wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Er ist als Leiter des Forschungsschwerpunktes Einstellungsforschung und Meinungsumfragen verantwortlich für die Bevölkerungsbefragung, die Jugendstudie, die Studentenbefragung und die berufsbiografische Panelstudie an der Marineschule Mürwik.

Rüdiger Fiebig studierte von 2000 bis 2006 Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Soziologie in Bamberg. Seit Juli 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am SWInstBw, wo er als verantwortlicher Projektbearbeiter im Forschungsschwerpunkt Einstellungsforschung die jährliche Bevölkerungsumfrage zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild der Deutschen betreut.

Wolfgang Sender studierte von 1996 bis 2003 Politikwissenschaft, Soziologie sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft in Leipzig, Bonn und Berlin. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Seit Januar 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent für Öffentlichkeitsarbeit am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Dort ist er u. a. Projektbearbeiter für die Panelstudie an der Marineschule Mürwik sowie für die Befragungen der Studierenden an den Universitäten der Bundeswehr.

**Zum Institut:** Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) befasst sich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung mit streitkräftebezogener empirischer Sozialforschung sowie militärsoziologischer Grundlagenforschung. Das SWInstBw ging 1974 aus dem Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften hervor und wurde 1995 von München nach Strausberg verlegt. Das Institut arbeitet mit einem Kern von etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überwiegend empirisch, interdisziplinär und problemorientiert. Es ist national wie international eingebunden in ein dichtes Netzwerk von wissenschaftlichen, politischen und militärischen Einrichtungen und Institutionen. Das SWInstBw verfolgt und analysiert Situation und Entwicklung der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in nationalen und multinationalen Zusammenhängen. Dabei hat es ein Sensorium für die innere Lage der Streitkräfte und die öffentliche Meinung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen entwickelt. Als Einrichtung der Ressortforschung leistet das Institut mit seinen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Dazu greift es aktuelle Problemstellungen auf und entwickelt seine Forschungs- und Erkenntnisinteressen ständig fort.